

Buchhalter Nötzlis letzter Akt: Jürg Ramspeck über Walter Roderer

Nummer 19 – 10. Mai 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCHEN



Deutsche schlagen Schweizer

Fleissiger, besser, produktiver: Viel Lob für die Gastarbeiter aus dem Norden.
Von Florian Schwab

Widmer-Schlumpfs Tricks

Geheimoperation Bankgeheimnis: Wie die Bundesrätin ihre wahren Absichten verschleiert. *Von Urs Paul Engeler*

Marseille und die Muslime

Die europäische Hauptstadt des Islam. Ein Besuch. *Von Urs Gehrig*



Intern

In der Nacht auf Dienstag starb Walter Roderer im Alter von 91 Jahren. Der frühere Chefredaktor der *Weltwoche*, Jürg Ramspeck, hat den grossen Schweizer Volksschauspieler und Kabarettisten erstmals in den 1950er Jahren in einem Programm des «Cabaret Fédéral» auf der Bühne gesehen. Seither hat er ihn immer wieder getroffen und als Journalist kritisch begleitet. In dieser Ausgabe würdigt er Roderers ausserordentlichen Werdegang und seine oft unterschätzte künstlerische Leistung. Dazu



Grosser Volksschauspieler: Walter Roderer.

schreibt Christoph Blocher einen persönlichen Abschiedsbrief an Walter Roderer, den er 1992 während des Abstimmungskampfes gegen den EWR-Vertrag kennen- und schätzen gelernt hat. **Seite 64**

Florian Schwab kennt die Deutschen. In seiner Zeit an der Universität St. Gallen hatte jeder fünfte Kommilitone einen deutschen Pass. In der süddeutschen Stadt Tübingen, wo Schwab die zweite Etappe seines Wirtschaftsstudiums absolvierte, waren – logischerweise – fast alle Studenten Deutsche. Auch in seiner Familie gibt es bedeutende deutsche Zweige. Aufgrund des jahrelangen Anschauungsunterrichts in dieser konkreten Frage wagt unser Redaktor in dieser Ausgabe jetzt die These, dass die in der Schweiz lebenden Deutschen eine besonders fleissige, kluge und produktive Auslese aus unserem Nachbarland sind. Statt Unbehagen gegenüber der starken Konkurrenz zu empfinden, sollten die Schweizer gezielt auf das Businessmodell «Deutsche Wirtschaftsflüchtlinge» setzen. **Seite 22**

Für ein Porträt in der *Weltwoche* sagte der neugewählte SP-Nationalrat Cédric Wermuth sofort zu. Das Treffen sollte anlässlich der Sondersession im Bundeshaus stattfinden, während die weitherum für überflüssig befundene Debatte über den Legislaturplan des Bundesrats traktandiert war. Unser Reporter Kari Kälin schlug Wermuth vor, das Gespräch in der Mittagspause zu führen. «Um Himmels willen, ja nicht», richtete der junge Politiker per SMS aus. Es war dann nicht die einzige Bedingung, die der ehemalige Juso-Präsident stellte. Er wünscht sich ausserdem die *Weltwoche*-Ausgabe mit dem Porträt von Parteikollegin Jacqueline Badran (Nr. 17/12). Dem Anliegen haben wir selbstverständlich gern entsprochen und ein Exemplar der Ausgabe nach Bern verschickt. **Seite 30**

Während in Europa die Immigration zunimmt, richten sich die Blicke nach Marseille. Hier könnte sich bald Historisches abspielen. Die Hafenstadt ist im Begriff, die erste westliche Metropole mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit zu werden. Mit einer Harmoniepolitik versucht die Stadtregierung die Spannungen zu entkrampfen und wird dafür als Multikulti-Labor der Moderne gepriesen. Doch nur unweit vom touristischen Hafen zerbröseln die Idylle. Urs Gehriger hat Marseille besucht und sich beim Front national, bei Juden und muslimischen Aktivisten umgehört. Er erfuhr von einer Gesellschaft, die mehr trennt als vereint. Und er begab sich auf eine Tour de tristesse in die Armenviertel, wo ihm Einheimische das Netzwerk der Drogenbanden erklärten. «Multikulti ist eine Farce», bekam unser Reporter da über die Hauptstadt der Provence zu hören. «Wir sind stehend k. o.» **Seite 46**

Ihre Weltwoche

**Wann ist es Zeit,
sich ausgezeichnet
beraten zu lassen?**

LGT. Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 218.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,

Kari Kälin, Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Hohenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Pearl Frisch (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antonovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojaj-Huber

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Axel Springer

Das unglaubliche Leben des deutschen Zeitungskönigs.

Von Roger Köppel

Letzte Woche fanden in Berlin die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des Verlegers Axel Springer (1912–1985) statt. Springer war einer der erfolgreichsten deutschen Unternehmer des letzten Jahrhunderts, Zeitungserfinder, Verkaufsgenie, Götterliebhaber, Frauenheld, eine Art Walt Disney der Publizistik, der mit sicherem Gespür den Massengeschmack eines der Politik überdrüssigen Publikums erfüllte. Seine Zeitungen, befahl Springer, sollten schmecken «wie eine frische Vanilleschnitte am Morgen». Noch lagen in Deutschland die Bombentrümmer über den Städten.

Seine wichtigste Schöpfung war die *Bild*-Zeitung, die er wie seine anderen Blätter nach dem Motto «Seid nett zueinander» in millionenfache Auflagenhöhen trieb. Wegbegleiter rühmen an dem später aufgrund seiner Macht Angefeindeten die Gabe der Empfindsamkeit. Springer habe die «Witterung» gehabt, eine Art absolutes Musikgehör für die Themen, die den «kleinen Mann» beschäftigen, was sich in Journalistenkreisen immer wie ein Vorwurf anhört, da man selber ja lieber als Intellektueller wahrgenommen werden möchte. Mag sein, dass Springers Selbstinszenierung als aristokratisch-distinguierter Presselord einen bewussten Kontrapunkt setzen sollte zu einigen seiner Zeitungen, die als Revolverblätter durchgingen.

Springers Verlagsimperium beschäftigte beim Tod des Gründers Mitte der achtziger Jahre rund 12 000 Angestellte und produzierte einen Umsatz von weit über einer Milliarde D-Mark. In einem seiner letzten Fernsehinterviews ist der 70-jährige Springer als melancholischer Zeitungskönig zu bestaunen, ein immer noch blendend aussehender Mann, der, wäre er ein Jazz-Schlagzeuger, absichtlich immer leicht hinter dem Beat spielt, die Pausen bis ins Letzte auskostend, jeden seiner Sätze rhythmisch dehnend, würdevoll, gediegen, wenn auch reichlich abgehoben.

Von den Widrigkeiten des Tagesgeschäfts scheint der Grossunternehmer längst entückt. Am Ende des Gesprächs teilt er seinem in Achtungsstellung erstarrten Interviewer mit, er würde, wenn er damit den Weltfrieden herstellen und die unterdrückten Deutschen aus der DDR befreien könnte, ohne Zögern alles «hingeben», was er zeit seines Lebens erarbeitet und erwirtschaftet habe. «Für mich gelten andere Massstäbe», soll Springer an



«Seid nett zueinander».

anderer Stelle gesagt haben. Sein Mass war das Übermass.

Springer: Das war zunächst das Erfolgsrezept der leichten Muse. Seine Blätter mieden die Politik, was nach einem Weltkrieg, der 26 Millionen Tote verursachte, verständlich war und geschäftlich klug. Mitte der fünfziger Jahre war er bereits Multimillionär, Verleger von *Hamburger Abendblatt*, *Hörzu*, *Constanze* und anderen Titeln sowie *Bild*-Erfinder und Besitzer einer herrschaftlichen Villa mit Blick auf die Hamburger Elbe. Unternehmerische Tüchtigkeit, verlegerisches Talent, aber auch die singuläre Ausgangslage, am Wiederaufbau eines durch den Krieg komplett zerstörten Millionenmarkts mitzuwirken, brachten Springer frühen Ruhm und sehr viel Geld ein.

Kaum hatte er die höchsten Umlauf- und Auflagebahnen erreicht, verfiel der «Mammutverleger» in eine Lebenskrise. Der Mittvierziger bunkerte sich ein, wurde zuerst depressiv, dann tiefreligiös und entdeckte allmählich seine politische Mission: den Kampf für die Freiheit, der sich für ihn als Kampf gegen das menschenfeindliche System des Kommunismus entpuppte. Von Hamburg verlegte Springer seinen Firmensitz nach Berlin, direkt an die «Zonengrenze» in der geteilten Stadt. Der Umzug kostete Millionen, seine Manager erklärten ihn für verrückt, doch Springer wollte mit seinem goldfarbenen «Springer-Hochhaus» ein Zeichen setzen. Bald nach Grundsteinlegung liess Ostberlin die Mauer bauen, nur wenige Meter vom Springer-Sitz entfernt, der wie ein Wehrturm in die Höhe ragte. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde Springers oberstes Ziel.

Der politische Ton verschärfte sich. Die Studentenjugend protestierte. Springer, der

Gute-Laune-Verleger von einst, sah sich plötzlich an die Frontlinien des Kalten Kriegs verschoben. Weil er für die USA, für Israel und für die freie Marktwirtschaft eintrat, sprangen ihm Journalisten, später auch Inserenten ab. Seine Blätter kritisierten hellstichtig die «rot lackierten Nazis» in Moskau und Ostberlin und fanden wenig schmeichelhafte Worte für die unter den Bannern von Lenin, Marx oder Mao marschierenden Studenten. Angefeuert von den Machthabern im Osten, forderten die Demonstranten die Enteignung des Zeitungskönigs: «Haut dem Springer auf die Finger», «Springer – Mörder». Seine *Bild*-Zeitung, die unzweifelhaft austeilte, wurde mit dem antisemitischen Hetzblatt *Der Stürmer* verglichen. Was dem Liebesbedürftigen stark zusetzte.

Es wurde einsam um den Grossverleger. Politisch schrieb er sich gegen linken Zeitgeist ins Offside. Es kam zu Bombenwürfen und Brandanschlägen. Die Konkurrenzverlage um *Zeit*, *Stern* und *Spiegel*, neidisch auf den Erfolgreicheren, heizten die Stimmung an. Phasenweise drohte der empfindliche Springer die Lust zu verlieren, dachte er an Verkauf, verschob Teile seines Vermögens in die Schweiz, doch irgendwie hielt er durch. Er schwankte zwischen Verzweiflung und Sendungsbewusstsein, nahm Auflagenrückgänge in Kauf, raffte sich auf: «In allen bewährten Demokratien sind die wichtigsten Blätter Zeitungen, die klare Standpunkte beziehen», schrieb Springer, «man darf nie aufgeben.»

An Springer beeindruckt die Standfestigkeit, die bei ihm etwas Überhitztes, Romantisches hatte. In den siebziger Jahren sah er sich, von der *Washington Post* als Mann «mit dem guten Aussehen eines angenehm alternden Matinee-Idols» beschrieben, immer tiefer in den Kampf gegen das Regime im Osten verstrickt. Die Bundesregierung schwenkte gegenüber der Sowjetunion auf Appeasement-Kurs. Die DDR, die Springer hasste, wurde offiziell anerkannt. «Es heisst auch hier, gegen den Strom der Zeit zu schwimmen», hämmerte der Verleger seinem legendären Chefredaktor Herbert Kremp (*Die Welt*) ein.

Vier Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer starb erschöpft der Visionär, der Recht behalten sollte. Springer wurde nur 73 Jahre alt. Seine freiheitlichen Ideale waren der Zeit voraus, mit seinem Engagement für die Wiedervereinigung, für das man ihn belächelt hatte, lag er richtig. Dass er es schaffte, seine konservative Linie bis zur Verbissenheit durchzuziehen, ohne den Konzern zu ruinieren, war mutig und ein spätes Meisterstück. Sein Biograf, der Historiker Hans-Peter Schwarz, würdigt Springer als «erinnerungswürdig» in einem Land, «wo die angepassten Leisetreter viel angesehener sind als die politisch korrekten Unruhestifter». Man verneigt sich.



Migrationslabor: Muslime in Marseille. Seite 46



Wechselwirkung: Sarkozy, Hollande. Seite 40



Blühende Doppelmoral: Prostituierte. Seite 34



Überschätzt: SP-Politiker Wermuth. Seite 30

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Wer stoppt Eveline Widmer-Schlumpf?

11 Im Auge Lubica Slovak, Geliebte des Sprint-Champions

12 Sozialmissbrauch Kein Grund zur Entwarnung

13 Personenkontrolle Riklin, Arbenz, Mörgeli, Hänni, Fasel, Grosse-Bley, Wiegand

13 Nachruf Adam Yauch, Rapper

14 Die Linken und die Ausländer

Das neue SP-Migrationspapier ignoriert das Grundproblem

16 Die Deutschen Was wollen die Piraten?

16 Wirtschaft Die Kunst der kleinen Tiere

17 Ausland Europas langsamer, aber stetiger Abstieg

18 Mörgeli Bei Hunden setzt das Denken aus

18 Bodenmann Spottbillige Solarenergie

19 Medien Sonntagszeitungen, bitte täglich

19 Kostenkontrolle 227 842 Franken für den Einkaufstourismus

20 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

22 Deutsche schlagen Schweizer

Viele Zuzüger arbeiten besser als die Einheimischen

24 Volkskunde So funktionieren Deutsche – eine Anleitung

26 Widmer-Schlumpfs Tricks

Wie sich die Bundesrätin aus ihrem Plan herauswinden will, Steuerbeamten freien Zugang zu Bankdaten zu gewähren

28 Lob der Lehre

Die Schweizer Berufsbildung bleibt ein Erfolgsmodell

30 Genosse harmlos

Die Bilanz des früheren Juso-Chefs Cédric Wermuth

32 Kunst Museumsdirektor Matthias Frehner krebst zurück

33 Universität Pöbelnde Studenten gegen die Redefreiheit

34 Übers Bordell in den Sozialstaat

In der Prostitution herrscht ein rechtliches Chaos

36 Energie Die Schweiz investiert in Offshore-Windparks

37 Klima Vor vierzig Jahren sahen Forscher eine Eiszeit voraus

40 Aufstand gegen die Wirklichkeit

Frankreichs Sehnsucht, aus der Sparpolitik auszubrechen

44 Frankreich Nicolas Sarkozy scheiterte an seinem Charakter

45 Gesellschaft Carla Bruni-Sarkozy und der Frührentner

46 Marseille und die Muslime

Seit Jahren versucht die Stadtregierung die Spannungen zu entschärfen. Doch unter der Oberfläche brodelt es

50 «Ich weiche keiner Frage aus»

Gespräch mit Egon Krenz, dem letzten DDR-Staatspräsidenten

54 Im Dschungelcamp von «Chelski»

Die Erfolgssträhne des Fussballtrainers Roberto Di Matteo



«Extremdemokratisierung der Pornografie»: Paartherapeut Heer. Seite 56

Interview

56 «Die rasende Lust der Frauen»

Der Berner Paartherapeut Klaus Heer über die Auswirkungen des weltweiten Booms von Pornoseiten im Internet auf Beziehungen und Familien

Stil & Kultur

60 Stil & Kultur «Sonic Sculptures» von Martin Klimas

62 Bestseller

62 Biedermann und Rebell

Krimiautor Hansjörg Schneiders Innenleben

63 Jazz Ray Anderson Pocket Brass Band

64 Der Barbier von Seldwyla

Jürg Ramspeck über den verstorbenen Volksschauspieler Walter Roderer

66 Top 10

66 Kino «Dark Shadows»

67 Fernseh-Kritik Klapproth im Wahlfever

68 Namen Personalien aus der Zürcher Gastronomie

69 MvH Meine Ehrung

69 Gesellschaft James Bond und die Einsichten der Wissenschaft

70 Die Besten Darauf fliegen wir

71 Thiel Eine politisch korrekte Anzeige

71 Wein Gamaret Prestige Barrique 2009

73 Auto Abarth 500 C Esseesse

74 Hochzeit Loretta Severino und Italo de Nuzzo

Autoren in dieser Ausgabe

Hans Zippert



Hans Zippert, 55, war 1990 bis 1995 Chefredaktor der Satirezeitschrift *Titanic*. Für seine Kolumne «Zippert zappt» in der *Welt* wurde er 2007 und 2011 mit dem Henri-Nannen-Preis ausgezeichnet. Für die *Weltwoche* hat er eine Gebrauchsanweisung für den Umgang mit Deutschen verfasst. Seite 24

Matthias Ackeret



Bekannt ist der Journalist und Buchautor für seine wöchentlichen Interviews mit Alt-Bundesrat Christoph Blocher auf «Teleblocher». Im Gespräch mit dem Ex-DDR-Staatsoberhaupt Egon Krenz wollte Ackeret wissen, wie dieser das kommunistische Experiment aus heutiger Sicht beurteilt. Seite 50

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

Wer stoppt diese Frau?

Von Philipp Gut — Finanzministerin Widmer-Schlumpf vollzieht, was die Linke seit langem fordert: Die finanzielle Privatsphäre der Bürger soll nicht mehr geschützt sein. Widerstand bleibt aus.



Mächtigste Frau der Schweiz: Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

Seit letztem Donnerstag ist schwarz auf weiss belegt, was einzelne Interviewaussagen seit längerem erahnen liessen: Finanzministerin Widmer-Schlumpf (BDP) will das Bankkundengeheimnis auch im Inland abschaffen (*Weltwoche* Nr. 18/12). Dem Bundesrat legte sie einen entsprechenden Antrag samt Beschlussentwurf vor, gezeichnet mit ihrem Namen.

Der Vorgang – genauer: dessen Publikation in der *Weltwoche* – sorgte in Bundesbern für einigen Wirbel. Frappant an den Vorgängen ist vor allem eines: dass sie zeitgleich und parallel zu den Auseinandersetzungen um den Finanzplatz und das Steuerregime der Schweiz stattfinden. Auch wenn man die martialische Ausdrucksweise des neuen UBS-Chefs Sergio Ermotti scheut, der im Zusammenhang mit den Angriffen der USA auf den Bankenplatz von einem «Wirtschaftskrieg» sprach: Allen Beteiligten dürfte klar sein, dass die Lage ernst ist. Auf dem Spiel stehen Standortvorteile und Überzeugungen, die jahrzehntelang zu den eidgenössischen Grundbeständen zählten und das Erfolgsmodell Schweiz mit verursachten. Etwa tiefe Steuern und der begründete Glaube daran, dass die (Steuer-)Ehrlichkeit der Bürger in einem Staatswesen höher ist, in dem der Einzelne direktdemokratisch mitbestimmen kann. Eine grossangelegte Umfrage unter mehr als 30 000 Lesern von *Reader's Digest* er-

gab kürzlich, dass die Schweizer von allen europäischen Völkern mit Abstand am meisten Vertrauen in ihre Regierung haben. Eben darum, weil sie am Ende das Sagen haben – nicht zuletzt über die Höhe der Steuern und Abgaben. Umgekehrt ist der Drang zur Steuerflucht aus eher obrigkeitlich gelenkten Staaten wie Deutschland eine unmittelbare Folge der mangelnden politischen Selbstbestimmung der dortigen Bevölkerung.

Schrecken der Bürger

Vor diesem Hintergrund fallen Zeitpunkt, Inhalt und Methode des widmer-schlumpfschen Angriffs auf das Bankkundengeheimnis im Inland umso stärker ins Gewicht. Wie kann man mit dem Ausland verhandeln, wenn man dessen Position – seit letztem Donnerstag ist es amtlich und öffentlich – teilt? Es gehe darum, den inländischen Fiskus dem ausländischen gleichzustellen, liess Widmer-Schlumpf schon früher verlauten. Die Tendenz zum totalen Steuerstaat, der jederzeit Einblick in die finanziellen Verhältnisse seiner Bürger hat, soll zügig auch in der Schweiz verwirklicht werden.

Damit wird das rätselhafte Gesicht der Politikerin Widmer-Schlumpf, von den einen als Mutter Courage der Blocher-Überwindung verehrt, von den andern als genuine Verräterin

»» Fortsetzung auf Seite 12

Blondinenkomplex



Lubica Slovak, Geliebte des Sprint-Champions.

Nun hat Usain Bolt den Pfeil abgeschossen. Der schnellste Mann der Welt, der gerne in der Pose des Bogenschützen den Clown macht, um ein paar Sekunden länger auf Sendung zu bleiben, zielte auf eine schöne Modemacherin mit dem Markennamen Lubica Slovak. *It must be love*. Das Bild vom Kuss der beiden hat in Jamaika eine Kontroverse ausgelöst: Leidet der schwarze Blitz an einem Blondinenkomplex? Andererseits befeuern blondhaarige und andere Ladys mit Absichten, die man als Sextourismus bezeichnet, den Machokult auf der Karibikinsel, deren Bevölkerung zu 99 Prozent von afrikanischen Sklaven abstammt. Und von einer Frau, Portia Simpson Miller, regiert wird.

«Es wird dir gehen wie Tiger Woods», prophezeit ein Blogger, «sie wird gehen und dich ausnehmen wie dieses Schweden-Model.» Eine Einheimische fragt: «Weshalb ein Schneehase?» Über gemischten Paaren schwebt noch immer der Bob-Marley-Tragikschleier: Die schwarze Mutter des Reggae-Stars war achtzehnjährig bei seiner Geburt und verkam später im Alkohol-Elend, der Vater, ein fünfzigjähriger weisser britischer Offizier, wurde aus der Armee entlassen und verschwand. Bolt wird mittlerweile auf ein Jahreseinkommen von zehn Millionen Dollar geschätzt. Sein Album erloschener Flammen führt eine Londoner Barmaid und einen jamaikanischen Reality-Star auf.

Lubica die Glückliche, die eigentlich Kucerova heisst, urlaubte schon als Teenager mit ihrem Vater auf Jamaika. Ihre Familie war aus der Slowakei nach Kanada emigriert, Lubica studierte Design an der Ryerson University in Toronto und gilt als unabhängige, selbstbewusste Geschäftsfrau. Sie besitzt ein eigenes Modelabel und in Kingston eine Boutique zusammen mit einer Freundin, der Reggae-Sängerin Tami Chynn, die wiederum Bolt kennt und sie einander vorstellte. Chynns Vater ist Chinese mit etwas Cherokee-Indianerblut, ihre Mutter halb *Afro-Jamaican*, halb Britin. So kompliziert ist Liebe auf Jamaika, und Bolt versichert: «Mit uns ist es eine ernste Sache.»

Peter Hartmann

gescholten, zur Kenntlichkeit entstellt: Sie ist nicht nur eine begnadete Technikerin der Macht, die zuerst und zuletzt an ihr eigenes politisches Überleben denkt. Sie ist auch eine Überzeugungstäterin der Staatsmacht und des Fiskus. Der «Anspruch» des Staates auf das Geld seiner Untertanen ist ihr offensichtlich wichtiger als das Recht des Bürgers auf Privatsphäre. Das aus der Mode gekommene Wort «Bürgerschreck» gewinnt durch sie eine neue und ungeahnte Aktualität.

Die Frage ist, warum niemand diese Frau stoppt und ihrer verhängnisvollen Politik Einhalt gebietet. Das hat, zunächst, mit der teils selbstverschuldeten Schwäche der Banken und ihrer politischen Fürsprecher zu tun, die sich nach den Fehlern der Vergangenheit nicht mehr in die Arena wagen – wenn sie nicht gar aus purem Eigeninteresse (Stichworte: Vermeidung von Klagen, Globallösung mit den USA) die Rechte der ausländischen Kunden bereitwillig und en masse verraten.

Dann hängt es mit der tiefen Verunsicherung zusammen, welche die Schweiz seit dem Ende des Kalten Kriegs erfasst hat. Was das Land ausmacht und welche Werte man unter allen Umständen verteidigen soll: Darüber besteht längst keine Einigkeit mehr.

Ganz konkret und vor allem aber liegt es an den neuen Machtverhältnissen im Bundeshaus. Mitte-links hat die Mehrheit. Widmer-Schlumpf konnte nur deshalb zu einem modernen und effizienten Bürgerschreck werden, weil es eine bürgerliche Mehrheit im Parlament nicht mehr gibt. Ihre Bundesratskollegen widersprechen ihr nicht. So kann sie ungehindert und im Eiltempo eine Politik verfolgen, die ihre linken Wahlhelfer zufriedenstellt. Was Widmer-Schlumpf umsetzt, haben die Genossen schon lange gefordert.

Ähnlich enthemmend wirkt der Umstand, dass die Bundesrätin einer Kleinpartei angehört, die im Parlament so gut wie kein Gewicht hat. Die BDP ist zu marginal, als dass sie ein Gegengewicht zu Widmer-Schlumpf bilden könnte. Von einer Kontrolle der freischwebenden Magistratin durch ihre Partei kann keine Rede sein.

Kurzum: Man kann mit Fug am Charakter einer Politikerin zweifeln, die ins Amt gekommen ist, indem sie ihre eigene Partei hinterging. Aber das ist letztlich nebensächlich. Entscheidend ist die politische Konstellation in Bern, die ihre bürgerfeindlichen Vorstösse erst ermöglicht. Dass gerade jene Bundesrätin, die aufgrund ihres eigenen Verhaltens in der Vergangenheit allen anderen misstraut, eine neue, sehr unschweizerische Kultur des staatlichen Misstrauens gegenüber dem Bürger etabliert: Das ist die ins Tragische kippende Pointe dieser Geschichte.

Mehr zum Thema: Seite 26

Sozialhilfe

Kein Grund zur Entwarnung

Von Alex Baur — Die Erfolge im Kampf gegen den Fürsorgebetrug täuschen: Das Problem liegt weniger beim Missbrauch als beim ganz legalen Gebrauch eines üppigen Angebots.

Als Sozialinspektor Christoph Odermatt (CVP) im Februar 2005 in der Luzerner Vorortsgemeinde Emmen seinen Job antrat, schlug ihm aus den Medien unverhohlene Verachtung entgegen. Eine kleine Auswahl der Titelzeilen von damals: «Geringer Ertrag» (*Basler Zeitung*), «Alles halb so schlimm» (*Südschweiz*), «Kaum Missstände» (*Der Bund*). «Der Sozialinspektor ist bloss teuer», frotzelte ein Kadermitglied des Hilfswerks Caritas in der *Luzerner Zeitung*. Odermatt werde niemals seinen Lohn einbringen, höhnte die Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker (GP), die sich damals noch vehement gegen Kontrollen wehrte, in der TV-Sendung «Arena».

Heute lobpreist Stockers Nachfolger Martin Waser (SP) die angebliche Pionierarbeit, welche die Stadt Zürich mit der Einführung der Sozialinspektoren geleistet habe. Stolz präsentiert Waser Zahlen: Die Zahl der Anklagen wegen Fürsorgebetrugs hat sich in Zürich innerhalb dreier Jahre fast verdreifacht, von 33 auf 115. Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), die vor wenigen Jahren noch Betrugsanzeigen als wenig sinnvoll eingestuft hatte, beschwor im Fernsehen die «abschreckende Wirkung» von Strafurteilen. Selbst die Berner Sozialvorsteherin Edith Olibet (SP) plädiert heute für strenge Kontrollen, die das Missbrauchsrisiko erheblich verringerten.



Harziger Lernprozess: SP-Stadtrat Waser.

Als die *Weltwoche* das Thema Sozialmissbrauch vor sechs Jahren in einer Serie aufgriff und auf die politische Agenda setzte, stand sie ziemlich einsam und verfeimt in der Landschaft. Inzwischen gelten Sozialdetektive weit über die Agglomerationen hinaus als Selbstverständlichkeit. Kürzlich hat die Glarner Landsgemeinde oppositionslos die Einstellung von Kontrolleuren abgesehen. Man redet heute relativ offen und unverkrampft über das Thema, ohne dass es zu der oft beschworenen Hatz gegen Randständige gekommen wäre. In sämtlichen grösseren Städten der Deutschschweiz brachen die Sozialhilfequoten – anders als in der Romandie, wo es den Missbrauch angeblich nicht gibt – nach einem steten Wachstum seit 2007 zum Teil markant ein.

Ungeheuerliche Zumutung

Trotzdem gibt es keinen Grund zum Triumphieren. Wenn Ideologen, Experten und Politiker Fehleinschätzungen korrigieren, ist das anzuerkennen. Vorwerfen muss man ihnen, dass der Lernprozess viel zu harzig vonstatten ging und mit Trotzreaktionen aller Art garniert war. Doch die Sache ist noch lange nicht ausgestanden. Wenn der Sozialbetrug heute bekämpft wird, ist dies vor allem ein Zeichen. Für solche Delikte schickt die Justiz kaum je einen Täter ins Gefängnis. Der Kern des Übels wurde jedoch nie angetastet, nicht einmal diskutiert. Er liegt weniger beim kleinen Profiteur, der halt mitlaufen lässt, was man ihm in den Weg stellt. Sondern in einem System, das falsche bis perverse Anreize setzt.

Der Zugang zur Sozialhilfe ist in der Schweiz für viele Menschen viel zu einfach. Dies betrifft vor allem Immigranten aus Ländern, in denen es ein Sozialwesen in unserem Sinn gar nicht gibt. Sie haben ein ganz anderes Verhältnis zum Staat als der durchschnittliche Schweizer. Kommt dazu, dass ihre finanziellen Verhältnisse kaum überprüft werden können. Vor allem aber darf es nicht sein, dass Sozialrentner ohne jede Gegenleistung vom Staat mehr Geld erhalten, als nichtqualifizierte Angestellte mit redlicher Arbeit verdienen. Dies ist vor allem bei Familien mit mehreren Kindern schnell einmal der Fall. Dieses Ungleichgewicht ist nicht zuletzt gegenüber einfachen Büzern eine ungeheuerliche Zumutung, die ihre Familien mit für Schweizer Verhältnisse wohl bescheidenen, im internationalen Vergleich aber höchst komfortablen Einkünften klaglos über die Runden bringen.

Personenkontrolle

Riklin, Arbenz, Mörgeli, Hänni, Fasel, Grosse-Bley, Wiegand

Die Zürcher CVP-Nationalrätin **Kathy Riklin** schraubt die Selbstbedienungsmentalität und den lockeren Umgang mit Steuergeldern in neue Höhen. Am 2. März schrieb Riklin, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats, an deren Präsidenten, Andreas Aebi (SVP, BE), sowie deren Sekretär eine E-Mail, in der sie für die schweizerische Diplomatie eminent wichtige Pläne kundtat. Sie beabsichtige, so Riklin, zur 150-Jahr-Feier «der Gründung der Schweizer Kolonie <Nueva Helvecia>» nach Uruguay zu reisen. Dies in ihrer Funktion als Mitglied «der Delegation der parlamentarischen Freundschaftsgruppe



Uruguay ruft: CVP-Politikerin Riklin.

«Schweiz – Lateinamerika»». Sie möchte – jetzt kommt's – die APK «anfragen, ob die Möglichkeit besteht, mich offiziell an die Treffen zu delegieren und damit einen Teil der Kosten zu vergüten (Taggelder, evtl. Reisespesen, vgl. unten). Ich bitte euch», schloss die Steuergeldvernichterin mit vollendeter Höflichkeit, «meine Anfrage wohlwollend zu prüfen.» (*gut*)

Eine Überraschung erlebte **Peter Arbenz** (FDP) in seiner Funktion als Präsident der Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Als neues Mitglied nominierte die SVP-Nationalrat **Christoph Mörgeli**, bekannt als Kritiker der Entwicklungshilfe. Kurz darauf erhielt die SVP eine Anfrage vom Kommissionssekretariat, ob man Mörgeli mit einer Frau ersetzen könne. Zwecks geschlechtlicher Ausgewogenheit, wie es hiess. (*cal*)

Work, die boulevardeske Zeitung von Altlinken für andere Gewerkschaftsfunktionäre, feiert den singenden RTL-«Superstar» **Luca Hänni** aus dem bernischen Uetendorf im Stile eines Teenie-Blättchens: «Mädchenherzen schmelzen», «süßer Traumschwiegersonn», «Bravo-tauglich», «charmant», «makelloses Sixpack». Grund für die fundierte Analyse ist die Mitgliedschaft des Teenies in der extremen



«*Sorry, Chef*»: Unia-«Superstar» Hänni.

Gewerkschaft Unia. Gut zur politischen Ausrichtung des syndikalistischen Zirkulars hätte der (leider unterlassene) Hinweis gepasst, dass Unia-Hänni sich nicht länger ausbeuten lassen will und seine Maurerlehre geschmissen hat: «Wenn mein Lehrmeister anruft, werde ich ihm sagen: <Sorry Chef, ich komme nicht mehr auf den Bau.>» (*upe*)

Der schillernde Caritas-Direktor und alt Nationalrat **Hugo Fasel**, der von der Dramatisierung der angeblichen Armut in der Schweiz bestens lebt, hat am Montag vor den Medien «ein steigendes Interesse an Daten zur Armut» festgestellt. Sich selbst kann der Schnell- und Lautsprecher mit der Annäherung an die Realität nicht gemeint haben, denn Fasel repetierte seine alte Mär von gegen 900 000 Armen in der Schweiz. Das Bundesamt für Statistik hat kürzlich erstens nur 586 000 Arme gezählt und zweitens festgestellt, dass diese immer weniger arm seien. Deren Abstand zur statistischen Armutsgrenze – für eine Einzelperson liegt sie bei einem verfügbaren Monatseinkommen von 2243 Franken – wird immer geringer. (*upe*)

Blick-Chefredaktor **Ralph Grosse-Bley** kündigte im *Schweizer Journalist* einen Ausbau des Polit-Ressorts an. Die Einschätzung des Interviewers **Markus Wiegand**, das Boulevardblatt sei politisch irrelevant geworden, wies er aber zurück: «Quatsch.» Wiegand – wie Grosse-Bley Deutscher – testete den *Blick*-Chef auf sein Wissen: «Wann wurde die Schweiz von wem gegründet?» Und: «Wie viele Personen vertreten den Kanton Aargau im Ständerat?» Grosse-Bley musste bei beiden Fragen passen. Ob neues Personal wirklich weiterhilft? (*axb*)



Null Punkte: *Blick*-Chef Grosse-Bley.

Nachruf



Weiss, jüdisch, bürgerlich: Rapper Yauch.

Adam Yauch (1964–2012) — Es war ihr grösster Erfolg, der zu einem schweren Missverständnis führte. «(You Gotta) Fight for Your Right (To Party)», das Markenzeichen der Beastie Boys, die Hymne aller Komasäufer – und das Gegengift für alle Miesepeter, die sich angewidert über die einbrechende Spassgesellschaft echauffierten. Es war 1981, als sich drei Jungs aus der New Yorker Mittelschicht auf gefährliches Terrain begaben. Eigentlich wollten Adam Yauch und Michael Diamond die Beastie Boys ja als Punkband gründen, um dann schliesslich mit dem Gitarristen Adam Horovitz eine Hip-Hop-Band zu entwickeln. Weiss, jüdisch, bürgerlich – keine guten Voraussetzungen für die nötige *street credibility* in der Rapperszene der Achtziger.

Zusammen mit den Produzenten Rick Rubin und Russell Simmons etablierten sie mit atemberaubender Vielfalt einen weisen Rap (Eminem wäre ohne Beastie Boys nicht denkbar gewesen!). Nicht nur an den *turntables* spielten die Beasties – das musikalische Fundament der drei Instrumentalisten wurde von allen Stilen vitalisiert. Als grosser Inspirator mittendrin der zurückhaltende Adam Yauch, der mit rauer Stimme und irritierend schillernder Fantasie Gesicht und Geist der Band bestimmte. Immer mehr entwickelte er sich zum hochmusikalischen Filmregisseur, der nicht nur die Videos der Band drehte (unter dem erfundenen Schweizer Pseudonym Nathaniel Hörnbower), sondern auch sensibeltemperamentvolle Dokumentarfilmporträts («Gunnin' for That #1 Spot»). Adam Yauch starb vergangene Woche an Krebs in New York.

Thomas Würdehoff

Die Linken und die Ausländer

Von Andreas Kunz — Jahrelang haben sie das Thema tabuisiert. Jetzt überbieten sich die Genossen mit Vorschlägen zur Einwanderungspolitik. Doch das neue SP-Migrationspapier zeigt: Ihre alten Ideologie hat die SP nicht überwunden. Das Grundproblem der offenen Grenzen wird ignoriert.



Ein Schritt nach rechts, zwei Schritte nach links: SP-Präsident Levrat, SP-Justizministerin Sommaruga.

Sein Atem stockt, der Kopf wird rot, der Blick voll Pech und Schwefel. Jetzt schnaubt er wild, es schüttelt ihn, die Stimme ist verflogen. Er versucht's nochmals und startet neu, doch Schock und Qual sind grösser.

Kein vieräugiges Monster ist zu sehen im Bundeshaus, ebenso wenig hat die SVP die alleinige Macht im Land übernommen. Es ist etwas viel Schlimmeres, was SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr erlebt, etwas, das ihn verlässlich mit Furcht, Verachtung, mit körperlichem Unbehagen und kaum verhohlenen Hass erfüllt: Er muss die Frage eines Journalisten über den Anstieg der Ausländerkriminalität beantworten.

Nirgends sind die Tabus bei den Sozialdemokraten grösser als in der Migrationspolitik. In seinen vier Amtsjahren als Parteipräsident hat Fehr und haben seine Genossen das Thema konsequent verschwiegen, heruntergespielt

oder schöngeredet. Verlässlich übte man den alten Kindertrick: Das, worüber man nicht spricht, existiert auch nicht.

Der Plan schlug fehl. Die Einwanderung hat seit Fehrs Abgang 2008 weiter zugenommen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Schweiz um die Grösse der Stadt Zürich gewachsen. Der Ausländeranteil ist auf 23 Prozent gestiegen. Die Asylgesuche haben 2011 eine Rekordzahl von über 20 000 erreicht. Auch in den Städten, den sozialdemokratischen Stammländern, kann die urbane Anonymität die Auswirkungen eines grenzenlosen Bevölkerungswachstums nicht mehr überdecken.

Das Unbehagen in der Basis wurde spürbar, der Druck auf die Parteileitung ist zu gross geworden. Fehrs Nachfolger Christian Levrat musste das leidige Thema aufnehmen. Seit Anfang Jahr übertrumpfen sich die Sozialdemokraten mit eigenen Analysen, Vorschlägen und

Lösungsansätzen. Levrat gibt Interviews, SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga widmet sich in Reden dem Thema, und zum ersten Mal seit 2006, nach sechs Jahren peinlich berühmtem Schweigen und empörtem Aussitzen, hat die SP kürzlich sogar ein «Migrationspapier» veröffentlicht.

Vergrößerungsglas auf die SP

Es hätte ein Durchbruch werden können, doch es blieb die Enttäuschung. «Die Einwanderung ist das Vergrößerungsglas auf die im Inland verpassten Reformen», sagte SP-Vizepräsidentin Jacqueline Fehr bei der Vorstellung des Papiers. Was folgte, war ein Eiertanz, bei dem die Regel lautete, dass die Wörter «Ausländer» und «Problem» nicht im gleichen Satz gesprochen werden durften. Die Präsentation war das Vergrößerungsglas auf eine Partei, die das dominante Thema der letzten Jahre ver-

passt hat und mit ihren verspäteten Lösungsversuchen nicht über ihre alten Ideologien und Kampfbegriffe hinwegkommt.

Zuerst zur Ausgangslage: Tausende hochqualifizierte Einwanderer kommen in die Schweiz und sorgen für Wachstum, Innovation und Steuereinnahmen. Gleichzeitig zieht der Erfolg des Kleinstaats dunklere Gestalten an. Gemäss Kriminalstatistik ist die Zahl der Straftaten 2011 um 6 Prozent gestiegen. 51 Prozent aller Delikte werden von Ausländern begangen. Bei schwerer Gewalt sind es 58 Prozent, bei Tötungsdelikten 59 Prozent, bei Vergewaltigungen und Drogenhandel sind es sogar je 64 Prozent. In den Gefängnissen beträgt der Ausländeranteil 71 Prozent. Eingebürgerte überall nicht mitgerechnet.

Auch in anderen Bereichen sind die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugezogenen augenfällig. Dank anhaltendem Wirtschaftswachstum lag die Arbeitslosenquote der Schweizer im April bei 2,2 Prozent – bei den Ausländern hingegen beträgt sie 6,3 Prozent. Während nur 2 Prozent aller Schweizer Sozialhilfe beziehen, sind es bei den Zuwanderern 6 Prozent. Ob Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder Fürsorge: Überall liegen die Werte der Zugezogenen drei- bis viermal höher als bei den Einheimischen.

Höhere Steuern, mehr Personal, Verbote

Die Probleme sind mittlerweile derart offenkundig, dass sie auch die SP nicht mehr länger verschweigen kann. Und das sind die sozialdemokratischen Lösungsvorschläge: Ausbau der flankierenden Massnahmen, Einführung von Mindestlöhnen, sozialer Wohnungsbau, mehr Arbeitsmarktkontrollen, zusätzliche Mittel für Bildung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, und, selbstredend: die Forderung nach höheren Steuern, mehr Bundespersonal und weiteren Verboten. Der Kauf von Immobilien für Ausländer soll eingeschränkt, die Belegschaft im Asylwesen ausgebaut und die Abgaben für ausländische Unternehmen sollen erhöht werden. Alles auf 64 Seiten und in 149 Postulaten zu Papier gebracht.

Selbst der längst überwunden geglaubte Klassenkampf fehlt nicht: Bundesrätin Sommaruga stützte sich auf das Migrationspapier ihrer Partei, als sie in Interviews und Reden mehrfach die «schlechte Integration» von reichen Zuwanderern mit hoher Bildung und guten Jobs kritisierte. Sie würden sich um Traditionen frotzeln, schickten ihre Kinder in Privatschulen und bildeten Parallelgesellschaften, sagte Sommaruga. Die Integrationsprogramme des Bundes sollen deshalb verstärkt auf Zuzüger aus dem EU-Raum ausgerichtet werden, die Mittel von jährlich 40 auf 110 Millionen Franken erhöht werden. Dass die englischen Banker und deutschen Ärzte genau die Zuwanderer sind, die man sich gewünscht hat und von denen man profi-

tiert, erwähnte die Bundesrätin in ihren Voten nicht.

Ebenso spricht die Justizministerin, verantwortlich für die Dossiers Asyl und Zuwanderung, nur widerwillig über kriminelle afrikanische Migranten, deren Straftaten sich allein in Zürich innert Jahresfrist verdoppelt haben, oder über ausländische Unterschichtsfamilien, deren Kinder keine Lehre abschliessen, den Anschluss verpassen und ohne Perspektiven auf Kosten des Sozialstaats durchs Leben gehen. Statt in die Niederungen des Alltags hinabzusteigen, erweiterte Sommaruga die Ausländerdebatte in einer 1.-Mai-Rede um ein weiteres sozialdemokratisches Kampffeld: Wären mehr gutausgebildete Frauen berufstätig, müssten wir nicht so viele Ausländer beschäftigen, theoretisierte die Bundesrätin.

Frauenfragen, reiche Banker, Mindestlöhne, Wachstumskritik – die SP-Offensive in der Migrationspolitik orientiert sich strikt am Parteiprogramm. Fern den tatsächlichen Problemen, übt sich die SP in Symptombekämpfung. Das

Frauenfragen, reiche Banker, Mindestlöhne, Anti-Wachstum: Die SP verkennt die Probleme.

Grundproblem der offenen Grenzen wird ignoriert. Von Einschränkungen im Asylwesen will die Partei nichts wissen, im revidierten Einbürgerungsgesetz sollen die Anforderungen für den Schweizer Pass nicht erhöht werden. Immerhin wird die Anrufung der Ventilklausele für osteuropäische Zuwanderer im Migrationspapier als unnützer «Placeboeffekt» abgetan. Zu Recht.

Die Neulinge in der Ausländerdebatte verstricken sich ausserdem in Widersprüche. «Die Grenzen des Wachstums sind überschritten», heisst es im Papier. Gleichzeitig will die Partei an der Personenfreizügigkeit festhalten, sie sogar auf aussereuropäische Staaten ausweiten und den Familiennachzug vereinfachen. Einerseits fordert die SP eine weitere Öffnung der Grenzen, andererseits soll die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft mit neuen Regulierungen geschwächt werden. Wirtschaftsmigranten, die sich als Flüchtlinge ausgeben, sollen die Schweiz zwar verlassen müssen, nötigenfalls sogar mittels Zwangsausschaffungen, schreibt die SP. Ebenso müsse aber «endlich für das ganze Spektrum der Arbeitssuchenden eine reguläre Einreisemöglichkeit geschaffen» werden, heisst es im Migrationspapier.

Ein Schritt nach rechts, zwei Schritte nach links – niemand in der Partei sollte mit dem heiklen Ausländerthema vergrault werden, niemand vor Empörung den Aufstand wagen. Wenig überraschend passierte es trotzdem. Der ideologische Flügel der Partei will das Thema weiter tabuisieren und die internationale Solidarität um jeden Preis aufrechterhalten. In den

Reaktionen war die Rede von «populistischer Logik», «Stammtischrhetorik» und davon, dass die Partei mit ihrem Vorstoss bloss «den Rechten in die Hand» spiele. Immerhin fielen für einmal die sonst üblichen Worte «Hetze», «Fremdenfeindlichkeit» oder «Rassismus» nicht. Die moralischen Kampfbegriffe, die bei Ausländerfragen jegliche Debatte verunmöglichen sollen, bleiben für die Migrationsvorstösse der anderen Parteien reserviert.

Rote Köpfe

Eines ist Präsident Christian Levrat anzurechnen: Er hat die SP aus dem Dornröschenschlaf geweckt. Seine Standhaftigkeit darf allerdings angezweifelt werden. Nachdem er Anfang Jahr die Ausländeroffensive seiner Partei in einem Interview einleitete, eine «Einwanderungsdebatte ohne Tabus» forderte und laut über eine «effizientere Ventilklausele» sowie eine «zahlenmässige Beschränkung» der Einwanderung nachdachte, wurde er von seinen Genossen gedeckelt. Drei Monate später wollte Levrat nicht einmal mehr die Ventilklausele für die acht osteuropäischen Länder unterstützen und bezeichnete sie in Interviews als «zweitrangig».

Wenn die SP-Sektionen das neue Migrationspapier in den kommenden Monaten besprechen, Vorschläge verwerfen und neue hinzufügen, wird es in den Diskussionen zu roten Köpfen kommen, die es bei der SP immer gibt bei Ausländerfragen. Wie bei Hans-Jürg Fehr werden die Körper vor Empörung zittern, und in den Augen wird es vor Verachtung blitzen. Und wenn die SP dann wie geplant im September das endgültige Papier verabschiedet, drohen auch die letzten brauchbaren Vorschläge der Frühjahrsoffensive wieder unter dem Mantel der Verschwiegenheit zu verschwinden. ○

LEHREN AUS WIRTSCHAFTSKRISEN



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), welche Lehren wir aus historischen Wirtschaftskrisen für unsere zukunftsorientierte Anlagestrategie ziehen.»

Patrick Erne, CFA

PRIVATBANKIERS

REICHMUTH & CO

INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch

Geiles Projekt

Von Henryk M. Broder — Was wollen die Piraten? Vor allem wollen sie nicht arbeiten.



Kaum stand fest, dass die Piraten mit etwas mehr als acht Prozent in den Landtag von Schleswig-Holstein einziehen würden, sass der neugewählte «politische Geschäftsführer», Johannes Ponader, bei Günther Jauch in der Runde und demonstrierte, wie sich ein moderner Pirat die politische Arbeit vorstellt. Er hielt ein Handy in der Hand und tweetete ununterbrochen, um seine Follower auf dem Laufenden zu halten. Zwischendurch sagte er Sätze wie: «Wir Piraten haben ein Interesse an einer transparenten und gesunden und guten Demokratie.» Bei dieser Gelegenheit machte er auch klar, woran ein Pirat kein Interesse hat: an guten Umgangsformen. Ponaders nackte Füße steckten in Sandalen, während er sich um den Hals einen Schal gewickelt hatte, als würde er frieren.

Gefragt, was er beruflich mache, antwortete Ponader, er sei «Gesellschaftskünstler» und arbeite als Schauspieler, Regisseur und Theatertherapeut. Erst auf mehrfaches Nachhaken von Jauch gab Ponader zu, dass er von «Sozialleistungen», also von Arbeitslosengeld, lebe.

Wer wissen möchte, was ein Gesellschaftskünstler macht, der braucht nur die Homepage von Ponader anzuklicken. Sein künstlerisches und gesellschaftspolitisches Schaffen dreht sich um das Thema «bedingungsloses Grundeinkommen». Ponader hat ein Theaterstück geschrieben («Gold oder die Würde des Menschen»), das beim Grundeinkommensfest Berlin in Ausschnitten uraufgeführt wurde; er moderiert bei einem alternativen Münchner Radio Sendungen über das bedingungslose Grundeinkommen; er war massgeblich an der Organisation und Durchführung des Symposiums «Grundeinkommen und anderes Geld», beteiligt, das von der Grundeinkommensinitiative München ausgerichtet wurde.

In seiner Bewerbungsrede für das Amt des politischen Geschäftsführers sagte er: «Wir arbeiten zurzeit an einem gigantisch geilen politischen Projekt. Wir sind dabei die Speerspitze eines Paradigmenwechsels, die Avantgarde einer gesellschaftlichen Veränderung. [...] Wir arbeiten daran, Antworten zu formulieren, zu denen viele andere noch nicht einmal die Fragen verstehen.» Zumindest die Frage, wie man barfuss und auf anderer Leute Kosten durchs Leben kommt, hat er für sich bereits beantwortet.

Die Kunst der kleinen Tiere

Von Kurt Schiltknecht — Staaten sind nicht sehr anpassungsfähig. Deshalb sollten der öffentlichen Hand keine Aufgaben übertragen werden, die Privatunternehmen lösen können.

Wirtschaftskrisen haben viele Ursachen. Eine, über die zu wenig gesprochen wird, hängt mit der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an ein sich veränderndes Umfeld zusammen. Nachfrage und Angebot wachsen nicht im Gleichschritt. Märkte sind deshalb selten im Gleichgewicht. Im Sozialismus wurde dieses Problem mit staatlicher Planung zu lösen versucht. Die immer mehr in Vergessenheit geratenen Ergebnisse waren katastrophal. In einer freien Marktwirtschaft haben hingegen die Marktteilnehmer viele fruchtbare Ansätze zur Korrektur der Ungleichgewichte entwickelt. Bei einem Nachfrageüberhang können die Preise erhöht und/oder das Angebot durch zusätzliche Investitionen oder mehr Arbeit vergrössert werden.

Umgekehrt können bei Angebotsüberschüssen die Preise gesenkt, neue und bessere Produkte entwickelt oder die Kapazitäten abgebaut werden. Solange die Anpassungen vom Staat nicht gestört werden, werden Ungleichgewichte schnell behoben. Bei guter Wirtschaftspolitik kommt es nur in Ausnahmefällen zu bedrohlichen Ungleichgewichten. Die Unternehmen wissen, dass sie auf Ungleichgewichte rasch reagieren müssen, da sie sonst Gefahr laufen, von der Entwicklung überrollt zu werden. Wegen des Drangs zum Überlegen müssen neue Produkte entwickelt und muss die Produktion laufend verbessert werden. Wer im Wettbewerb nicht mithält, scheidet aus. Auch die Arbeitskräfte müssen bei der Aus- und Weiterbildung den Veränderungen Rechnung tragen.

Eine Wirtschaft kann nur überleben, wenn sie sich laufend anpasst. Angesichts der Bedeutung der Anpassungsfähigkeit für die Wirtschaft müsste die Politik alles daran setzen, diese zu verbessern. Das Gegenteil trifft zu. Mit einer Flut von Massnahmen, vor allem im Arbeits-, Wohnungs-, Energie- und Gesundheitsmarkt, sowie mit Eingriffen in den Preismechanismus untergräbt die Politik die Anpassungsfähigkeit laufend. Als Folge davon haben die Ungleichgewichte in diesen Bereichen laufend zugenommen und vor allem in einigen EU-Ländern dramatische Ausmasse angenommen.

Wenn die Schweiz überleben will

Dass die Staaten die Anpassungsprozesse mit Vorschriften behindern, ist nur ein Teil des

Problems. Der andere liegt darin, dass Staaten wesentlich langsamer auf Ungleichgewichte oder Änderungen in ihrem Umfeld reagieren als private Unternehmen. Anpassungen werden selbst dann nicht vorgenommen, wenn es unübersehbar ist, dass ein Hinausschieben in eine Krise führt. Dies hat sich bei der ausser Kontrolle geratenen Staatsverschuldung gezeigt. Ein anderes auf die lange Bank geschobenes Problem sind demografische Veränderungen in den Industriestaaten. Seit Jahren weiss man, dass der Anteil der nicht erwerbstätigen, älteren Leute an der Gesamtbevölkerung steigt und derjenige der Erwerbstätigen sinkt, dass also immer weniger Leute für einen immer grösseren Teil der Bevölkerung aufgenommen müssen. Weil die am Status quo des Rentensystems interessierten Kreise – die Pensionierten, die schon bald Pensionierten und die Linken – politisch so bedeutend sind, reagieren die Politiker auf die Rentenprobleme

nur zögerlich. Meistens können die Rentensysteme erst dann korrigiert werden, wenn die Staatsfinanzen oder die finanzielle Situation der Altersvorsorge zu kollabieren drohen. Dann sind die Anpassungen allerdings so schmerzhaft, dass sie den sozialen Frieden gefährden können.

Nicht nur bei der Altersvorsorge und bei den Staatsdefiziten

hat sich die Politik als unfähig erwiesen, die Weichen rechtzeitig zu stellen. Im Gegensatz zu den Unternehmen, die bei ausbleibenden Anpassungen schnell in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, besteht bei Staaten kein Druck zum raschen Handeln. Private Versicherungen müssen beispielsweise im Gegensatz zu den staatlichen Vorsorgeeinrichtungen auf demografische Veränderungen umgehend reagieren. Das hat den grossen Vorteil, dass die Anpassungskosten geringer und sozialverträglicher werden.

Die unzureichende Anpassungsfähigkeit der öffentlichen Hand ist ein guter Grund, weshalb den Staaten keine Aufgaben übertragen werden sollten, die auch die Privatwirtschaft lösen kann. Wenn die Schweiz überleben will, muss sie alles daran setzen, dass einer ihrer besten Trümpfe, die hohe Anpassungsfähigkeit der privaten Wirtschaft, nicht verloren geht, oder wie Per Jacobsson bereits vor vielen Jahren sagte: «A small animal has to be flexible in order to survive.»



Langsamer, aber stetiger Abstieg

Von Hansrudolf Kamer — Europa stimmt für Wechsel aller Art, doch sind diese mehr Schein als Sein. Die versprochene Politik ist von vorgestern. Europas Abstieg lässt sich so nicht aufhalten.



Die Finanzkrise frisst sich weiter ins Gewebe der europäischen Politik. Viele Versuche zu ihrer Bewältigung sind gescheitert, und viele der etablierten Parteien haben das Vertrauen der Wähler verloren.

Wenn Finanzgenies und Banker abwiegeln und erklären, die Suppe werde nicht so heiss gegessen wie gekocht, beweisen sie nur ihren Mangel an Realitätssinn.

Frankreich, Griechenland, Britannien und Schleswig-Holstein stehen nicht allein. Vor kurzem scheiterten auch die Exekutiven in Rumänien und in den Niederlanden beim Versuch, weitere Sparmassnahmen durchzusetzen. In Italien und Spanien wurden Regierungen verabschiedet. Die Wechselstimmung ist überall mit Händen zu greifen.

Dass Machthaber und Etablierte abgewählt werden, gehört in einer solchen Lage zum normalen Spiel der Kräfte. Spanien, besonders hart getroffen, wechselte nach rechts. In Frankreich profitiert die Linke davon, dass Sarkozy als «petit Napoléon» das Land nicht aus der Krise führen konnte. Sein Reformanlauf, vernünftig im Ansatz, scheiterte. Besser wird es nun allerdings nicht, im Gegenteil. Viele von Hollande artikulierte Rezepte sind für die heutige Lage mitverantwortlich und werden das Malaise verschlimmern.

Schröpft die Mittelklasse!

Staatliches Sparen wird als unpopulär verschrien. Und Wachstum will jeder. Der neue französische Präsident, der nur im Vergleich zur Stalinistin Aubry gemässigt wirkt, hat im Wahlkampf damit gepunktet. Er musste nicht einmal genauer erläutern, wie er das anstellen will. Sein Wahlprogramm ist, wenn Frankreich über die Runden kommen will, eine Totgeburt. Er hat keine Lernzeit von zwei Jahren wie einst Mitterrand, der erste Sozialist der Fünften Republik im Elysée.

Sarkozy hat davor gewarnt, Hollande werde Frankreich in ein Griechenland verwandeln. Die Griechen haben sich am Wochenende eindeutig geäußert: Sie wollen nichts vom Bisherigen. Sperren sie sich aber wirklich gegen die Erkenntnis, dass sie ihr Land modernisieren und ihren Staatsapparat verkleinern müssen?

Oder misstrauen sie nur dem zur Verfügung stehenden Personal und dem europäischen Diktat? Werden sie so lange wählen müssen, bis sie «richtig» wählen?

Britannien ist im Vergleich geradezu normal. Die Tories erhalten bei den Kommunalwahlen einen der üblichen Denkkettel. Die Parteirechte, die Cameron immer misstrauisch bäugt, wird gestärkt. Und die Londoner, die einen blauen und einen roten Exzentriker zur Auswahl hatten, wählten gegen den Trend den blauen.

Schleswig-Holstein darf sich, wie sich die *Zeit* ausdrückte, einer höchst lebendigen Demokratie erfreuen. Die CDU verlor, die SPD legte zu, gewann aber nicht, die FDP triumphierte, obwohl sie verlor, die Piraten freuen sich, die Grünen stagnieren. Das ist wohl Ausdruck einer hedonistischen Gefühlslage, die Politik nicht ernst nimmt und als Spiel betrachtet. Nur wenige Stimmbürger bemühten sich.

Wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert. Wirtschaftlich ist der Teufelskreis leicht erkennbar. Der Abbau der staatlichen Schulden ist in Frankreich und Griechenland Voraussetzung für Wachstum. Der öffentliche Sektor selber bringt keines zustande. Frankreich stimuliert und betreibt Industriepolitik und fährt ein Defizit ein und türmt Schulden auf seit bald vierzig Jahren!

Steuererhöhungen – Schröpft die Reichen! – zur Sanierung der Staatsfinanzen, mit weiteren öffentlichen Ausgaben garniert, ist der direkte Weg ins Verderben. Es gibt nicht so viele Reiche, die bezahlen könnten, was der Staat an Wohltaten über die Bürger ausschüttet. Geld funktioniert immer noch nicht wie die wunderbare Brotvermehrung. Es werden die Nichtreichen zur Kasse gebeten. Schröpft die Mittelklasse!

Leviathan erdrückt die freie Wirtschaft. Es sind nicht Sparen und Austerität, die das Problem sind, auch nicht eine deutsche Dominanz über Europa, denn die Staatsausgaben haben in den letzten vier Jahren stark zugenommen. Noch mehr führt tiefer in die Sackgasse.

Die Wähler stimmten mehrheitlich für einen Wechsel. Das haben sie auch schon früher getan: Die Wahl Sarkozys 2007 – noch vor der Finanzkrise – war eine Willenskundgebung für einen Bruch mit der Vergangenheit. Der Widerstand gegen seine Reformversuche war dann aber keine Folge der Finanzkrise, sondern Ausdruck historischer französischer Extravaganz.

Wenn Wechsel nichts bringen, was dann? Die Bruchstelle ist noch nicht erreicht. Hollande wird seine Wähler enttäuschen und in die Fänge des Front national treiben. Die europäische Kompromissmaschinerie wird angeworfen. Merkel will Frieden; ihre Wahl ist erst im nächsten Jahr. Der griechische Extremismus wird gezähmt, Hollande domestiziert, die Abrechnung hinausgeschoben: etwas Wachstumsrhetorik, etwas «Investitionen». Das wird eine Weile hinhalten. Der Niedergang Europas ist langsam, aber stetig und beharrlich.

Mehr zum Thema: Seite 40



Nichts vom Bisherigen: Rednerpult von Präsident Sarkozy kurz vor seiner Wahlniederlage.

Mörgeli

Bei Hunden setzt das Denken aus

Von Christoph Mörgeli

Ein Politiker, der überleben will, darf sich zu fast allem äussern. Nur nie zum Thema Hund. Diese eiserne Hunde-Regel gilt parteiübergreifend. Denn unter den Wählerinnen und Wählern gibt es eine Hälfte, die findet, Hunde seien die weit wertvolleren, treueren und charaktvollereren Lebenskameraden als die gesamte übrige Menschheit zusammen. Während die andere Hälfte findet, Hunde gehörten ausschliesslich in medizinische Labors oder in chinesische Kochtöpfe.

Darum bin ich in der Hunde-Frage ein vollendeter Opportunist. Begegne ich beim Spazieren Mitmenschen mit tierischem Begleiter, stosse ich laute Töne des Entzückens aus, tätschle das jeweilige Exemplar hingebungsvoll und behaupte, einen so prachtvollen Hund hätte ich in meinem ganzen Leben noch nie gesehen. Treffe ich aber auf Spaziergänger ohne Hunde, preise ich aus voller Brust die Tatsache, dass man doch noch auf vernünftige Mitmenschen stosse, welche die Natur auch ohne einen Vierbeiner geniessen könnten.

Ein Politiker, der überleben will, weiss: Beim Thema Hunde setzt das Denken aus. Am letzten Sonntag hat die Glarner Landsgemeinde im Sekundentakt diskussionslos Millionenvorlagen verabschiedet. Beim Traktandum Hundegesetz aber gab es trotz strömendem Regen fast mehr Redner als Teilnehmer. Gleichentags echauffierte sich die Sonn(s)talkerin Sonja A. Buholzer auf Tele Züri über die «ganz grauenhafte» Mitteilung, dass in der Ukraine im Hinblick auf die Fussball-EM streunende Hunde anästhesiert, getötet und kremiert würden. Alle schauten zu bei diesem «feigen, brutalen» Gewaltakt, diesem «ganz, ganz brutalen Massenmord» und – jetzt kommt's – dem «Holocaust an diesen Tieren».

Jetzt wird das Thema Hunde ernst. Nämlich durch Frau Buholzers ungeheuerliche Verharmlosung des Holocaust. Mir ist es zwar hundewurst, wenn sie die Meinungsfreiheit nutzt, um die grössten Dummheiten zu erzählen. Das geltende Strafrecht droht aber mit Freiheitstrafe bis zu drei Jahren oder Geldbusse für jemanden, der öffentlich Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit «gröblich verharmlost». Statt die nationale SVP-Spitze wegen eines Kosovo-Inserates zu kriminalisieren, müssten sich die Strafverfolger subito mit Sonja A. Buholzer beschäftigen. Sonst ist die Zürcher Staatsanwaltschaft gänzlich auf den Hund gekommen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Spottbillige Solarenergie

Von Peter Bodenmann — Marx und Engels bekommen recht: Der Kapitalismus zerstört alles, sogar die Atomenergie.



Neue Zukunft für Bergbauern: Solar-Skilift im bündnerischen Safiental.

In Japan ist kein Atomkraftwerk mehr am Netz. Trotzdem stieg der CO₂-Ausstoss – bereinigt auf Jahresbasis – um nicht einmal zehn Prozent an. Schlicht und einfach, weil selbst in Japan die Atomenergie wenig zur Lösung des CO₂-Problems beiträgt.

Ein Blick zurück lehrt: Der Kapitalismus «kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente [...] fortwährend zu revolutionieren. [...] Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.» Das schrieben Karl Marx und Friedrich Engels 1848 in ihrem «Kommunistischen Manifest». Und genau diese zugleich zerstörerische wie schöpferische Kraft des Kapitalismus können wir auf dem Gebiet der Produktion und Verteilung von elektrischer Energie eins zu eins mitverfolgen.

Photon ist die führende Zeitschrift in Sachen Solarenergie. Der Verlag baut – um Theorie und Praxis zu verbinden – über eine Tochtergesellschaft Fotovoltaik-Anlagen. 2012 wird diese Tochtergesellschaft neue Anlagen für den Preis von 1000 Euro pro Kilowatt Leistung bauen. Die meisten Politiker und Medienleute verstehen hier bereits nur noch Bahnhof.

Lernschritt 1 — Mit einer Investition von 1200 Franken kann man pro Jahr in der Schweiz 950 bis 1350 Kilowattstunden Strom produzieren.

Die Investitionskosten sinken pro jährlich produzierte Kilowattstunde Solarstrom somit unter einen Franken.

Lernschritt 2 — Wer weniger als einen Franken investiert, bekommt die Kilowattstunde deutlich günstiger, als Strom aus neuen Atomkraftwerken kosten würde. Deshalb wird niemand mehr neue Atommeiler bauen. Ausser er braucht Atombomben.

Lernschritt 3 — Doris Leuthard will die Produktion des spottbilligen Solarstroms zusätzlich mit bis zu dreissig Prozent subventionieren.

Lernschritt 4 — Wer in den Schweizer Bergen gegen Süden gerichtete vertikale Solarpanels installiert, produziert im Winter mehr Strom als im Sommer. Und dies erst noch zu den Spitzenzeiten des Verbrauchs. Bergbauern haben eine Zukunft als Freiland-Solarbauern.

Noch versuchen die Schweizer Strombarone und rot-grüne Nostalgiker, den ökologischen Umbau zu verzögern. Und werden dabei vom zuständigen Departement samt Preisüberwacher unterstützt. Trost spenden einmal mehr Marx und Engels: «Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.»

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Siebenmal die Woche

Von Kurt W. Zimmermann — Es ist Zeit, dass die Sonntagszeitungen auch an Werktagen erscheinen.

Im Jahre 1969 gab es bei der *Neuen Zürcher Zeitung* einen radikalen Wandel. Die Zeitung erschien nur noch zweimal am Tag. Zuvor war sie fast achtzig Jahre lang dreimal erschienen, morgens, mittags und abends. Ab 1974 gab es sie dann nur noch einmal am Tag.

Damit wären wir beim Druckunternehmen Bechtle in Esslingen.

Als ich letzte Woche bei Bechtle in Esslingen war, hatten diese gerade eine innovative Premiere auf ihrer Maschine. Bechtle druckt unter der Woche die *Bild*-Zeitung. Am Wochenende druckt Bechtle *Bild am Sonntag*. Diesmal druckte Bechtle *Bild am Sonntag* erstmals an einem Werktag.

Bild am Sonntag erschien nicht am Sonntag, sondern unter der Woche, nämlich an einem Dienstag. Das Blatt erschien am 1. Mai. Auf dem Titelbild stand als Logo nicht *Bild am Sonntag*, es stand *Bild am Feiertag*. Der Springer-Verlag testete damit aus, was womöglich in Zukunft die Regel wird. An Feiertagen wie 1. Mai, Ostermontag und Christi Himmelfahrt erscheint künftig eine Sonntagszeitung.

Damit wären wir bei den Nachrichten von Radio DRS.

Die Mittagsnachrichten des Schweizer Radios wurden über Generationen nur um 12.30 Uhr verlesen. Dazwischen, am Morgen und am Nachmittag, gab es keine Nachrichten. Erst als 1983 die Privatradios auf Sendung gingen, schwenkte das Staatsradio zu stündlichen News-Sendungen um, inzwischen auch in der Nacht.

NZZ. Bechtle. DRS. Wem diese Kolumne nun eher wirr und unstrukturiert vorkommt, der hat vermutlich recht. Darum müssen wir das Thema kurz umreissen. Es ist interessant, wie sich der Takt der Nachrichtenvermittlung in der Mediengeschichte verändert hat.

Lange war der Rhythmus der News auch der Rhythmus der News-Vermittlung. News ruhen nie, wie man weiss. Nicht nur die NZZ erschien deshalb dreimal in 24 Stunden. Auch Blätter wie das *Prager Tagblatt* oder der *Vorwärts* in Leipzig erschienen vor dem Zweiten Weltkrieg mehrmals pro Tag. Dann aber kam Radio immer dominanter als News-Leitmedium auf, und die Zeitungen zogen sich auf eine einzige tägliche Edition zurück. Neugründungen wie die *Repubblica* in Italien kamen gar nur noch fünfmal pro Woche auf den Markt.

Dann, nach 1980, kamen die TV-News-Kanäle wie CNN, dann, ab 1995, kam das Internet. Seitdem ist der *news flow* für das Publikum während 24 Stunden ohne Rhythmusstörung



Am Herzschatz: Le-Matin-Chefin Sandra Jean.

abrufbar. Seitdem ist man auch morgens um drei bei einer Schiesserei in Dubai dabei.

Unter dieser Prämisse mussten sich die Zeitungen anpassen. Sie mussten wieder näher an den Herzschatz ran. Bestes Beispiel ist der Boom der Sonntagsblätter in der Schweiz. Alle etablierten Tageszeitungen haben inzwischen ein siebte Ausgabe auf dem Markt und haben damit ihre weisse News-Lücke ausgefüllt. In den letzten zehn Jahren kamen allein in der Deutschschweiz sechs zusätzliche Sonntagsblätter auf den Markt.

Wenn sie klug sind, dann gehen die Verlage weiter auf diesem Weg, den Springer zuletzt vorgezeichnet hat. Zeitungen können sich keine Ruhetage mehr gönnen, weil wir Leser keine Ruhe mehr haben wollen. Hoffentlich gibt es auch bald bei uns den *Blick an Auffahrt*, die *Fronleichnamszeitung* und die *NZZ am Feiertag*.

Am Schluss einer Kolumne soll man immer jemanden loben. Wir loben darum den Westschweizer *Le Matin*, der dem Zürcher Medienkonzern Tamedia gehört. *Le Matin* ist die einzige Zeitung im Land, die es jeden Tag gibt. *Le Matin* erscheint 365-mal im Jahr, an Weihnachten genauso wie am 1. August und an all den anderen Feiertagen, wenn die normalen Journalisten erst mal ihren Rausch ausschlafen.

Die Redaktion des *Matin* ruht nie. Sie weiss warum. Auch die Taliban und Lady Gaga ruhen nie.

227 842 Franken für den Einkaufstourismus

Von Florian Schwab

Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) gibt sich gerne als Freund der Wirtschaft. Das Herz des ehemaligen Swissmem-Präsidenten schlägt vor allem für die Exportwirtschaft.



Andere Wirtschaftszweige werden hingegen stiefväterlich behandelt. Während der Bundesrat sich vergangenen Sommer mit einem Konjunkturpaket von zwei Milliarden ein Denkmal setzen wollte, das dann vom Parlament zurechtgestutzt wurde, überwies das Volkswirtschaftsdepartement der Stiftung für Konsumentenschutz, einer rein privaten Organisation, gestützt auf das Konsumenteninformationsgesetz, wie jedes Jahr eine ansehnliche Subvention. Im Jahr 2011 betrug diese 227 842 Franken oder rund 15 Prozent der Einnahmen der Stiftung. Auf ihrer Webseite führt die Organisation das Geschenk des Steuerzahlers als selbst «erwirtschaftete Mittel» auf.

Dieses Jahr wird der Betrag gar auf 320 000 Franken erhöht, wie einem von Schneider-Ammann persönlich unterschriebenen Brief zu entnehmen ist: «In der Überzeugung, dass diese Unterstützung der Sache der Konsumenteninteressen in diesem Land förderlich ist, wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg.»

Doch was treibt der Konsumentenschützer-Verein mit dem bundesrätlichen Batzen? Er gibt unter anderem einen Miniratgeber, «Zölle, Steuern & Co.: Grenzenlos einkaufen», heraus und unterstützt damit den Einkaufstourismus, der dem Schweizer Detailhandel und weiten Teilen der Industrie schadet. Dieser Ratgeber wird von der gemeinnützigen Organisation für Fr. 9.50 verkauft.

Im Stiftungsrat wimmelt es von links angehauchten Honoratioren. Präsidentin ist die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo. Weiter gehören dem Stiftungsrat unter anderen Nationalrätin Hildegard Fässler (SP) und die Juristin Brigitte Pérez-Frei an, die auf Gender-Mainstreaming spezialisiert ist, eine besonders militante Ausprägung der linken Gleichstellungsideologie.

Den wirtschaftsfeindlichen Grundtenor der vom EVD unterstützten Organisation am besten vertritt vermutlich der ehemalige «Kassensturz»-Leiter Urs P. Gasche. Dieser schreibt Bücher mit Titeln wie «Schluss mit dem Wachstumswahn».

Leserbriefe

«Die Schweiz hat den unendlichen Vorteil, gegen die Zurichtungen einer Massenideologie gefeit zu sein.» *Thomas Fix*



«Mehrere Möglichkeiten»: Politiker und Wissenschaftler zur Lage der Nation.

Letzte Bastion

Nr. 18 – «Die Kunst des Widerstands»; Umfrage: Wer verteidigt die Schweiz?

Der Duft von heisser Schokolade aus nicht entrahmter Milch verfolgt mich als Ersterinnerung an die Schweiz ein Leben lang. Mehr konnte sich unsere Familie damals nicht leisten, als wir mit unserem Opel Rekord 1700 durch die Alpen pflügte. Freunde und Familie hatten nach 1968 im Land der Quellgebiete von Rhone und Rhein ihr sicheres Asyl gefunden. Mittlerweile sind sie alle arriviert. Ihr Schweizer habt keine Ahnung, was sozialer Wohnungsbau oder soziale Gerechtigkeit bedeuten. Im Land der Ideen durften wir in Deutschland schon sehr früh damit Bekanntschaft machen. Hätte Rousseau etwas früher seine Thesen formuliert, dann wären Marx oder Hegel vielleicht – bei Marx eher unwahrscheinlich – in Arbeiterquartieren gross geworden, so wie ich. Die Schweiz hat den unendlichen Vorteil, gegen die Zurichtungen einer Massenideologie gefeit zu sein. Deswegen liebe ich dich, Schweiz, als unsere letzte Bastion der deutschsprachigen Freiheitsgedanken und verfolge mit Skepsis der politischen Klasse der Schweiz, das Land mit seiner grossen freiheitlichen Tradition unseren erbärmlichen Hofschranzen mit Pensionsanspruch auszuliefern.

Thomas Fix, D-Lübbecke

Auf die Frage Ihrer Zeitung, wer die Schweiz verteidigt, gibt es mehrere Antworten. Man flüchtet in Abwehr und Klein-Klein, oder man schafft Qualität durch mehr Vernunft. Gewisse

Zeitungen, die das Volk schamlos anlügen und das Vertrauen verspielt haben, bilden den traurigen Rahmen. Das wertvollste Gut ist unser praktischer Pazifismus; wir wollen nicht neben Särgen stehen, und ein Minimalrespekt der Politiker untereinander hat uns vor Schlimmerem bewahrt. Denn alle Länder, die in Kriege hineingezogen und -gedrängt wurden, sind verarmt. *Arno Fimian, Zollikerberg*

Kaspar Villiger entpuppt sich erneut als typischer FDP-Wendehals. Heute, nachdem er nicht mehr im Bundesrat ist und die FDP den EU-Beitritt aus ihrem Programm gestrichen hat, lehnt Villiger den Beitritt ab. Bei seiner Rede zum 1. August 2000 auf dem Rütli hat er noch gesagt, dass ein EU-Beitritt der Schweiz offensichtlich einige Probleme lösen würde. Das Beitrittsgesuch wurde während seiner Zeit im Bundesrat nie zurückgezogen. Zudem spricht er von gesunden Staatsfinanzen, obwohl er selbst jener Bundesrat war, der mit die grössten Schulden angehäuft hatte. Eine Schweiz, die solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. *Frank Lang, MuttENZ*

Neue Parteileitung

Nr. 18 – «La leçon française»; Urs Paul Engeler über Marine Le Pen

Der SVP-Parteileitung scheint jeder Sinn für Strategie, trotz Strategiechef und markigen Reden, abhandengekommen zu sein. Um was geht es? Spätestens seit Dezember 2011 ist die Ausgangslage klar: Die politische Landschaft hierzulande ist in zwei Lager geteilt. Einer-

seits die Sozialisten (SP), umgeben vom kunterbunten Haufen der Kleinparteien. Sie bilden die Mehrheit im Parlament, ergo übernehmen sie die Regierung und die Verantwortung. Andererseits die SVP, Partei der relativen Mehrheit im Parlament. Sie übernimmt die Opposition mit den Mitteln der direkten Demokratie. Zu jammern, sie sei «in die Opposition gedrängt» worden, ist läppisch. In jeder Demokratie spielt die Opposition eine elementare Rolle. Sollte man meinen. Was die gegenwärtige Parteileitung bietet, ist leider weit davon entfernt. Schein-Opposition. Wischiwaschi. Initiativen lancieren und dann vergessen. Eine neue Parteileitung sollte Ueli Maurer aus der Regierung abziehen und einen harten Konfrontationskurs fahren.

Peter Liniger, Gentilino

Gegen fremde Vögte

Nr. 18 – «Grosse Schwester Schweiz»; Urs Paul Engeler über Eveline Widmer-Schlumpf

Ich finde es sehr schade, dass eine Bundespräsidentin die Grundwerte ihrer Nation nicht vertreten und zu schützen versuchen will. Falls das Bedürfnis zur Abschaffung des Bankgeheimnisses bei den Schweizer Bürgern bestehen würde, könnte dies ohne Umstände mittels einer Volksinitiative umgesetzt werden. Da ich aber denke, dass die Mehrheit anderer Meinung ist, sollte man mit dem gleichen Instrument unserer Volksvertreterin zeigen, für welchen Standpunkt sie als Repräsentantin der Schweiz einzustehen hat.

Benjamin Vidas, Dussnang

Wenn immer unsere Parlamentarier und auch der Bundesrat Entscheidungen treffen, die von der Bevölkerung nicht abgesegnet werden können, diese aber ganz massiv betreffen, sollte sich jedermann vor Augen halten, dass dank dem Privileg der Immunität diese Entscheidungsträger selten selbst betroffen sind. Oder gibt es auch nur einen einzigen Schweizer Stimmbürger, der allen Ernstes glaubt, dass die Amerikaner die Steuerdaten von Bundesrätin Widmer-Schlumpf einsehen könnten, wenn sie das verlangen würden? Ich spekuliere: wohl kaum. Es geht auch hier darum, die Interessen der Schweiz oder, genauer gesagt, der Schweizer Bevölkerung zu vertreten. Fremde Vögte in jeder Form sind grundsätzlich abzulehnen. Basta! *Mark Gasche, Kirchberg*

Was unsere Vorfahren während Jahrhunderten mit ihrem Leben erkämpft und mit geschickter Diplomatie zu einem souveränen Staat aufgebaut haben, wird innert Monaten entsorgt. Die schlecht geführten Pleitestaaten meinen, die noch gut gefüllten Kassen der Schweiz plündern zu können. Bundesrätin Widmer-Schlumpf und ihr Unterhändler Ambühl sind über das einseitige Steuerabkommen stolz. Es

besteht nur aus zu weit gehenden Konzessionen, z. B. der Zulassung ausländischer Steuerfahnder. Man müsste Gegenforderungen durchsetzen, z. B. den erweiterten Nordanflug nach Kloten und/oder eine massive Beschränkung des Lastwagen-Transitverkehrs. In der guten Diplomatie galt die Maxime: «Do ut des», d. h., ich gebe, damit du gibst. In andern Departementen erkennt man ebenfalls fehlende Strategie und Orientierungslosigkeit. Fazit: Wir haben einen Bundesrat, aber keine Regierung! *P. Wettstein, St-Sulpice*

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf erinnert mit ihren Plänen zur umfassenden Kontrolle jedes Einwohners an Orwells «1984»: Ihr Vorhaben, eine amtliche Vermögensaufsicht einzuführen, verhöhnt den erfolgreichen Kerngedanken unserer Schweiz, das gegenseitige Vertrauen zwischen den engagierten, mitentscheidenden und loyalen Bürgern und Bürgerinnen sowie dem Staat. Dieses Prinzip darf nicht aufgegeben werden. Es bleibt dringend zu hoffen, dass das Parlament diesen Irrlauf stoppt. *Hans Ulrich Meister, Riehen*

In den allermeisten westlichen Demokratien misstraut der Staat seinen Bürgern. So werden in diesen Ländern die Steuern direkt vom Einkommen abgezogen. In der Schweiz hingegen vertraut der Staat seinen Steuerzahler. Jeder

füllt seine Steuererklärung selber aus und überweist erst danach seine Steuern. Dieses Vertrauen, verbunden mit der direkten Demokratie, sind die Garanten des Erfolgsmodells Schweiz. *Jürg Aeschbacher, Moosseedorf*

Basler Allüren?

Nr. 18 – «Gross gescheitert»; Klaus Zaugg über Christian Gross

Der Abgang von Christian Gross, dem bisherigen YB-Trainer, bewegt. Da wird von Klaus Zaugg des Langen und Breiten nach den Gründen gesucht. Erstaunlich ist für mich eine Formulierung, die ich nicht nachvollziehen kann: «[Christian Gross] ein Zürcher mit Basler Allüren, ein Grossgrind» – was damit wohl gemeint ist? Unter Allüren versteht man nach meiner Auffassung übertriebenes menschliches Verhalten, also eine negative Aussage, ganz zu schweigen von «Grossgrind». Klar ist aber: Der FC Basel ist seit längerer Zeit das Mass aller Dinge im Schweizer Fussball und wird von einer ganzen Region getragen; Basler Allüren, kombiniert mit «Grossgrind», was soll das?! Vielleicht liegt es am Umstand, dass man die Basler Mentalität halt verstehen müsste. Vielmehr bewegt doch die Frage: Sind die Leute, die für das YB-Fussballgeschäft die Verantwortung tragen, am richtigen Platz?

Urs D. Eggenschwiler, per E-Mail

Balsam auf die Seele

Nr. 17 – «Vom Zürichberg» in den «Chreis Cheib»; Alex Baur über Jacqueline Badran

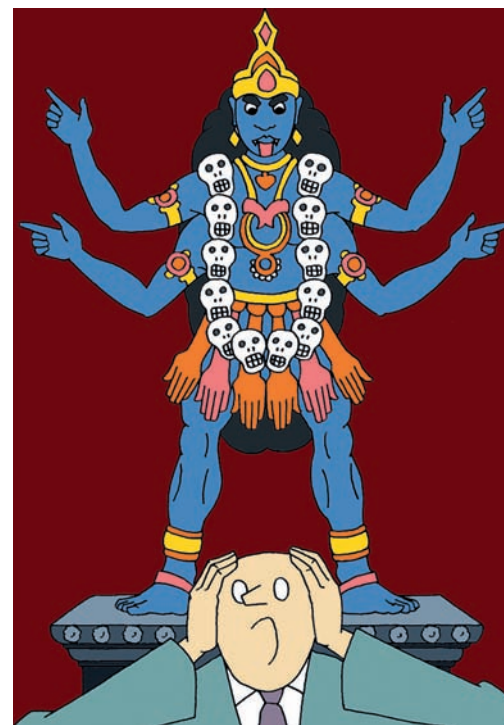
Ein toller Artikel über eine grossartige Frau. Die Lektüre war Balsam auf meine Seele, und ich hatte während des Lesens das permanente Bedürfnis, Frau Badran persönlich meine ungeteilte Hochachtung für ihre Einstellung und das unerschrockene Eintreten für ihre Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen. Nun, falls diese Zeilen abgedruckt werden, erfährt sie ja auf diesem Weg vielleicht von einem weiteren Fan, der bewundert, was sie tut und wie sie es tut. *Harald Matouch, Thônex*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich einer Dame, die mich bei einer Diskussion im Restaurant dauernd stupst oder am Arm festhält, sagen, dass ich das nicht mag? *Erich Kündig, Bonstetten*

Sie sind offenbar kein Mann grosser Berührungen. Dass Sie mit Stupsen ein Problem haben, ist spätestens seit Zeiten von Facebook auch für Frau absolut nachvollziehbar. «Gepoked» («angestupst») zu werden, nervt. Im US-Staat Tennessee wurde eine gewisse Shannon D. sogar eingesperrt, weil sie eine einstweilige Verfügung ignorierte und ihre Freundin fleissig weiterstupste. Sie aber ärgern sich über körperliche Berührungen, die zugegebenermassen etwas Besserwisserisches haben. Frauen neigen dazu, mit dem Finger Männer zu berühren, um der Wichtigkeit ihrer Aussage Gewicht zu verleihen. Aber woher die Angst vor zärtlichen Berührungen am Arm? Vielleicht interessiert sich die Frau für Sie. In Ihrem Fall würde ich es als Kompliment auffassen und überlegen, ob Sie die Frau nicht auch mal berühren möchten.

Deborah Neufeld

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Future associate

PMG is an independent Management Consultant in Engineering and Economics which has more than 25 years international experience in litigation and the resolution of disputes. In such areas, PMG's consultants act as expert witnesses, mediation officers, arbitrators, members of dispute boards, etc.

In view of our development, we are looking for

Experienced engineer (Degree educated from EPF/ETH or similar in mechanical, electrical or civil engineering)

The chosen person will be an associate of the consultancy and work as an independent engineer.

Our actions on an international basis range from construction through industry to include large infrastructure projects.

If you can see yourself as an independent consultant backed up by our multidisciplinary, experienced team, contact us with CV and introductory letter in view of an interview.

M. Michel Nardin
PMG Ingénieurs-Economistes-Conseils
 Rue du Centre 72
 CH – 1025 St-Sulpice / Lausanne
 021 695 24 40
mnardin@pmg-ing.ch
www.pmg-ing.ch



«Die deutschen HSGler sind im Schnitt einfach besser»: Universität St. Gallen.

Deutsche schlagen Schweizer

Hinter dem Schweizer Unbehagen an der Zuwanderung aus Deutschland steckt eine ungemütliche Erkenntnis: Auf dem Arbeitsmarkt übertrumpfen viele Deutsche die Schweizer. Weil sie besser und produktiver arbeiten. *Von Florian Schwab*

In Scharen siedeln die Deutschen über den Rhein. Bereits mehr als eine Viertelmillion Deutsche lebt im Land. In absoluten Zahlen sind dies mehr als jemals zuvor. In relativen Zahlen war der Anteil vor hundert Jahren bereits einmal doppelt so hoch (nämlich 6 Prozent). Die Infografik auf der folgenden Seite zeigt die eindruckliche Zunahme: Seit dem Jahr 2010 hat sich die Anzahl von rund 100 000 Deutschen mehr als verdoppelt. Über den gesamten Zeitraum zeigt die Statistik einen merklichen Überhang an Einwanderungen gegenüber den Auswanderungen. In den letzten dreissig Jahren wurden ferner rund 35 000 Deutsche eingebürgert.

Besondere Anziehungskraft auf die Deutschen übt die Stadt Zürich mit 8 Prozent und der Kanton Zürich mit 6 Prozent deutscher Wohnbevölkerung aus. Für die Stadt Zürich bedeutet dies gegenwärtig rund 32 000 deut-

sche Einwohner – vergleichbar mit der Einwohnerzahl einer Kleinstadt wie Chur oder Freiburg.

Das wirkt sich atmosphärisch aus: Kaum mehr ein Vorlesungsbesuch an der Uni, ein Restaurantbesuch in der Stadt, ein Krankenhausaufenthalt oder ein Spaziergang am See, ohne dass einem die deutsche Hochsprache in den Ohren tönt. So viel Hochdeutsch wird mittlerweile öffentlich gesprochen, dass sich Nationalrätin Natalie Rickli (SVP) nach eigenem Bekunden fremd vorkommt im eigenen Land.

Die Debatte, welche die Winterthurerin mit ihren Äusserungen losgetreten hat, erhielt zusätzlichen Schub, als Rickli nachdoppelte, die Deutschen nähmen den Schweizern die Arbeitsplätze weg. Nun kann keine Rede davon sein, dass die Deutschen den Schweizern generell die Stelle wegnehmen. Sonst gäbe es in der Stadt Zürich mehr arbeitslose Schweizer als

arbeitende Deutsche. Im Einzelfall kann es aber durchaus vorkommen. Das wirft folgende Frage auf: Könnte es sein, dass die eingewanderten Deutschen im Durchschnitt fleissiger, klüger und produktiver sind als der schweizerische Durchschnitt?

Kaum IV-Bezüger

Manches spricht dafür, auch wenn die Statistik keine eindeutige Antwort erlaubt. Einwanderer werden in der Schweiz leider nicht systematisch von ihrer Übersiedelung bis zum Ende ihres Aufenthaltes erfasst. Detaillierte Erhebungen nach Nationalität sind Mangelware – insbesondere wenn es um das politische Minenfeld des Sozialsystems geht.

Die erfreulichste Erkenntnis: Die hier lebenden Deutschen haben gemäss IV-Statistik die geringste Quote von IV-Bezügern. Nur 1 Prozent bezieht Leistungen aus der Invalidenver-

sicherung. Bei der Schweizer Bevölkerung ist der Prozentsatz dreimal höher. Ähnliches lässt sich zur Arbeitslosigkeit sagen. Gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) betrug die Arbeitslosigkeit unter den Deutschen in der Schweiz im März 2012 3,3 Prozent. Das ist zwar 1 Prozent mehr als bei den Schweizern, allerdings nur halb so viel wie bei allen Ausländern. Generell sind die Deutschen auf dem Arbeitsmarkt überdurchschnittlich präsent, wie Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Zürich zeigen: Im Dezember 2010 lebten total gut 29 000 Deutsche in der Stadt, von denen rund 21 000 oder 72 Prozent einer Erwerbstätigkeit nachgingen (Schweizer: 65 Prozent).

Verlässt man das Feld der Statistik, um eigene Nachforschungen anzustellen, dann bestätigt sich, dass der verbreitete Schweizer Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Deutschen nicht von ungefähr kommt – die Deutschen sind eine ernsthafte Konkurrenz.

Los geht es schon an den Universitäten, wo die Studenten aus Deutschland ihren einheimischen Kommilitonen notenmässig überlegen sind. Das hat auch mit dem anspruchsvollen Aufnahmetest zu tun, den Ausländer absolvieren müssen. Während die Schweizer Matura ohne weiteres zum Studium berechtigt, müssen Deutsche eine Prüfung bestehen. Die akademische Konkurrenz aus Deutschland wird immer stärker. Das zeigen die steigenden Zahlen der deutschen Studenten an den Schweizer Top-Hochschulen: Zwischen 2006 und 2011 hat sich die Anzahl deutscher Studenten an der ETH Zürich um 70 Prozent, an der Universität St.Gallen um 47 Prozent und an der Uni Zürich um 48 Prozent erhöht (wobei der Anteil absolut 15, 20 und 8 Prozent beträgt).

Deutsche Kapitane im SMI

An der Universität St.Gallen haben sich die Deutschen im «Ausländerclub» (AC) zusammengeschlossen, wo sie sehr selbstbewusst auftreten. Das gilt nicht nur für das akademische Feld, sondern auch für die Studentenfeiern; der AC ist bekannt für laute, ausschweifende Partys. Trotzdem bestehen die meisten Mitglieder ihr Studium ohne Mühe.

«Die deutschen HSGler sind im Schnitt einfach besser», sagt der Personalchef einer grossen Schweizer Unternehmensberatung. Er möchte seinen Namen nicht in der Zeitung lesen, denn in der international geprägten Wirtschaftswelt ist es offenbar verpönt, unverkrampt über Nationalitäten zu sprechen.

Eine Umfrage der *Weltwoche* unter börsenkotierten Unternehmen fördert nicht viel zutage. Die Reaktionen sind teilweise pikiert, etwa so, als hätte man sich nach der sexuellen Orientierung der Mitarbeiter erkundigt. Charakteristisch ist die Antwort des Luxusgüterkonzerns Richemont, der vom Deutschen Norbert Platt geleitet wird: «Ich denke, wir sollten höflich absagen.» Auch Nestlé-Sprecher Phi-



UBS-Präsident Weber.



Richemont-Chef Platt.



Swisscom-CEO Schloter.



Unternehmer Kühne.

lippe Aeschlimann bleibt knapp: «Die persönlichen, professionellen Fähigkeiten und der Mitarbeiter als Mensch stehen für Nestlé stets im Vordergrund, unabhängig von Staatsangehörigkeit, Religion, Alter oder Geschlecht. Wir wünschen daher nicht, uns über Mitarbeiter einer bestimmten Nationalität zu äussern.» Nestlé verdankt seine hervorragende Stellung der jahrzehntelangen Aufbauarbeit von Helmut Maucher, einem Deutschen.

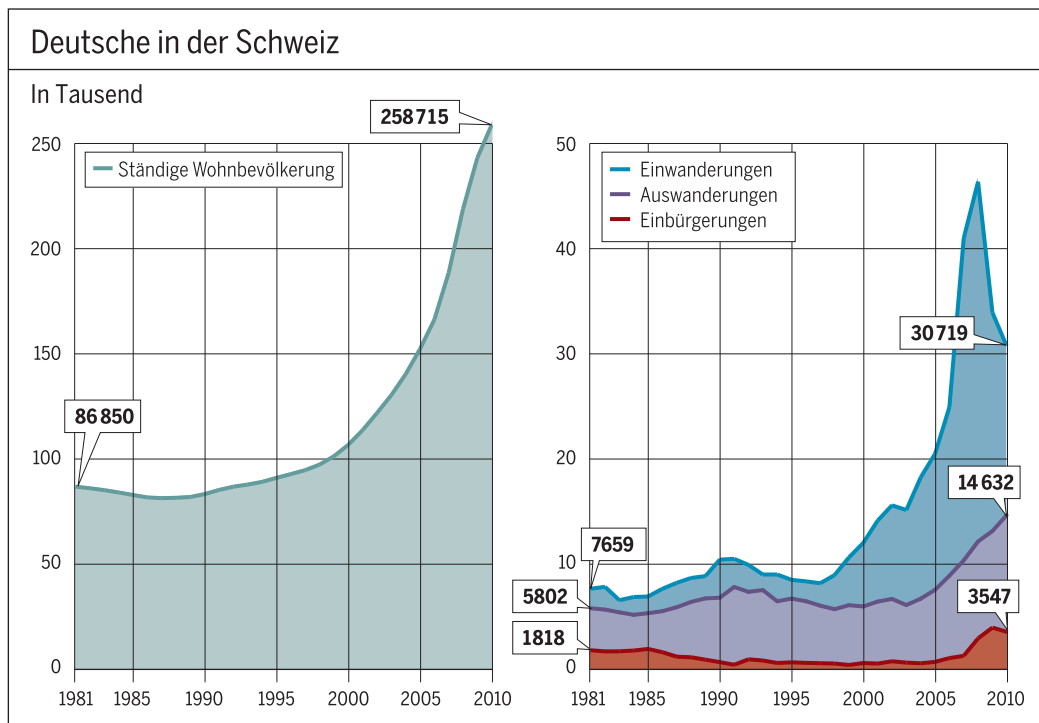
Vielsagend schweigt die Grossbank UBS. Sie wird neu präsiert vom intellektuellen Schwergewicht Axel Weber aus Deutschland. In den vergangenen Jahren steuerte der

deutsche Spitzenbankier Oswald Grübel die Schweizer Vorzeige-Bank instinktsicher durch gefährliche Zeiten.

Von den zwanzig SMI-Firmen werden aktuell nur zwei von einem deutschen CEO geführt: Richemont von Norbert Platt und Swisscom von Carsten Schloter. Das ist ein Zehntel und entspricht mehr oder weniger dem durchschnittlichen Anteil an deutschen Mitarbeitern in den Swiss-Market-Index-(SMI)-Firmen. Ähnliche Prozentsätze für die Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat weist der neueste «Schillingreport» aus, eine Untersuchung der Führungsstruktur in rund hundert Schweizer Grossunternehmen.

Zu wenig qualifizierte Schweizer

Manche Unternehmen erklären sich dann doch bereit, den Anteil ihrer deutschen Mitarbeiter mitzuteilen. Es wird deutlich: In grossen Schweizer Firmen beträgt dieser zwischen 5 Prozent (Swisscom, geleitet vom Deutschen Carsten Schloter) und 30 Prozent aller Mitarbeiter (Clariant, inklusive Grenzgänger aus dem süddeutschen Raum). Den Mittelwert über alle befragten Unternehmen liefert ungefähr die Zürich Versicherungsgesellschaft: Bei Zurich Schweiz arbeiteten per 31. 12. 2011 insgesamt 426 deutsche Mitarbeiter. Das entspricht rund 8,5 Prozent aller in der Schweiz beschäftigten Angestellten – 100 mehr als im Jahr 2007 und mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Zurich vertritt sogar als einziges Unternehmen, dass die Mitarbeiter mit deutscher Staatsangehörigkeit zusammen 65,5 Millionen Schweizer Franken verdient haben. Das heisst: Jeder deutsche Zurich-Angestellte hat im Jahr 2011 durchschnittlich mehr als 150 000 Franken



Eindruckliche Zunahme: Einwanderer aus Deutschland.

Grundsätzlich harmlos

Eine wissenschaftliche Gebrauchsanweisung für den Umgang mit Deutschen. *Von Hans Zippert*



Er meint es nett.

Seit Jahren beobachten Naturschützer eine vermehrte Zuwanderung von Deutschen in fast allen Kantonen der Schweiz. Durch ihre geradezu unglaubliche Anpassungsfähigkeit fallen sie zunächst nicht weiter auf. Manche Schweizer ahnen gar nicht, dass das Wesen, dem sie jeden Morgen mürrisch auf der Strasse zunicken, in Wirklichkeit ein Deutscher ist. Besonders im Kanton Zürich stellen die Deutschen inzwischen über 95 Prozent der Einwohner und haben sowohl das europäische Eichhörnchen als auch den Schweizer verdrängt. Viele Schweizer sind verängstigt und wissen nicht, wie sie sich den Deutschen gegenüber benehmen sollen. Diese wissenschaftlichen Informationen sollen helfen, den Umgang mit dem Eindringling zu erleichtern.

Verbreitung und Lebensraum — Der Deutsche wird vor allem in Deutschland angetroffen, wo er sowohl in Niederungen als auch in Mittelgebirgen lebt. Obwohl er über keine Schwimmhäute verfügt, ist es ihm gelungen, unwirtliche Nordseeinseln zu besiedeln. Und obwohl er als flugunfähig gilt, wurden grosse Deutschenkolonien auf den Kanaren und auf Mallorca nachgewiesen. Der Deutsche ist tag- und nachtaktiv, und das ständig.

Systematik — Der Deutsche wird nicht der Gruppe der Altweltmäuse zugerechnet und ist auch nur entfernt mit der Wanderratte verwandt. Es handelt sich bei ihm um ein Säugtier aus der Gruppe der Humanoiden, also Menschenähnlichen. Früher gab es eine östliche und eine westliche Population. Heute auch.

Verhalten — Der Deutsche ist grundsätzlich harmlos vor allem, wenn er alleine auftritt. Er neigt allerdings zur Rudelbildung und kann dann durchaus störend wirken. Ist das Deutschenrudel in einem Bus unterwegs, wird es das Land bald wieder verlassen. Bis dahin empfiehlt es sich, seinen Wünschen freundlich, aber nicht unterwürfig Folge zu leisten, dann ist der Spuk bald vorbei. So harmlos und putzig er wirkt, man sollte es vermeiden, den Deutschen zu reizen, denn seine Gutmütigkeit hält nicht ewig vor. Fühlt er sich in die Enge getrieben, neigt er zu Beissattacken. Einhundert Prozent aller Weltkriege wurden von Deutschen angefangen, die behaupteten, man

Der Deutsche wird zur Bestäubung von Banken, Hotels und Nobelboutiquen gebraucht.

habe sie provoziert. Manche Verhaltensforscher raten, den Deutschen mit Alkohol zu betäuben und ihn dann über die Grenze zu schaffen. Untersuchungen haben aber ergeben, dass er immer wieder zurückkommt, weil er die Alkoholzufuhr als Belohnung empfindet.

Allgemeiner Körperbau — Der Deutsche unterscheidet sich rein äusserlich nur wenig vom Schweizer. Er versucht sich mit Funktionskleidung zu tarnen, was ihm auch gut gelingt, da die Schweizer in den gleichen Outdoor-Shops einkaufen. Das Winterfell des Deutschen weist grosse Ähnlichkeit mit dem des Schweizer auf, und genau wie dieser wirft er es im Frühjahr ab.

Bewegung — Der Deutsche bewegt sich in der Stadt auf zwei Beinen. Das macht er sehr geschickt, und er kann oft eine hohe Geschwindigkeit erreichen, wenn er beispielsweise in der Einkaufszone auf Schnäppchenjagd ist. Bewohner des Grossraums Bern sollten beim Verlassen ihrer Behausung vor Betreten des Trottoirs nach links und rechts Ausschau

halten, damit sie nicht von einem Deutschen zu Boden geworfen und totgetrampelt werden. Der Deutsche arbeitet gerne schnell und effizient und ist oft schon fertig, bevor der Schweizer überhaupt angefangen hat. Das ist jedoch nur eine Laune der Natur, die ihm in der Schweiz eigentlich gar nichts nützt. Der Deutsche kann nämlich seine Gliedmassen gleichzeitig in verschiedene Richtungen bewegen und dabei noch reden, zuhören und etwas in sein Smartphone eintippen. Damit versucht er, Weibchen zu beeindrucken und sein Revier zu markieren.

Fortpflanzung — Der Deutsche kann sich mehrmals im Jahr verpaaren, ohne sich fortzupflanzen. Aus einer Kopulation von Deutschen und Schweizern können sogar Junge hervorgehen, die durchaus lebensfähig sind. Die Kleinen kommen nackt auf die Welt und sehen erbarmungswürdig aus.

Lautäusserungen — Der Deutsche kommuniziert gerne und lautstark, der Zoologe spricht von Bellen. Beim Anblick von Bergen fängt er oft an zu hecheln und bringt beinahe winselnde Laute hervor, die seine Bewunderung für die «herrliche Natur» ausdrücken sollen. Als Schweizer ist man ihm gegenüber im Vorteil, denn man versteht den Deutschen, aber der Deutsche versteht nicht, was der Schweizer sagt. Der Deutsche hält das Schwyzerdütsch für eine Halskrankheit. Lassen Sie ihn in dem Glauben, und freuen Sie sich, wenn er Ihnen Ricola-Bonbons anbietet – er meint es nett.

Bekämpfung — Es erweist sich als äusserst schwierig, der Deutschenplage mit konventionellen Mitteln Herr zu werden. Es hat keinen Sinn, vergiftete Köder auszulegen oder den Deutschen in unwegsames Gelände zu locken. Er hat erstens einen starken Magen und kann sich in den Bergen geschickt auf vier Beinen bewegen – eine Gangart, die man als Nordic Walking bezeichnet. Biologen sehen den Deutschen auch nicht als reinen Schädling. Er wird zur Bestäubung von Banken, überteuerten Hotels und Nobelboutiquen dringend gebraucht. Geben Sie ihm das Gefühl, akzeptiert zu sein. Solange er Ihnen vertraut, lässt er sich gerne melken.

Hans Zippert ist Henri-Nannen-Preisträger und einer der besten Satiriker Deutschlands.

erwirtschaftet und damit andere Nationalitäten abgehängt. Im Durchschnitt erwirtschaftet ein Zurich-Mitarbeiter in der Schweiz nämlich einen Lohn von gut 130 000 Franken.

Abseits der glattgeschliffenen Konzern-Kommunikation ist aus den Personalabteilungen der Unternehmen unter der Hand zu erfahren, dass viele hochqualifizierte Stellen gar nicht mit Schweizern zu besetzen sind. Der Rückgriff auf deutsche Einwanderer ist oftmals die einzige Möglichkeit und bietet sich an. 65 Prozent der deutschen Einwanderer haben einen Hochschulabschluss. Daneben sind sie vor allem in einfacheren Berufen anzutreffen. Schweizer Baufirmen, Altenpflegeheime, Gastronomiebetriebe und Reinigungsfirmen können ein Lied über die fleissigen Deutschen singen: Sie krampfen auch dort, wo sich viele Schweizer zu vornehm sind.

Spitze statt Mittelmass

In Sachen Nachschub an interessierten Deutschen herrscht kein Mangel. Die sieben Millionen Schweizer können auf das schier unerschöpfliche Reservoir an Talenten des nördlichen Nachbarvolkes zählen: Die Elite der 82 Millionen Deutschen reisst sich darum, in der Schweiz zu arbeiten. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Stellenvermittlers Experteer, in dessen Auftrag ein Forschungsbüro Kaderpositionen untersucht hat. Das Ergebnis der Analyse von mehr als 11 000 grenzüberschreitenden Stellenwechseln: Die Schweiz sei für Stellensuchende im oberen Lohnsegment das attraktivste Land Europas. Interessant an der Studie: Das zweitattraktivste Land ist nach dieser Erhebung Deutschland, von wo die meisten Einwanderer in die Schweiz kommen.



Fremd im eigenen Land: SVP-Politikerin Rickli.

einige Fähigkeiten mitbrächten, die ihren Schweizer Kollegen eher fehlten; sie seien durchsetzungsstark und gingen direkter an die Probleme heran. Das gutschweizerische Konsensdenken sei ihnen fremd. Mit ihrer direkten Art würden die Deutschen das Team bereichern. «Sie merken dann schon, wenn sie übertreiben und sich mit einer zu draufgängerischen Art unbeliebt machen.» Die Deutschen, so die übereinstimmende Beobachtung, würden mit der Zeit schweizerischer. Am Ende, betont ein ehemaliger Konzernchef, würden die Unterschiede aber teilweise übertrieben: «Da werden Klischees

sie Arbeitsplätze, wirken an der Schweizer Wirtschaftsproduktion mit und beteiligen sich an den Kosten für das Gemeinwesen. Die genauen Steuererträge von deutschen Staatsangehörigen werden allerdings weder beim Bund noch beim Kanton oder bei der Stadt Zürich erfasst.

Einigen deutschen Zuzüglern verdankt die Schweiz den Zuzug respektive die Gründung von bedeutenden Unternehmen wie dem Logistikkonzern Kühne + Nagel (Klaus Michael Kühne), Müller-Milch (Theo Müller) oder die Erhaltung von Schweizer Spitzenhotels, weitgehend aus philanthropischen Gründen (Karl-Heinz Kipp).

Die Attraktivität der Schweiz für deutsche Wirtschaftsflüchtlinge ist ungebrochen. Der Autor Jörn Lacour hat in seinem Buch «Deutsche in der Schweiz» anekdotische Beispiele gesammelt. Er zitiert den Chemiker Hans Christian Lehmann, der unter der «Kuschelpädagogik der Schulen in Deutschland» gelitten hat. In der Schweiz sei alles einfacher und unbürokratischer. «Eine Rückkehr nach Deutschland, das wäre, als wenn ein Republikflüchtling freiwillig wieder in die DDR zurückgekehrt wäre.»

Gleich wie Lehmann denken in Deutschland Medizinstudenten, Betriebswirte, Ingenieure und Juristen: Kaum ein talentierter Deutscher hat sich nicht mindestens einmal überlegt, in die Schweiz auszuwandern. Die Gründe für den Wechsel sind immer dieselben: Sie wollen der Leistungsfeindlichkeit der deutschen Öffentlichkeit, der drückenden Abgabenlast und der von Brüssel und Berlin diktierten Euro-Haftungsgemeinschaft entgehen.

Ein gestandener, seit Jahrzehnten in der Schweiz lebender Wirtschaftsveteran erachtet

Investitionen, bei denen Sie nur eines verlieren können. Ihr Herz.

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Die hohe Dichte an international tätigen Konzernen in der Schweiz trägt zu einer grossen Nachfrage nach gutqualifiziertem Personal bei. Oftmals ist es so, dass die deutsche Spitze das Schweizer Mittelmass schlägt.

Unter Personalchefs sind die deutschen Angestellten beliebt. Natürlich seien die Deutschen «kulturell anders geprägt», sagt einer, der mit der offiziellen Nationalitäts-Blindheit seines Hauses nichts anfangen kann. Ohne in pauschale Klischees abzugleiten, sei es nun einmal so, dass die Deutschen

aufgebaut, weil es einfach weniger Schweizer gibt gegenüber der Nachfrage.»

Immer mehr Deutsche suchen nicht die Sicherheit eines geregelten Arbeitsverhältnisses, sondern werden als Unternehmensgründer in der Schweiz aktiv. So wurden im letzten Jahr 2954 Unternehmen unter Beteiligung von mindestens einem Deutschen gegründet, wie sich aus Daten des Wirtschaftsportals Moneyhouse rekonstruieren lässt. Das entspricht 7,5 Prozent aller Unternehmensgründungen und zeigt: Auch hier sind die Deutschen überproportional aktiv. Damit schaffen

ebenfalls «das Weglaufen vor dem übermächtigen Staat» als Hauptgrund für die deutsche Zuwanderung.

Anstatt sich über die deutschen Wirtschaftsflüchtlinge aufzuregen, könnte die Schweiz daraus ein Businessmodell machen. Tausende Deutsche warten nur darauf, ihre Arbeitskraft in der Schweiz zu entfalten und damit den erfolgreichen «Sonderfall» des Nicht-EU-Mitglieds weiter zu pflegen. Es ist im besten Interesse der Schweiz, diese smarten deutschen Wirtschaftsflüchtlinge anzuwerben und gewähren zu lassen. ○

Der Präsidentin kurze Beine

Ein klarer Antrag, ein fixes Ziel und viele fadenscheinige Versionen der Verschleierung: Wie Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sich aus ihrem Plan herauswinden will, den Steuerbeamten den freien Zugang zu Bankdaten zu gewähren. *Von Urs Paul Engeler*



Peinliche Notkonstruktion: Widmer-Schlumpf mit dem neuen Parteipräsidenten Martin Landolt an der BDP-Delegiertenversammlung in Glarus.

Husch, husch, nachdem die *Weltwoche* enthüllt hatte, dass Bundespräsidentin und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) das Bankgeheimnis im Inland gänzlich abschaffen will, strich die ertappte Magistratin ihren Plan reflexartig von der offiziellen Traktandenliste – um dann zu verkünden, der Antrag sei längst «zurückgezogen». Die Spezialistin für Irreführung schreibt ein neues unappetitliches Kapitel.

Am 5. März 2012 stellte Widmer-Schlumpf ihr offizielles «Aussprachepapier Stossrichtungen zur Revision des Steuerstrafrechts» fertig und leitete den Aktenstoss umgehend allen andern Departementen und involvierten Ämtern, so auch dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), zu. Beigelegt waren ein bereits vorformuliertes Beschlussdispositiv und eine ebenfalls schon redigierte Medienmitteilung, abgefasst in deutscher

Sprache. Unter den Anträgen steht die Unterschrift «E. Widmer-Schlumpf», Chefin des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD).

Am 19. März wurde das Dossier kurzfristig vom Katalog der Geschäfte genommen, über die der Bundesrat am 21. März beschliessen sollte. Der Grund war rein terminlich; als Bundespräsidentin besuchte Eveline Widmer-Schlumpf an jenem Mittwoch im belgischen Lommel die Trauerfeier für die Opfer des Walliser Car-Unglücks. Ihr Vorstoss, ein Glanzstück amtlicher Umständlichkeit, verblieb jedoch auf der Liste der anstehenden Traktanden der Landesregierung, das heisst auf dem internen «Exeweb», wie das elektronische Verzeichnis der anstehenden Bundesratsgeschäfte heisst.

Die Pläne, welche die Fiskalministerin der Landesregierung zur Genehmigung vorlegt, sind brisant bis revolutionär. Sie erklärt darin

nicht nur die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung für beendet, sondern sie will auch die Unterscheidung zwischen leichten und schweren Fällen abschaffen: «Die Begriffe «einfache» oder «leichte» und «schwere» Hinterziehung sind für die Gewichtung der verschiedenen Widerhandlungen nicht zielführend und deshalb zu unterlassen», schreibt sie.

Schnüffel-Attacken auf die Bürger

Noch gravierender ist der zweite Schritt: Widmer-Schlumpf will es den Steuerbehörden erlauben, dass sie nicht erst bei einem konkreten Verdacht, sondern bereits während des Anlageverfahrens direkten Einblick in die Bankdaten aller Steuerpflichtigen nehmen können – also immer, wenn ein argwöhnischer oder unterbeschäftigter Beamter dies möchte. Wörtlich klagt sie: «Aus Sicht des EFD gefähr-

det das steuerliche Bankgeheimnis die Durchsetzung des Steueranspruchs von Bund und Kantonen.» Folglich beantragt sie die totale «Aufhebung des steuerlichen Bankgeheimnisses im Veranlagungsverfahren, d. h. Befugnis der Schweizer Steuerbehörden, Informationen von Banken einzuholen, wenn der Steuerpflichtige diese Informationen nicht einreicht».

In der Ausgabe vom 3. Mai (Nr. 18/2012) hat die *Weltwoche* diese Schnüffel-Attacken auf die Bürger enthüllt. Mit dieser Publikation mutierte das Dokument, das einsehbar auf den Pulten aller Bundesräte und aller wichtigen Ämter liegt, plötzlich zu einem politischen Phantom, das niemand geschrieben, niemand verabschiedet und niemand beantragt haben will. Das eilige Einzige, was die Finanzministerin zum 22-seitigen Papier sagte, war, sie habe es «bereits zurückgezogen». Glaubwürdig ist dies nicht. Wie anderes aus ihrem Mund, beginnend bei ihren Erklärungen vor der Annahme ihrer Wahl in den Bundesrat.

In einer ersten nervösen Reaktion gegenüber Journalisten verwies die Ministerin auf die belgisch-schweizerischen Terminprobleme von Ende März: Nachdem ihr Antrag am 21. März nicht habe behandelt werden können, sei er anschliessend einfach nicht mehr traktandiert worden.

Angeblich «zurückgezogen»

In die Kameras und Mikrofone des Staatsfernsehens, nachzuprüfen via «10 vor 10» vom 3. Mai, log die Bundesrätin dann etwas anders: «Es war ein Vorschlag mit gewissen Eckwerten, die in der Ämterkonsultation waren, bei denen ich aber sagen musste: Das muss man stark überarbeiten, bevor man es überhaupt in den Bundesrat bringen kann.» Die Wahrheit lautet anders: Es war kein «Vorschlag», sondern ein ausformulierter offizieller Antrag, und sie hat ihn selbst abgesegnet, selbst unterschrieben, selbst in den Bundesrat eingebracht und selbst traktandieren lassen.

Die dritte Version gab Widmer-Schlumpf am Samstag vor ihren unkritischen BDP-Anhängern zum Besten: Zur Lösung von Problemen mit dem Bankgeheimnis im Inland (sic!) werde der Bundesrat in den nächsten Monaten eine umfassende Revision des Steuerstrafrechts vorlegen. Darin gehe es unter anderem um die Frage, wie «arglistige» Steuerhinterziehung geahndet werden soll. Ein erstes Papier habe wegen «rechtlicher Unstimmigkeiten» zurück in die Ämter geschickt werden müssen. Derweil beantwortete EFD-Sprecher Roland Meier Anfragen verschiedener Medienleute dahin gehend, der Antrag werde nun vor allem redaktionell umgearbeitet; in der Sache bleibe das Departement auf Kurs.

Tatsache ist, dass das angeblich «zurückgezogene», von angeblich «rechtlichen Unstim-

migkeiten» strotzende und angeblich gar nie dem Bundesrat zugeleitete Aussprachepapier am Donnerstag, dem 3. Mai, dem Datum der *Weltwoche*-Enthüllung, noch immer auf der offiziellen Traktandenliste der Regierung, dem «Exeweb», figurierte. Die Attacke aufs Bankgeheimnis war somit gar nicht «zurückgezogen» worden, wie Widmer-Schlumpf schwindelte, sondern höchstens sistiert. Diesen nachweislichen Widerspruch zwischen Realität und Aussagen seiner Chefin muss ihr Sprecher Meier mit einer peinlich billigen Notkonstruktion ausbügeln.

Er schreibt, das Generalsekretariat des Departements (GS-EFD) habe den Antrag zwar schon «früher» – ein Datum oder einen Grund kann Meier allerdings auch auf Nachfrage nicht nennen! – zurückgezogen, es jedoch versäumt, dies der Bundeskanzlei (BK) auch zu melden: «Dank dem *Weltwoche*-Artikel wurde

Die Frage lautet nur: Warum inszeniert die Bundespräsidentin dieses unwürdige Spiel?

das GS-EFD auf dieses Versäumnis aufmerksam und hat der BK noch gleichentags den Rückzug offiziell gemeldet. Der Auftrag zur Überarbeitung wurde, wie *angetönt* [Hervorhebung durch die Red.], schon wesentlich früher erteilt.» Nach dieser Version wäre Widmer-Schlumpfs Generalsekretär Jörg Gasser schuld.

Die Folgerung, dass er es nicht ist und dies alles erfunden und gekohlt ist, muss Menschen, die logisch und nüchtern denken, nicht mehr begründet werden. Die Frage lautet nur: Warum inszeniert die Bundespräsidentin dieses unwürdige Spiel?

Die Etatistin ist eingeklemmt zwischen ihrem erklärten Willen, die Schweizer Fiskalordnung völlig und rasch umzukrempeln, und der Absicht, mit den drohenden Staaten Steuerabkommen zu schliessen, die diesseits und jenseits der Grenze akzeptiert werden. Die beiden Projekte stören sich, und zwar in zwei Richtungen. Die ausländischen Fiskalfahnder erhalten mit den ausgehandelten Verträgen einen weitgehenden Zugang zu den Schweizer Bankdaten ihrer Landsleute; und Widmer-Schlumpf will den hiesigen Steuer-schnüfflern bald die gleichen Rechte geben. Wörtlich schreibt sie in ihrem Antrag: «Eine Anpassung des steuerlichen Bankgeheimnisses erscheint [...] vor diesem Hintergrund als konsequenter Schritt.» In der März-Session versprach sie der drängenden St. Galler SP-Nationalrätin Hildegard Fässler, sie werde die Revision des Steuerstrafrechts zügig und «sehr intensiv» vorantreiben: «Diese Vorlage werden Sie noch in diesem Jahr haben.»

Will die von links gewählte BDP-Frau ihre Ankündigungen einhalten, drängt die Zeit. Merken aber die Schweizer, dass die Ministe-

rin in einem unfeinen Spiel über die Bande diese Staatsverträge nur dazu benutzt hat, das Bankgeheimnis im Inland zu knacken, und welche Folgen dies haben wird, dann wird die Bereitschaft, diese zu genehmigen, gegen null tendieren. Darum muss sie abstreiten.

Die Pläne sind nicht vom Tisch

Realisieren umgekehrt die deutschen und britischen Geldsucher, dass die Schweizer Regierung selbst bereit ist, die finanzielle Privatsphäre ihrer Bürger ganz zu zerstören, werden sie nicht lange zögern und neue Zugeständnisse erpressen. Aus dieser Befürchtung heraus hat Staatssekretär Michael Ambühl, Chef des SIF und Chefunterhändler, sich denn auch intern für eine taktische Verzögerung oder Verschiebung des inländischen Steuerprojekts ausgesprochen.

Es bleibt also dabei: Die Pläne zur Abschaffung des Bankgeheimnisses sind nicht vom Tisch, sondern höchstens sistiert. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf will die schlechten Abkommen im Juni durchs Parlament peitschen und hofft auf einen Stimmungsumschwung in Deutschland. Dann wird sie das «Aussprachepapier Stossrichtungen zur Revision des Steuerstrafrechts» wiederum dem Bundesrat zuleiten. Alles andere ist Ablenkung. ○

Augenoptiker – Schweizer Carrossier – Schweizer
Automobil-Mechatroniker – Schweizer Bäcker-K
Baumaschinenmechaniker – Schweizer Baupral
chnikpraktiker – Schweizer Plattenlegerpraktike
Schweizer Betonwerker – Schweizer Fachmann E
r Laborant – Schweizer Friseur – Schweizer Bode
r Printmedienvorbereiter – Schweizer Büroassist
– Sch
– Sch
r Diä
olog
eizer
Gesu
ser –
ed –
nikpl
inen
Schw

– Sc
ailha
ter –
weiz
opla
– S
ärtne
uer –
er Ke
weiz
chw

**Ja zur Schweiz –
Hier kaufe ich ein.**

✓ Qualität
✓ Berufsbildung ✓ Arbeitsplätze

**Ihr Schweizer Gewerbe
in-der-Schweiz-gekauft.ch**

Schweizerischer Gewerbeverband sgV
Postfach | 3001 Bern | www.sgv-usam.ch

Lob der Lehre

Professoren und Bildungspolitiker fordern einen höheren Anteil von Maturanden und Studenten. Die Lehre sei ein «Auslaufmodell». Zahlen und Fakten widersprechen dem Befund. Die Schweizer Berufsbildung bleibt ein Erfolgsmodell. Wer eine Lehre macht, hat gute Aussichten. *Von Philipp Gut*



Ungebrochene Anziehungskraft: Auszubildende in einem Forschungslabor in der Schweiz.

Als er sich, ausgestattet mit einem Schraubenzieher, zum ersten Mal an einem Motor zu schaffen machte, war er zweieinhalb. «Ich kann mich nicht daran erinnern, aber es gibt ein Foto, wie ich auf der Werkbank stehe und an einem ausgebauten Motor herumschraube», sagte Flavio Helfenstein. Der heute 22-Jährige errang im vergangenen Jahr in London den Titel eines Berufsweltmeisters in der Kategorie Automobiltechnik. Zuvor hatte er sich bereits an den Schweizer und den Europameisterschaften durchgesetzt.

Zu den Aufgaben an der WM in London gehörte es, einen Motor zu zerlegen und wieder zusammzusetzen oder einen elektronischen Fehler zu suchen – alles unter grossem Zeitdruck und vor unzähligen Zuschauern. 200 000 Leute besuchten die Berufsweltmeisterschaften insgesamt, die Wettkämpfe fanden in einer sechs Hektar grossen Halle statt.

Helfenstein ist einer von sieben Schweizer Goldmedaillengewinnern an den jüngsten Titelkämpfen, die Eidgenossenschaft stellte auch den besten Plattenleger, den besten Elektroinstallateur, die beste Mode-Technologin, die beste Restaurant-Service-Fachfrau und die besten Landschaftsgärtner (zwei an der Zahl). Nur zwei Länder, Südkorea und Japan, waren besser klassiert als die Schweiz. Diese Nationen bereiten ihre Kandidaten monatelang wie Spitzensportler auf die Titelkämpfe vor. Der Stellenwert der Berufs-WM ist in Ostasien ein ganz anderer: Die südkoreanischen Weltmeister beispielsweise bekommen ein Haus geschenkt und erhalten eine garantierte Anstellung auf Lebenszeit.

Im Vergleich zu diesen gedrillten Spezialisten seien junge Schweizer Berufsleute breit und «von Grund auf» ausgebildet, sagt Automobiltechniker Helfenstein. «Die Schweizer

sind bei jenen Aufgaben besonders gut, auf die man sich nicht explizit vorbereiten kann», so schildert Helfenstein seine Erfahrung.

«Bildungsverachtung eines Herrenvolks»

Die regelmässigen Erfolge der Schweiz haben einen Grund: Er liegt in einem Berufsbildungssystem, das weltweit nahezu einmalig ist. Nur eine Handvoll anderer Länder – Deutschland, Österreich, die Niederlande, Dänemark – kennt die klassische Berufslehre, das sogenannte duale System mit der praktischen Ausbildung in einem Betrieb und dem theoretischen Unterricht in einer Berufsschule.

Dennoch gilt das Erfolgsmodell Lehre vielen als zweitrangig. Bildungspolitiker von den Kantonen bis zum Bund, Professoren und eine wachsende Zahl ehrgeiziger Eltern und Schüler sehen in Gymnasium, Matura und Universitätsstudium den allein seligmachenden Weg

zum Ruhm. Der Schweizer Philosoph und Präsident der Brandenburgischen Technischen Hochschule Cottbus, Walther Ch. Zimmerli, bezeichnete die Lehre bei der Präsentation des Buchs «Zukunft Bildung Schweiz» im August 2009 als «Auslaufmodell». Sein Professorenkollege, der in Zürich lehrende Historiker Philipp Sarasin, sprach im *Tages-Anzeiger* mit Blick auf den traditionellen Stellenwert der Berufslehre in der Schweiz kürzlich gar von der «zynischen Bildungsverachtung eines kleinen Herrenvolkes», in der die «Ideologie des bodenständigen Mittelstandes» zum Ausdruck komme.

Der dünnliche Blick auf die Mehrzahl der jungen Schweizer, die «nur» eine Lehre machen – zwei Drittel der Schulabgänger sind es nach wie vor –, passt zur rituell wiederholten Forderung der Bildungspolitiker, die Schweiz müsse die Quote der Maturanden dringend erhöhen, wenn sie im internationalen Umfeld mithalten wolle.

Weniger arbeitslose Jugendliche

Tatsächlich ist die sogenannte Hochschulzulassungsquote in der Schweiz vergleichsweise gering. Sie liegt bei rund einem Viertel. In sämtlichen andern Ländern der OECD liegt der Anteil der Jugendlichen, die nach der Sekundarstufe II mittels Matur oder vergleichbaren Schulabschlüssen Zugang zur Hochschulbildung erhalten, deutlich höher. In Deutschland sind es über 40 Prozent, in Frankreich über 50 Prozent, in Italien über 75 Prozent, in Irland über 90 Prozent und in Finnland, dem absoluten Spitzenreiter, gar 97 Prozent!

Nur: Lässt sich daraus schliessen, dass die Jugendlichen in diesen Ländern klüger und ihre Karriereaussichten besser sind? Glänzen die Nationen mit Top-Zulassungsquoten durch ausserordentliche Wirtschaftsleistungen und Produktivität? Oder anders herum: Erwächst der Schweiz durch die vergleichsweise moderate Akademisierung ein Nachteil?

Ginge es nach den Herolden einer flächendeckenden Hochschulbildung, müsste es so sein. Die Fakten und Wirtschaftsdaten widersprechen dieser Überzeugung. Die Schweiz und ihre Volkswirtschaft üben eine ungebrochene Anziehungskraft auf ausländische Erwerbstätige aus. Besonders aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang die Jugendarbeitslosigkeit. Sie liegt in Ländern mit einem Berufsbildungssystem konstant tiefer als bei jenen Nationen, welche die Lehre nicht kennen. Während die Jugendarbeitslosigkeit in der EU-27 im Schnitt bei 22 Prozent liegt, beträgt sie in der Schweiz lediglich rund 5 Prozent. Keinem andern Staat gelingt es so gut, junge Erwerbstätige in die Berufswelt zu integrieren.

Es ist ein grosser Vorteil des Berufsbildungssystems: Wer eine Lehre absolviert, genießt eine praxisnahe Ausbildung, die auf die Betriebskulturen in den einzelnen Branchen ab-

gestimmt ist und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entspricht. Diese «Verzahnung» von Ausbildung und Wirtschaftswelt nennt der liberale Think-Tank Avenir Suisse den «Hauptvorteil» einer Berufslehre.

Vorteile gegenüber Uni-Abgängern

Das zeigt sich auch beim Übertritt in den Job. Absolventen von Fachhochschulen, die in aller Regel zuvor eine Berufslehre gemacht haben, finden bedeutend rascher eine unbefristete Festanstellung als Uni-Abgänger. Ähnlich präsentiert sich die Lage bei den Praktika. Während ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung nur drei Prozent der ehemaligen Fachhochschüler noch ein Praktikum absolvieren, sind es bei den Universitätsabgängern rund sechsmal mehr. Die vieldiskutierte «Generation Praktikum» ist ein Phänomen, das in der Schweiz relativ bescheiden ausgeprägt ist – dank dem arbeitsmarktnahen Berufsbildungssystem.

Solche und andere aufschlussreiche Vergleiche liefert der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Strahm in seinem «Wirtschaftsbuch Schweiz» (Haupttitel: «Warum wir so reich



Berufsweltmeister: Flavio Helfenstein, 22.

sind»). «Die meisten Professoren nehmen sich die Zielsetzung der Berufsbefähigung ihrer Studierenden schon gar nicht als Ausbildungsziel vor», schreibt Strahm. Zumindest zeigen die Zahlen, dass die Absolventen der praxisorientierteren Fachhochschulen auf dem Arbeitsmarkt begehrter sind als die ehemaligen Uni-Studenten. Fünf Jahre nach Studienabschluss sind sie zu einem höheren Anteil in einem Job beschäftigt, der ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entspricht.

Volkswirtschaftlich ist die Berufsbildung keineswegs ein Bremsklotz, der die Schweiz am erfolgreichen Durchstarten in eine gloriose Zukunft hindert. Wer eine Berufslehre gemacht, sich weitergebildet und schliesslich an einer Fachhochschule studiert hat, verdient fünf Jahre nach Abschluss annähernd gleich viel wie ein Hochschulabsolvent. Zudem ist die Berufsbildung für die öffentliche Hand günsti-

ger. Berufsfachschulen kosten Bund und Kantone pro Schüler und Jahr mehr als zweimal weniger als ein Gymnasiast. Und Lehrlinge holen die Kosten für ihre Ausbildung durch ihre produktive Arbeit meist wieder herein – unter dem Strich bringen sie den Betrieben also auch finanziell etwas.

Trotz den handfesten und belegbaren Vorteilen des schweizerischen Berufsbildungssystems: In der Öffentlichkeit seien die Vorzüge der Lehre zu wenig bekannt, sagt Ueli Müller, Generalsekretär von Swiss Skills. Die Stiftung unterstützt die Berufsmeisterschaften und setzt sich für das duale Bildungssystem ein. Während – wie Rudolf Strahm sie nennt – «Kampfeltern» Anwälte engagieren, um die Aufnahme ihrer Kinder ans Gymnasium zu erzwingen, fehlt ein vergleichbarer Einsatz für die Lehre. Wer es nicht ans Gymi schafft, gilt schnell als bedauernswerter Tropf.

Das habe auch mit mangelnder Unterstützung und teilweise fehlendem Verständnis seitens der Schulen und Lehrer zu tun, sagt Adrian Heer, Leiter Berufsbildung bei der Ruag Schweiz AG in Emmen. Der Luftfahrt- und Technologiekonzern habe der Berufsbildung schon immer einen hohen Stellenwert eingeräumt, so Heer. Die Ruag bildet rund 400 Lehrlinge in fünfzehn verschiedenen Berufen aus. Zwei von ihnen durften vergangenes Jahr an der Berufs-WM teilnehmen. Trotzdem sei es schwierig, Zugang zu den Schulen zu finden und dort die Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten des Betriebs vorzustellen, berichtet Heer. Die Lobbyarbeit der Schulen untereinander funktioniere besser. Mit andern Worten: Gymnasiallehrer finden bei ihren Kollegen in der Volksschule offenere Ohren als Lehrmeister und Ausbildungsleiter von Unternehmen.

Die grösste Gefahr droht dem Erfolgsmodell Lehre allerdings durch die Harmonisierungstendenzen in der europäischen Bildungslandschaft. Das Bologna-System, dem sich die Schweiz angeschlossen hat, ist einseitig auf die höhere Schulbildung ausgerichtet: Im gesamteuropäischen Bildungsdesign kommt die Berufslehre schlicht nicht vor. Und im Bestreben, in den internationalen Statistiken – wie etwa bei den erwähnten Hochschulzulassungsquoten – Plätze gutzumachen, sind Schweizer Bildungspolitiker offensichtlich allzu leichtfertig bereit, die Vorteile der Berufsausbildung aufs Spiel zu setzen.

Man muss ja nicht gleich Weltmeister werden wie Automobiltechniker Flavio Helfenstein. Aber der Weg, den er vorzeichnet, ist und bleibt für viele Jugendliche, deren praktische Fähigkeiten und praktische Intelligenz stärker ausgeprägt sind als die rein theoretischen, chancenreich und nützlich. Im Jahr 2010/11 haben in der Schweiz 7800 Leute Psychologie studiert. Sie werden es wesentlich schwerer haben, einen angemessenen Job zu finden als die überwiegende Mehrzahl der Lehrlinge. ○

Genosse harmlos

Im Nationalrat sitzt Cédric Wermuth in einer zweitrangigen Kommission. Dennoch spricht der frühere Juso-Chef auf allen Kanälen zu allen politischen Tagesfragen – weil kein anderer Genosse so viel von Eigenmarketing versteht wie das Rednertalent aus Baden. Von Kari Kälin und Herbert Zimmermann (Bild)

Politiker, die mit Cédric Wermuth in der nationalrätlichen Finanzkommission (FK) sitzen, reiben sich die Augen. «Er ist sehr zurückhaltend, diskutiert überhaupt nicht aggressiv, stellt keine extremen Forderungen», sagt der Schwyzer CVP-Nationalrat Alois Gmür. Er entspreche nicht dem Bild des frechen Jungpolitikers, das er aufgrund der Medienauftritte von ihm gehabt habe. Auch FK-Mitglied Thomas Aeschi (SVP, ZG) hatte in der Kommission einen anderen Wermuth erwartet: einen, der in anklägerischem Stil gegen Gutverdiener und Vermögende wettet. Stattdessen nimmt Aeschi Wermuth als «ruhigen Politiker» wahr. SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der sich im *Blick* regelmässig mit Wermuth im Rededuell misst, bestätigt den Eindruck: «Wermuth ist ruhiger geworden.»

«Schweiz leidet unter zuviel Konsens»

Die *Weltwoche* trifft Wermuth, der im letzten Herbst für die SP Aargau in den Nationalrat einzog, während der Sondersession im Bundeshaus. Freundlich und hochkonzentriert pariert der 26-Jährige während knapp zweier Stunden Fragen und kritische Einwände zu seiner Politik. Was sagt der Ex-Juso-Präsident, der sich mit spektakulären Polit-Aktionen zu einer schweizweit bekannten Figur gemausert hat, zu seiner neuen Rolle? Ist er in Bundesbern innert kürzester Zeit zu einem braven Nationalrat mutiert, hat ihn die Aura der Wandelhalle domestiziert? «Nein», sagt Wermuth, «ich war gar nie anders.» Mit der Juso habe er die öffentliche Arena bewusst provokativ betreten und damit eine Überzeichnung der Partei und seiner eigenen Person riskiert. «Der Nationalrat ist eine andere Bühne. Wenn ich in einer Kommission in jeder Sitzung mit irgendwelchen Maximalforderungen einfahre, nimmt mich innert kürzester Zeit niemand mehr ernst.»

Die Zählung des Cédric Wermuth, des Politologiestudenten, der in einer Vierer-WG in Baden lebt, überrascht auf den ersten Blick. Schliesslich basiert sein ganzer Aufstieg auf einer Politik der Knalleffekte. Am Ursprung steht die Wahlschlappe der SP im Jahr 2007. Sie sackte von 23,3 auf 19,5 Prozent ab, büsste 9 von 52 Mandaten ein. Das elektorale Debakel entpuppte sich als Wermuths Chance. Christian Levrat, seit 1. März 2008 Präsident der SP, habe gesagt: «Okay, wir probieren es jetzt einmal mit den Juso.» Im Juni 2008 zum Präsidenten gekürt, formierte Wermuth aus den

bisher politisch irrelevanten Jungsozialisten im Eiltempo eine schlagkräftige Truppe, die sich mit publikumswirksamen Aktionen immer wieder ins nationale Scheinwerferlicht katapultierte.

Wermuth wusste, dass keine Zeitung ein sechzigseitiges Papier abdruckt, dass eine Partei ohne Geld wie die Juso nur mit unkonventionellen Aktionen Schlagzeilen generieren konnte. Solange hinter den Provokationen ein politischer Inhalt stehe, sei das legitim – Wermuth provoziert aus politischer Überzeugung. «Die Schweiz leidet unter zu viel Konsens, zu viel Bravheit und nicht umgekehrt», sagt er. An einer Delegiertenversammlung Mitte 2008 warb Wermuth für die Hanf-Liberalisierung, indem er sich vor laufender Kamera einen Joint anzündete. Im Oktober 2008 veranstaltete er mit seinen Getreuen ein Sit-in am UBS-Eingang am Zürcher Paradeplatz, um gegen die hohen Boni zu demon-

Ganz nebenbei stieg die Zahl der Juso-Mitglieder unter Wermuths Ägide von 1500 auf 3000.

trieren. In Baden besetzte er mit Mitstreitern im Januar 2009 ein stillgelegtes Hotel. Die illegale Aktion gegen die Wohnungsknappheit trug Wermuth eine bedingte Geldstrafe (20 Tagessätze) und 300 Franken Busse ein. Die Liste der skandalträchtigen Aktionen liesse sich verlängern. Ganz nebenbei stieg unter Wermuths Ägide die Zahl der Juso-Mitglieder von 1500 auf 3000.

Am legendären SP-Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 in Lausanne avancierte Wermuth, der schon als Dreizehnjähriger der Juso beigetreten war, endgültig zum Star. Am Morgen brandete ihm Jubel entgegen, als er die frohe Botschaft verkündete, die nötigen Unterschriften für die 1:12-Initiative zur Beschränkung der Managerlöhne seien beisammen. Wermuth entpuppte sich als der eigentliche Mann des Tages. Unter seiner Wortführerschaft verankerten die SP-Delegierten unter anderem die Abschaffung der Armee, die Einführung eines Grundeinkommens, den EU-Beitritt und die Überwindung des Kapitalismus im Parteiprogramm.

Heute redet Wermuth seinen Einfluss auf das Programm – in der Wahlkampfplattform 2011 vermied die SP die umstrittenen Punkte tunlichst – klein. Es sei in einem langen Pro-

zess und durch Mehrheitsentscheide zustande gekommen. Eine gewichtigere Rolle attestierte ihm der Zürcher Politgeograf Michael Hermann letzte Woche in der *Zeit*: «Auch in der Nachbetrachtung bleibt es verblüffend, wie Wermuth mit dem totalen Einsatz eines Getriebenen für sich und seine Jungpartei in kürzester Zeit die Definitionsmacht über die Schweizer Linke erkämpfen konnte.»

Im März 2011 löste der Luzerner David Roth Wermuth als Juso-Präsident und später als SP-Vizepräsident ab. Damit hat sich Wermuth von der Klamauk-Politik verabschiedet – er möchte seinen Nachfolger auf dieser Bühne bewusst nicht konkurrenzieren. Eine mediale Plattform erhält der schlagfertige und talentierte Debattierer unterdessen aber sowieso auch ohne öffentliches Kiffen. Wermuth ist ein Meister der Selbstinszenierung. Die *Zeit* als Juso-Präsident hat er genutzt, um aus seinem Namen eine Marke zu machen. Seine Meinung ist auf allen Kanälen gefragt.

Virtuos spielt Wermuth auf dem Klavier der neuen Medien. Via Twitter verbreitet er blitzschnell Stellungnahmen zum Tagesgeschehen und bewirtschaftet seinen Blog. Dass sich unter seinen «Followern» zahlreiche Medienvertreter befinden, versteht sich von selbst. Damit bleibt er im Gespräch. Ob im Fernsehen, Radio oder in der Zeitung, ob bei «Giacobbo/Müller» oder bei Schawinski: Allenthalben prägt Wermuth das Bild der SP, obwohl er nicht in der Parteileitung vertreten ist und im Nationalrat in der Finanzkommission, einem zweitrangigen Gremium mit auffällig vielen Neulingen, sitzt.

Heiliger Krieg gegen Superreiche

In der *Aargauer Zeitung* füllt Wermuth auch dann die Spalten, wenn er wegen einer verlorenen Wette 500 Velos putzen muss. In der Zeitung *Sonntag* kam er am 1. April steil heraus, als er sofortige Beitrittsverhandlungen der Schweiz mit der EU verlangte. Das Blatt stilisierte die für einen SP-Nationalrat wenig überraschende Forderung zu einem «Tabubruch» hoch. Die Euro-Krise dämpft Wermuths Brüssel-Euphorie nicht. Mit mehr Zentralismus, einer einheitlichen Wirtschaftspolitik und harmonisierten Steuern könne die EU wieder auf den Erfolgspfad geführt werden. «Wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Europa.» Meint Wermuth das alles wirklich ernst? Verkörpert nicht gerade die direktdemokratische Schweiz mit ihrem föderalistischen Modell die

erfolgreiche Antithese zur EU? Würde sich die Schweiz mit dem Anschluss an Brüssel nicht selbst abschaffen und ihre Eigenständigkeit opfern? Wermuth glaubt das Gegenteil. Sechzig Prozent des Schweizer Rechts seien schon heute an die EU angepasst. «Wir können unsere Souveränität nur zurückgewinnen, wenn wir dort mitentscheiden.»

Grosse Resonanz bescherte Wermuth jüngst das Steuerabkommen mit Deutschland. In der «Rundschau» trat Anfang April nicht etwa ein SP-Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) – diese kümmert sich unter anderem um Steuerfragen – auf, sondern Cédric Wermuth. Zur besten Sendezeit durfte er den automatischen Informationsaustausch und die Abschaffung des Bankgeheimnisses propagieren, das für ihn nichts anderes als «Beihilfe zur internationalen Kriminalität» und ein Instrument für «Superreiche» darstellt, «die ihre Länder nach Strich und Faden bescheissen».

Im heiligen Krieg gegen das Bankgeheimnis interpretiert Wermuth die Geschichte grosszügig zu seinen eigenen Gunsten. In einer Kolumne in der *Aargauer Zeitung* behauptete er, das 1934 erstmals in der nationalen Gesetzgebung festgehaltene Bankgeheimnis habe schon damals nur dem Zweck gedient, aus der Schweiz eine Steueroase zu machen. In Tat und Wahrheit aber spielten andere Gründe eine entscheidende Rolle. Das Bankgeheimnis war unter anderem eine Reaktion auf ausländische Bankenspionage. Bei der Einführung der modernen Bankengesetzgebung wurde die Steuerfrage gar nicht debattiert. «Steuerhinterziehung als offene Flanke des Bankgeheimnisses rückte erst viele Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in die politischen Agenden des Auslands und der Schweizer Politik», schreibt Robert U. Vogler, Autor einer Studie über das Bankgeheimnis. Auf Nachfrage relativiert Wermuth, seine Aussage sei nicht als historisch «im eigentlichen Sinn» zu werten – und verweist auf Wirtschaftshistoriker, «die das anders sehen».

Der Überschätzte

In der SP-Fraktion sind nicht alle glücklich über den Emporkömmling aus Baden, der andere Genossen in den Schatten stellt. «Animositäten sind vorhanden. Das ist normal. Die Fraktionsmitglieder stehen untereinander in einem Konkurrenzkampf, sie müssen ihren Platz finden», sagt der Schwyzer SP-Nationalrat und Fraktionschef Andy Tschümperlin. Wermuth selber spürt «unausgesprochenen» Neid und kann nicht nachvollziehen, weshalb «in Bern so viele Politiker davor Angst haben, dass ihnen ein anderer in der Sonne steht». Sein Erfolgsrezept erklärt er so: «Ich scheue mich nicht vor dem Nahkampf. Offenbar suchen das nicht so viele Politiker. Ich fülle hier eine Lücke.»



«Völlig absurd»: SP-Nationalrat Wermuth.

Im Berufsleben hat Wermuth bis jetzt noch keine grossen Stricke zerrissen. Sein Studium an der Universität Zürich mit Hauptfach Politologie liegt darnieder. Bis in zwei Jahren will Wermuth das Lizenziat abschliessen. Im Weg stehen fünf Semesterarbeiten und die Liz-Arbeit sowie das Nationalratsamt, «ein 70-Prozent-Job». Gearbeitet hat er bis Ende Januar in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation bei der Entwicklungshilfeorganisation Solidar Suisse, die auch mit Bundesgeldern alimentiert wird. Fehlendes Studium, Arbeit bei einer staatlich unterstützten Organisation: Mit diesen Einwän-

den hat Wermuth gerechnet – und er kontert: «Es ist völlig legitim, dass auch die Generation der Studenten im Parlament vertreten ist. Spätestens seit der Bankenkrise, in der ganz Europa eine gesamte Branche retten musste, ist auch der zweite Vorwurf völlig absurd.» Dass ein grosser Teil seines Ruhms mit einer «totalen Überschätzung» seiner Rolle in der SP zu tun habe, sei er sich aber zu hundert Prozent bewusst. In der Fraktion würden andere Leute den Taktstock schwingen, die Medien zeichneten ein Zerrbild von ihm. Dass er es selber mitgestaltet hat, verneint er nicht. ○

Frehner im Schwitzkasten

Das Kunstmuseum Bern zeigte Fotografien, die der Zementhersteller Holcim in Auftrag gegeben hatte. Nach heftigen Protesten liess sich der Museumsdirektor Matthias Frehner dazu verleiten, die Zusammenarbeit mit Holcim als «Pakt mit dem Teufel» zu bezeichnen. *Von Rico Bandle*



Schweigeminute für den Konzern: Museumsdirektor Frehner (r.), Kuratorin Regula Berger.

Schon an der Vernissage der Holcim-Ausstellung kam es zu einem Handgemenge: Ein Aktivist schrieb während der Eröffnungsrede «Asbestos Bodies» auf den Sockel einer wertvollen Amiet-Büste – und wollte damit auf den angeblichen Zusammenhang zwischen den Eternit-Asbestopfern und Holcim aufmerksam machen, schliesslich sei Thomas Schmidheiny, der grösste Einzelaktionär von Holcim, der Bruder des ehemaligen Eternit-Verwaltungsratspräsidenten Stephan Schmidheiny.

Die Bilder der Ausstellung waren anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Zementkonzerns Holcim entstanden: grossformatige Porträtfotos von Holcim-Arbeitern aus der ganzen Welt, fotografiert vom international gefeierten Schweizer Fotokünstler Marco Grob, sowie Fotografien von Zementwerken rund um den Globus, aufgenommen vom Berliner Fotografenteam Hiepler und Brunier. Der prächtige Fotoband wurde an alle 80 000 Holcim-Mitarbeiter weltweit verschenkt.

Der Name «Holcim» rief in Windeseile all jene Gruppierungen auf den Plan, deren Geschäftsmodell darin besteht, Schweizer Grosskonzerne für das Elend der Menschheit verantwortlich zu machen. Der PdA-Stadtrat Rolf Zbinden bezichtigte das Kunstmuseum, sich für «Konzern-Propaganda» einspannen zu lassen, der *Bund* schrieb, die Bilder seien ein

«Aktivposten in der PR von Holcim», die *Wochezeitung* befand die Arbeiterporträts als «zynisch». Ein Dutzend Gewerkschafter protestierten vor dem Museum und prangerten die «staatlich subventionierte Konzernwerbung» an. Das Kunstmuseum solle auch Bilder von verarmten Holcim-Familien zeigen, so deren Forderung.

Von da Vinci bis Mozart

Wie weit darf Sponsoring in einem subventionierten Kunstmuseum gehen? Holcim hat die Bilder nicht nur in Auftrag gegeben, der Konzern sponserte auch die Ausstellung. «Natürlich ist es eine engere Zusammenarbeit als üblich. Aber wir sind der Überzeugung, dass die künstlerische Qualität der Bilder diese Ausstellung rechtfertigt», sagte der Museumsdirektor Matthias Frehner gegenüber dem *Bund*. Die Fotografen beteuern, von Holcim uneingeschränkt Zugang zu den Fabriken erhalten zu haben und auf keine Weise eingeschränkt worden zu sein. Die Auswahl der Bilder erfolgte nicht durch Holcim, sondern durch die Kuratoren des Kunstmuseums.

Was in der Empörungsdebatte ausgeblendet wurde: In der Kunstgeschichte sind Auftragswerke viel mehr die Regel als die Ausnahme. Viele Werke von Weltbedeutung – von Leonardo da Vinci bis Mozart – entstanden im

Auftrag reicher und mächtiger Herren. Bezeichnenderweise stand der künstlerische Aspekt auch nie im Zentrum der Holcim-Debatte und erst recht nicht, ob Museumsbesucher nicht mündig genug seien, ein als Auftragswerk deklariertes Kunstprojekt richtig einzuordnen. Sondern nur die einfache Gleichung: Holcim ist böse, also darf man sich nicht mit der Firma einlassen.

Sieg des Sozialrevolutionären Kollektivs

Die Auseinandersetzung gipfelte letzte Woche in einer denkwürdigen Podiumsdiskussion. Matthias Frehner, aufgeschreckt vom harschen Tonfall der Demonstranten, sah sich zu ungewöhnlichen Vorsichtsmassnahmen genötigt: Die 150 Besucher mussten ihre Taschen abgeben, Sicherheitsleute sollten Aktivisten und Chaoten in Schach halten. Das aggressiv auftretende Sozialrevolutionäre Kollektiv setzte durch, dass vor dem Gespräch eine Schweigeminute «für die Opfer der Ausbeutung durch Holcim» durchgeführt werden konnte. Und der sichtlich eingeschüchterte Direktor liess sich zum verheerenden Satz verleiten: «Sponsoring ist immer ein Pakt mit dem Teufel.» Die Demonstranten konnten sich als Sieger fühlen. Nun war es für sie offiziell: Holcim ist des Teufels, der Betrieb behandelt die Mitarbeiter so schlecht, dass man eine Schweigeminute einberufen muss.

Frehner, ein grossartiger Ausstellungsmacher und erfolgreicher Museumsdirektor, gibt nicht zum ersten Mal dem Druck radikaler Gruppierungen nach. 2005 entfernte Frehner einen eingelegten menschlichen Fötus aus der China-Ausstellung, religiöse Aktivisten hatten ihm gedroht. Bei der Ausstellung «Die sieben Todsünden» nahm Frehner vorsorglich drei Bilder aus dem Museum, die potenziell anstössig waren.

Die Holcim-Ausstellung und seine Teufels-Aussage bleiben für Frehner nicht ohne Konsequenzen. Am Dienstag musste er beim Stiftungsrat des Kunstmuseums vorsprechen und sich rechtfertigen. Eine vergleichbare Kooperation mit einer Firma dürfte es im Berner Kunstmuseum so schnell nicht mehr geben, selbst wenn die Werke alle Anforderungen für eine hochstehende Ausstellung erfüllen würden. Damit haben die Aktivisten das Gegenteil von dem erreicht, wofür sie sich vordergründig eingesetzt hatten: Die Kunstfreiheit wird massiv eingeschränkt. ○

Bierdosen gegen die Redefreiheit

Wenn an der Uni Zürich die Direktorin des Währungsfonds spricht, pöbeln linksextreme Studenten ältere Zuhörer an, und Autonome werfen Rauchpetarden. Immerhin: Die Unileitung wehrt sich.

Von Christoph Landolt

Für die vielleicht 200 Wartenden, die die Sicherheitsschleuse noch nicht passiert hatten, gab es kein Durchkommen mehr. Minuten nachdem Protestler mit schepperndem Punk und wirren Reden («In Griechenland verhungern Leute!») demonstriert hatten, stürmten sie den Lichthof der Uni Zürich und blockierten den grossen Saal, in dem Christine Lagarde, die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, am Montagabend eine Rede halten sollte.

Per Megafon verkündete einer, Lagardes Aussagen seien «keine Meinung, sondern ein Verbrechen». Andere warfen Bierdosen auf die Securitas-Männer, rissen einen der beiden Metalldetektoren um, die vor dem Eingang standen. Irgendwann versuchten sie den Angriff über die Flanke und attackierten eine Holzwand, mit der ein anderer Zugang zum Hörsaal abgeschirmt worden war. Herbeigeeilte Polizisten in Kampfmontur, die Tränengasgewehre griffbereit, verhinderten Schlimmeres.

Damit Lagarde reden konnte, musste das organisierende Schweizerische Institut für Auslandsforschung (Siaf) einen riesigen Aufwand betreiben: Das Securitas-Aufgebot, gegen vierzig Personen, kostete einen Betrag «im tiefen fünfstelligen Bereich», wie der Siaf-Delegierte Martin Meyer erklärt. Die Stadtpolizei Zürich war mit mehreren Kastenwagen voller Polizisten präsent. Zwei Krankenwagen standen bereit, für den Fall der Fälle. Und als eine Petarde die Gänge der Uni innert Sekunden in roten Rauch hüllte, war auch die Feuerwehr schnell zur Stelle.

Meyer: «Das ist Gesinnungstyranei»

Lagarde kam schliesslich durch den Hintereingang, von den Protesten im darüberliegenden Geschoss bekam sie nicht viel mit. Doch mehrere Interessierte, die den Vortrag der Französin hören wollten, zogen entmutigt von dannen. Ältere Frauen, die den Riegel der pöbelnden Vermummten passieren wollten, wurden unsanft weggestossen. «Eine sehr kleine Gruppe will einer grossen Mehrheit von interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern diktieren, was man hören darf und vor allem nicht hören dürfen soll», sagt Meyer. «Das ist Gesinnungstyranei.»

Meyer, hauptberuflich Feuilletonchef der NZZ, hat mittlerweile Erfahrung mit Angriffen auf die Redefreiheit seiner Gäste: Seit es dem Aktionskomitee «Uni von unten» vor drei Jahren gelungen ist, ein Referat von Novartis-Chef Daniel Vasella zu verhindern, droht das Grüppchen fast schon ritualartig jedem Gast, der eine andere Position vertritt.

Nestlé-Präsident Peter Brabeck und der neokonservative Autor Robert Kagan konnten nur unter massiven Sicherheitsvorkehrungen auftreten. Vor einem Jahr musste eine Rede von Verteidigungsminister Ueli Maurer nach Protesten in einen anderen Saal verlegt werden.

An den Randalen mischen sich die linksextremen Studenten jeweils mit den Kommunisten vom «Revolutionären Aufbau». Unter den Demonstranten im Lichthof der Uni Zürich war auch Andrea Stauffacher zu sehen, die notorische Anführerin des gewaltbereiten Schwarzen Blocks. Die Methode, prominente Redner mit Gewalt am Reden zu hindern, findet nicht nur an der Uni Zürich regelmässig Anwendung. Erst Ende März gelang es Autonomen, den ehemaligen deutschen Aussenminister Joschka Fischer davon abzuhalten, im Stadttheater Winterthur ein Referat zu halten. Das «Antikapitalistische Bündnis Winterthur» drohte, den «Kriegstreiber» mit «Schuhen und Torten» zu vertreiben. Siebzig Polizisten wären nötig gewesen, um für Fischers Sicherheit zu garantieren.

Die Chaoten können, wenn nicht mit Unterstützung, so doch mit Verständnis rechnen. Nachdem Joschka Fischer sein Winterthurer Referat abgesagt hatte, kommentierte der lokale *Landbote*: «Dass sie [die Autonomen] Fischer vertreiben wollten, war sicher nicht nett.

Andererseits ist dieser Aufruf bei einer derart polarisierenden Person auch nicht erstaunlich.» Nicht auszudenken, wie gross die mediale Aufregung gewesen wäre, wenn ein pensionierter Politiker von Neonazis in die Flucht geschlagen worden wäre. Dabei sind die Linksextremen die grössere Gefahr: Gemäss Bundesnachrichtendienst waren sie 2011 für sechsmal mehr Gewalttaten verantwortlich als Rechtsradikale.

Die meisten Chaoten, die am Montagabend den Vortrag von Christine Lagarde stürmen wollten, machten sich nicht einmal die Mühe, sich zu vermummen. Nach der Störaktion zogen sie unbehelligt von dannen und rauchten vor dem Haupteingang der Uni. Nachdem die Uni-Leitung dem Treiben bisher mehr oder weniger tatenlos zugesehen hat, drohen den Störenfriedern dieses Mal jedoch Konsequenzen. «Die Universität hat Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen Unbekannt eingereicht», sagt Sprecher Beat Müller. Auch universitätsinterne Massnahmen würden geprüft.

Unter den Studenten sind die Linksradi-kalen eine kleine Minderheit. Auf der Website der *Zürcher Studierendenzeitung* schrieb ein Geschichtsstudent an die Adresse von «Uni von unten»: «Schliesst nach 20 Semestern gelegentlich mal ab, und werdet erwachsen.» ○



«Ein Verbrechen»: Linksextreme im Lichthof der Universität Zürich.

Übers Bordell in den Sozialstaat

Die Personenfreizügigkeit sollte auch die Prostitution in geregelte Bahnen lenken. Theoretisch. In der Praxis herrscht ein rechtliches Chaos. Im Graubereich wird gemauschelt, was das Zeug hält. Und die Doppelmoral treibt bunte Blüten – wie eh und je. *Von Alex Baur*



Spielwiese für Sittlichkeitsbürokraten: In die Schweiz wandern scharenweise Prostituierte ein.

Josef K. wollte alles richtig machen. Schliesslich, so sagte er sich, als er vor ein paar Jahren im Kanton Zürich ein Bordell eröffnete, ist die Prostitution aus rechtlicher Sicht ein Erwerb wie jeder andere. Im September 2008 heuerten sechs Frauen aus Tschechien und der Slowakei in seinem Klub an. Ordnungsgemäss meldeten sie sich beim Migrationsamt an, als Selbständigerwerbende. Dank der Personenfreizügigkeit schien dies lediglich eine Formsache zu sein. Vom Amt erhielt K. denn auch die Bestätigung, dass die Frauen bis zur Erteilung der Bewilligung arbeiten durften.

Doch es war ein Fehler – und eine Falle. Nach wenigen Tagen verzeigte die Kantonspolizei den Bordellbesitzer. Begründung: Die Frauen seien nicht selbständig, er hätte eine andere Bewilligung beantragen und warten müssen. Seither wird prozessiert. Kürzlich hat das Obergericht den vierjährigen Rechtsstreit mit

einem Freispruch beendet. Der zentrale Satz der Begründung lässt aufhorchen: «Nicht einmal die zuständigen Stellen haben gewusst, ob [die Prostituierten] als selbständig oder unselbständig Erwerbende zu qualifizieren sind.» Für das Zürcher Arbeitsamt und die AHV seien sie selbständig, für die Steuer- und Einwanderungsbehörden unselbständig.

Mit einem Bein im Gefängnis

Was wie Juristenfutter anmutet, birgt Zündstoff in sich. Der Betreiber eines Bordells darf weder Arbeitsbedingungen noch Preise festlegen. Sonst macht er sich strafbar. Die Prostituierte muss jederzeit frei entscheiden können, ob und zu welchen Konditionen sie einen Freier bedienen will. Der Salonbesitzer darf ihr nur die Infrastruktur zur Verfügung und in Rechnung stellen. Das sind klassische Merkmale für eine selbständige Erwerbstätigkeit. Ein Anstel-

lungsverhältnis ohne Pflichtenheft, Kündigungs-, Lohn- oder Ferienregelung ergibt auch keinen Sinn. Wer indes einen richtigen Arbeitsvertrag mit einer Prostituierten abschliesst, steht immer mit einem Bein im Gefängnis. Josef K. konnte tun, was er wollte, es war falsch.

Die Praxis ist je nach Kanton verschieden. Im Tessin gelten Prostituierte als selbständig, in Basel als unselbständig. Gemäss einem Rundschreiben des Bundesamtes für Migration (BfM) sind sie generell unselbständig. Die Behörde beauftragt dabei auf ein Bundesgerichtsurteil aus dem Jahr 2002 (BV 128 IV 170). Doch sieht man sich das betreffende Urteil genau an, hält es lediglich fest, dass die Position des Bordellbetreibers «derjenigen eines eigentlichen Arbeitgebers nicht unähnlich» sei. Deshalb müsse dieser dafür sorgen, dass die Sexarbeiterinnen eine Bewilligung haben. Nicht mehr und nicht weniger. Indirekt zeigt das Urteil vielmehr, dass

der Puffbesitzer eben gerade kein Arbeitgeber ist und auch keiner sein darf.

Es ist das alte Lied. An sich ist das älteste Gewerbe in der Schweiz seit Menschengedenken legal. Doch Gerichte und Behörden erfinden immer wieder Regeln, um den Dirnen ihr Handwerk zu erschweren oder gar zu verunmöglichen. Stets wird mit dem Schutz der Frauen argumentiert, so auch bei der Revision des Sexualstrafrechts vor zwei Jahrzehnten. In der Folge blühte das Rotlichtmilieu richtig auf. Doch sofort versuchte man den erotischen Frühling mit allerlei administrativen Hindernissen einzudämmen. So gelang es immer wieder, die Frauen an den Rand der Legalität zu treiben – und damit in die Arme von Zuhältern, die ihnen Schutz bieten.

Kampf gegen «Scheinselbständigkeit»

Die Stadt Zürich kreierte beispielsweise baurechtliche Normen, die faktisch keine Sexsalons im Rotlichtviertel im Umfeld der famosen Langstrasse zulassen. In der noblen Bahnhofstrasse, wo es keine gibt, wären Bordelle dagegen zulässig. Nach wie vor gilt der Dirnenerlös als sittenwidrig, Prostituierte können ihren Lohn deshalb nicht rechtlich einfordern und müssen selber schauen, wie sie auf ihre Rechnung kommen. Der Fiskus hat gleichwohl nicht die geringsten Skrupel, Steuern auf das unsittliche Geld zu erheben und notfalls einzutreiben. Man mag sich noch so tolerant und liberal geben, die Doppelmoral scheint untrennbar mit der Prostitution verbunden.

Eine neue Spielwiese für die Sittlichkeitsbürokraten bietet das Ausländerrecht. Nach der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die Oststaaten wanderten erwartungsgemäss Scharen von Prostituierten in die Schweiz ein. Im Gesetz sind die Sexarbeiterinnen nicht speziell erwähnt, für sie gelten demnach dieselben Regeln wie für alle andern. Theoretisch. Mit einem politisch motivierten Kunstgriff gelang es trotzdem, den Zuwanderinnen Steine in den Weg zu legen: Man erklärte sie einfach zu unselbständigen Angestellten. Einerseits fielen die Ostfrauen damit unter die Kontingentierung. Zum andern gerieten die Arbeitgeber, die keine sein dürfen, in die Bredouille.

In Rundschreiben ruft das BfM die Kantone auf, die «Scheinselbständigkeit» von Prostituierten zu bekämpfen. Anders als bei Scheinasylanten und Scheininvaliden ist das politisch unkorrekte Attribut bei den an sich legalen Zuwanderern offenbar unbedenklich. Lediglich die Frauen, die auf dem Strassenstrich anschaffen, gelten aus Beamtensicht als selbständig. In der Realität ist es genau umgekehrt. Während die Prostituierten in den meisten Salons heute in einem geschützten Rahmen relativ frei auf eigene Rechnung anschaffen, wird der Strassenstrich gemäss Bundespolizei zusehends von Zuhältern aus Ungarn und Rumänien kontrolliert. Den Dirnen, zumeist Roma-Frauen, die von ihnen herkommandiert und ausge-

nommen werden, Selbständigkeit zu attestieren, erscheint nachgerade zynisch.

Um wenigstens den Anschein von Rechtsicherheit zu wahren, haben Kantone wie Thurgau oder St. Gallen Musterverträge zur Anstellung von Prostituierten erarbeitet. Tatsächlich handelt es sich eher um unverbindliche Absichtserklärungen, die kaum etwas regeln, was vom Gesetz nicht eh schon vorgegeben wäre – Handlungsfreiheit der Frauen, Quellensteuern, Sozialversicherungspflicht. Der letzte Punkt weist allerdings auf eine Problematik hin, die ein enormes Missbrauchspotenzial in sich birgt: Als Angestellte können eingewanderte Prostituierte ihren Job nicht nur jederzeit aufgeben, sie haben auch einen rechtlichen Anspruch auf Arbeitslosengelder. Doch kein Arbeitsamt darf die Frauen dazu anhalten, einen neuen Job in ihrem Metier zu suchen – die Beamten würden sich wegen «Förderung der Prostitution» strafbar machen. Auf der anderen Seite ist ein Bordell als Referenz bei der Suche nach einem regulären Job eher suboptimal. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass die Frauen dem Sozialstaat erhalten bleiben.

Wie eine Bordellbetreiberin unter Zusicherung von Anonymität gegenüber der *Weltwoche* erklärte, gibt es eine zunehmende Zahl von Frauen aus Osteuropa, die über einen kurzen Zwischenhalt im Bordell direkt in den Schwei-

Im Milieu haben sich die hohen Schweizer Sozialleistungen längst herumgesprochen.

zer Sozialstaat einwandern. Noch seien es zwar Einzelfälle, doch hätten sich die aus osteuropäischer Sicht exorbitant hohen Schweizer Sozialleistungen im Milieu längst herumgesprochen. Es sei wohl eine Frage der Zeit, bis dieses Angebot im grossen Stil genutzt werde. Für die Bordellbetreiberin ist das ein ärgerlicher Verlust: Mit viel Aufwand verschafft sie einer Prostituierten eine Bewilligung, nur damit diese nach ein paar Tagen stempeln geht. Es sei daher üblich geworden, dass die Frauen – ob legal oder illegal – für die Bewilligung unter der Hand happige Vorschüsse bezahlen müssten.

Rechtsunsicherheit bedeutet Risiko, und Risiko heisst im Erotikmilieu vor allem eines: Geld. Bürokratische Hindernisse können immer irgendwie umgangen werden. Es ist eine Frage des Preises, den am Schluss in aller Regel die Frauen bezahlen. Der Kanton Basel zum Beispiel stellt prinzipiell keine Arbeitsbewilligungen für Prostituierte aus Rumänien und Bulgarien aus. Doch es gibt 26 Kantone in der Schweiz, und jeder hat seine eigene Praxis. Ist die Bewilligung einmal ausgestellt, ist sie für das ganze Land gültig. Also beschafft man sich den Permit in einem liberaleren Kanton.

Die *Weltwoche* hat mit einer Rumänin gesprochen, die sich eine B-Bewilligung im Tes-

sin beschaffte und damit legal in Basel anschafft. Unter welchem Titel – oder Vorwand – sie den Permit bekommen hatte, wollte die Frau nicht preisgeben. Nur so viel: Ein Mittelsmann habe für den kleinen Freundschaftsdienst 5000 Franken kassiert. Auf die Frage, ob das Geld auch dazu diene, Beamte milde zu stimmen, zuckte sie nur mit den Schultern. Sie müsse nun möglichst schnell ihre Schulden abrackern, das sei das Einzige, was sie interessiere. Auf die Anschlussfrage, wer ihr den Betrag vorgeschossen habe – ein Zuhälter vielleicht? –, reagierte sie unwirsch. Ein weiteres Gespräch war darauf nicht mehr möglich.

Zwar besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass sich eine ausländische Prostituierte als selbständige Unternehmerin in der Schweiz niederlässt. Gemäss Auskunft des Zürcher Rechtsanwaltes Valentin Landmann – ein profunder Kenner des Rotlichtmilieus, der schon mehrere Bücher zum Thema verfasst hat – schaffen es die Behörden auch hier immer wieder, den legalen Weg durch bürokratische Hürden zu verunmöglichen. Gemäss Weisungen des BfM müssen die Frauen neben einem Businessplan, Versicherungsnachweisen und Solvenzgarantien auch Mietverträge vorweisen. Landmann ist ein Fall aus Zürich bekannt, bei dem die Bürokraten sogar eine detaillierte Auflistung des «Maschinenparks» (Vibratoren? Folterkammer?) verlangten.

Das Hauptproblem ist gemäss Landmann jedoch, dass bis zur Ausstellung der Bewilligung oft Monate verstreichen, während deren die Frauen nicht arbeiten dürfen. Derartige Durststrecken nähmen in Anbetracht der schnellen Dynamik des Sexgeschäftes, das einem permanenten Wandel unterworfen sei, nur wenige in Kauf: «Ein Geschäftsmodell das heute top ist, kann schon morgen zum Flop werden.» Auch sei es eher unüblich, dass Prostituierte über längere Zeit im selben Salon anschaffen.

Kommt dazu, dass die legalen Bordelle dem Konkurrenzdruck der illegalen ausgesetzt sind, die weder Abgaben noch Steuern entrichten. Namentlich in Basel floriert das Sex-Business der «Touristinnen» in zahlreichen informellen Kontaktbars. Mit den Preisen sinkt auch für jene, die an sich legal anschaffen könnten, der Anreiz auf einen geregelten Aufenthaltsstatus. Ein Teufelskreis.

Landmann plädiert für flexible und praxisnahe Lösungen. Zwar besteht auch bei Selbständigerwerbenden die Gefahr, dass sie direkt in den Sozialstaat einwandern. Dies zeigt ein Beispiel wiederum aus der Stadt Basel. Dort versucht das Migrationsamt in einem Pilotprozess einen deutschen Masseur auszuweisen, der einen Erotik-Salon eröffnete, um sich nach kurzer Zeit bei der Sozialhilfe zu melden. Die administrativen Hürden hatten in diesem Fall nichts gebracht. Der Mann hatte seine fünfjährige Bewilligung als Selbständiger mit Businessplan und allem, was dazugehörte, legal erworben. ○

Im Extremfall Milliardenverluste

Windkraft auf dem Meer zählt zu den wichtigsten Energie-Hoffnungen. Auch die Schweiz investiert in sogenannte Offshore-Windparks. Doch deren Ausbau stockt. Es tauchen immer neue technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. *Von Alex Reichmuth*



Windenergie im Abseits: Ostsee.

Als die beiden deutschen Energiekonzerne E.ON und RWE im März bekanntgaben, auf den Bau von Atomkraftwerken in Grossbritannien zu verzichten, feierten AKW-Gegner das als Beweis, dass sich Investitionen in die Kernkraft nicht mehr lohnten. Auch Doris Leuthard meinte mit Verweis auf den Entscheid, dass wegen der steigenden Kosten kein neues AKW in der Schweiz mehr möglich sei, «weil die erneuerbaren Energien attraktiver geworden sind» (*Weltwoche* Nr. 17/12). Offenbar sind der Bundesrätin die Probleme beim Bau von Offshore-Windanlagen nicht bekannt, die zu den wichtigsten Hoffnungen punkto erneuerbarer Energie zählen. Solche Anlagen werden nicht wie herkömmliche Windräder an Land betrieben, sondern auf dem Meer. Der Ausbau von Offshore-Windparks ist ins Stocken geraten, weil Banken, Versicherer und Energiekonzerne wegen der Finanzrisiken dieser Anlagen zurückhaltend mit Investitionen geworden sind.

Ein typisches Beispiel für die Schwierigkeiten ist der Windpark «Bard 1» in der Nordsee, an dem sich unter anderem die Stadt Winterthur mit 4,5 Millionen Franken beteiligen will. Die achtzig Windräder hätten schon letztes Jahr ans Netz gehen sollen. Wegen technischer Probleme liegt man aber über zwei Jahre hinter dem Zeitplan zurück. Erst neunzehn Turbinen sind installiert. Die deutsche Hypo-Vereins-

bank als Hauptinvestor musste wegen der Verzögerung bereits 710 Millionen Euro Rückstellungen vornehmen. Die Baukosten werden mittlerweile auf 2,9 Milliarden Euro beziffert – rund eine Milliarde mehr als geplant.

Zu laut für Wale

Die wichtigsten technischen Schwierigkeiten bei Offshore-Windanlagen sind folgende:

— Es fehlen spezialisierte Schiffe, um die Windräder zu errichten. Europaweit sind lediglich 21 Schiffe vorhanden. Nur fünf davon eignen sich dazu, Windturbinen mit über 3,6 Megawatt (MW) Leistung zu transportieren. 3,6 MW entsprechen einer kleineren Anlage. Deutsche Banken finanzieren immer weniger Schiffe – wegen der finanziellen Risiken.

— Bau und Unterhalt der Windräder sind komplizierter und aufwendiger als angenommen. Bei stürmischer See sind die Anlagen oft wochenlang nicht zu erreichen – oder nur mit grossem Aufwand: Arbeiter müssen aus Helikoptern abgeseilt werden.

— Der Schutz der Schweinswale erschwert den Bau der Windanlagen. Deren Pfähle müssen zum Teil bis zu fünfzig Meter tief in den Meeresgrund gerammt werden. Die Schläge verursachen ohrenbetäubende 170 Dezibel oder mehr, die das Gehör der streng geschützten Meeressäuger schädigen. Um die Lautstärke

wenigstens auf die vorgeschriebenen 160 Dezibel abzuschwächen, müssen teure Massnahmen wie die Errichtung sogenannter Unterwasser-Blasenschleier getroffen werden.

— Viele Windräder können nicht ans Netz gehen, weil entsprechende Stromtrassees und Anschlüsse fehlen. Die Lieferanten schaffen es nicht, die benötigten Kabel in ausreichenden Mengen herzustellen. Zudem ist die Haftung zwischen Windpark-Betreibern und Netzanbietern nicht geklärt. Im November warnte der Netzbetreiber Tennet die deutsche Regierung, unter den derzeitigen Umständen sei der Anschluss von Windparks nicht möglich. Verzögerungen beim Stromanschluss bei vier Windparks haben Siemens, den grössten Hersteller von Offshore-Windrädern in Europa, bereits eine halbe Milliarde Euro gekostet – ein Drittel des gesamten Auftragswerts.

— Die Beschädigungen von Stromkabeln unter Wasser häufen sich. Ursache ist oft die Notankerung von Schiffen. Beschädigte Stromkabel machen siebzig Prozent aller Versicherungsfälle bei Offshore-Windanlagen aus. Im Extremfall drohen Milliardenverluste.

In Europa wurden letztes Jahr nicht etwa mehr, sondern leicht weniger Offshore-Anlagen gebaut als im Vorjahr. In Deutschland stockt der Ausbau besonders. Das Land will bis 2030 in der Nord- und Ostsee 10 000 Windräder bauen. Diese sollen dannzumal satte fünfzehn Prozent des deutschen Stromangebots produzieren. Doch fertiggestellt sind bis jetzt nur 27 Windräder. Im Februar sprach der Energiekonzern E.ON von einer «katastrophalen Situation» bei Offshore-Windanlagen wegen der Probleme mit den Netzanschlüssen. Diese könnten sogar die Energiewende in Deutschland gefährden. Die Regierung will die Probleme jetzt mit noch höheren Subventionen und zinsgünstigen staatlichen Krediten beheben.

Wenig abgefärbt haben die Schwierigkeiten bis jetzt auf die Engagements der Schweizer Energiekonzerne. Die Axpo etwa verkündete im Januar, bis 2030 doppelt so viel erneuerbare Energie zu produzieren als bisher beabsichtigt. Fast achtzig Prozent der entsprechenden Investitionen sollen in ausländische Windfarmen an Land und im Wasser fliessen. Beteiligt ist die Axpo schon am Offshore-Projekt «Global Tech 1» in der Nordsee. Dessen Finanzierung konnte nur dank eines Darlehens der Europäischen Investitionsbank gesichert werden, die mit öffentlichem Geld alimentiert ist. Laut einer Warnung von Tennet ist der Bau von «Global Tech 1» dennoch im Verzug. ○

Die vergessene Eiszeit

Die Warnungen vor der Erderwärmung sind allgegenwärtig. Vor vierzig Jahren sahen Wissenschaftler ebenfalls eine Klimakatastrophe kommen – mit umgekehrten Vorzeichen. Es stehe eine globale Abkühlung bevor, hiess es damals. Die angeblichen Signale gleichen sich. *Von Alex Reichmuth*

Eine Veränderung der Welttemperaturen um bis zu sechs Grad, verursacht durch die Verfeuerung fossiler Brennstoffe. Davor warnten die beiden US-Klimaforscher S. Ichtiaque Rasool und Stephen Schneider in einer Studie, die 1971 im renommierten Wissenschaftsjournal *Science* publiziert wurde. Mit den sechs Grad war allerdings nicht eine Erwärmung gemeint – sondern eine Abkühlung. Und Öl, Gas und Kohle standen nicht am Pranger wegen des Ausstosses an CO₂. Es ging vielmehr um die bei der Verbrennung produzierten Schmutzteilchen, die das Sonnenlicht von der Erde fernhalten würden. Die drohende Abkühlung könne sogar eine Eiszeit auslösen, mahnten die Autoren und empfahlen eine Abkehr von fossilen Brennstoffen.

Die Publikation ist bemerkenswert, gehörte Schneider später doch zu den lautesten Warnern vor einer Erderwärmung. Der 2010 verstorbene Wissenschaftler war einige Jahre nach der erwähnten Studie zum Schluss gekommen, dass der wärmende Effekt des CO₂ den kühlenden der Schmutzteilchen überwiege, und vertrat fortan das Gegenteil seiner früheren Erkenntnis.

Gehörten er und sein Co-Autor Rasool zu vereinzelt Klimaforschern, die sich vor einigen Jahrzehnten in eine abwegige These veranlagt hatten? Mitnichten. Verrannt hatten sie sich zwar, aber keinesfalls allein. So lobte Gordon F. MacDonald, amerikanischer Wissenschaftler mit direktem Draht zu US-Präsident Richard Nixon, Rasool als «erstklassigen Atmosphärenphysiker», dessen Erkenntnisse «konsistent mit den Berechnungen von mir und anderen» seien. Eine ganze Reihe weiterer renommierter Meteorologen und Klimaforscher sah in den 1970er Jahren sinkende Temperaturen oder sogar eine neue Eiszeit kommen.

Auslöser der Befürchtungen war, dass sich die Erde – nach einer längeren Erwärmungsphase – seit den vierziger Jahren wieder etwa 0,3 Grad abgekühlt hatte. Dieser Rückgang könne ausreichen, um die Frost-Front von der Arktis her vorrücken zu lassen, mahnte bereits 1970 J. Murray Mitchell, Chef-Klimatologe der amerikanischen Behörde für Umweltforschung. Martin Rodewald vom Deutschen Wetterdienst Hamburg verkündete, Europa sei «thermometrisch» gar nicht so weit vom Beginn einer neuen Eiszeit entfernt. US-Wissenschaftler Reid Bryson, Direktor des Instituts für Umweltstudien der Universität Wisconsin, warnte 1974 davor, es könnten wegen der Kälte eine Milliarde Menschen verhun-

tern. Und James McQuigg, ebenfalls amerikanischer Forscher, bezeichnete die Wahrscheinlichkeit einer raschen Rückkehr zu besserem Klima als «bestenfalls 1:10 000».

Laut dem populärwissenschaftlichen Buch «Die Wetter-Verschöpfung: Die Ankunft einer neuen Eiszeit» von 1977 soll es in den siebziger Jahren «einen zunehmenden Konsens unter führenden Klimaforschern» über einen Trend zur Abkühlung gegeben haben. Weiter soll sich der amerikanische Geheimdienst CIA mit den Wetterveränderungen befasst haben. Dieser sei zum Schluss gekommen, dass es sich um die «vielleicht grösste Einzelherausforderung» handle, die auf Amerika zukomme.

«Katastrophe auf Raten»

Die düsteren Prognosen fanden in den Medien grossen Anklang. Zahlreiche anerkannte Zeitungen und Magazine schrieben von einer drohenden Katastrophe. Verblüffend ist, wie sehr die angeblichen Indizien denjenigen gleichen, mit denen später vor einer Erderwärmung gewarnt wurde. Der *Spiegel* führte 1974 unter dem Titel «Katastrophe auf Raten» Dürren, Ernteausfälle und häufigere Orkane als Vorboten des Unheils an. Bei Meteorologen und Klimaforschern wachse die Überzeugung, dass «etwas faul ist im umfassenden System des Weltwetters». Das US-Magazin *Time* führ-

te Missernten, Hungersnöte und Rekordüberschwemmungen als Anzeichen der nahenden Eiszeit an.

Auch die floskelhaften Ermahnungen von damals gleichen den späteren im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung. So warnte im Jahr 1975 das US-Magazin *Newsweek* vor Klimaflüchtlingen und schrieb: «Je länger Politiker zuwarten [mit Massnahmen], umso schwieriger wird es für sie, mit dem Klimawandel fertig zu werden, wenn er einst düstere Realität geworden ist.» Die *New York Times* behauptete sogar, eine massive Abkühlung werde allgemein als «unabwendbar» betrachtet.

Der Rest ist Geschichte. Ab Mitte der siebziger Jahre begannen die Welttemperaturen wieder zu steigen. Die Stimmen, die vor einer Eiszeit gewarnt hatten, verstummten bald. Wenig später machte die Angst vor einer Klimaerwärmung die Runde. Wiederum warnten die Medien fast unisono vor katastrophalen Folgen. Die Wissenschaftler seien sich einig, so wird seither behauptet, dass die Erwärmung weitergehe, falls die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl nicht gestoppt werde.

Doch die Durchschnittstemperaturen scheinen sich auch dieses Mal nicht an die wissenschaftlichen Prophezeiungen zu halten. Etwa seit dem Jahr 2000 hat sich die Erde nicht mehr weiter erwärmt. ○



Vorboten des Unheils: Winterlandschaft im Glarnerland.

Aufstand gegen die Wirklichkeit

Frankreichs neuer Präsident François Hollande verkörpert die neue europäische Sehnsucht, aus der Sparpolitik auszubrechen und Wirtschaftswachstum durch mehr Staatsausgaben hervorzuzaubern. Wenn alles nur so einfach wäre. *Von Pierre Heumann*



Als ob die Staatskassen voll wären: frischgewählter französischer Staatspräsident Hollande.



Sparen war gestern: Kundgebung in Athen.



Auf Konfliktkurs: deutsche Kanzlerin Merkel.

Er habe die Reichen nicht gern, und sein wahrer Feind sei die Finanzwelt: François Hollande hat im Wahlkampf mit kernigen, linken Sprüchen für sich geworben. Mit Erfolg. Seinen Wahlsieg feierte der frischgekrönte Präsident als Gewinn, auch für Europa, sowie als Hoffnung für die Welt, denn er mache klar: «Die Sparpolitik ist nicht mehr die einzige Option.»

Sparen war gestern. Als Hollande auf der Place de la Bastille seinen Triumph über Nicolas Sarkozy feierte, ging er zu der von Paris und Berlin beschlossenen Sparsamkeit auf Distanz. Er werde einen neuen Weg einschlagen. Wie der aussieht, hat Hollande in den letzten Wochen unermüdlich wiederholt: mehr Steuern, mehr Staatsausgaben.

Wer über eine Million Euro verdient, soll 75 Prozent an den Staat abliefern. Die unter Sarkozy beschlossene Erhöhung der Mehr-

wertsteuer will er zwar rückgängig machen, aber neu eine Transaktionssteuer auf Börsengeschäften einführen. Gleichzeitig soll die Industrie noch mehr Subventionen als bisher erhalten: Dazu will der Absolvent der Eliteschule Ecole Nationale d'Administration über sechs Milliarden Dollar in einen neuen Investitionsfonds einzahlen. 60 000 neue Jobs für Lehrer sollen entstehen, was rund zwei Milliarden Euro kosten dürfte. Und das wäre wohl erst der Anfang einer weiteren Aufblähung des Staatsapparates.

Ungebremst steigende Staatsschulden

Der neue Präsident im Elysée verspricht seinen Bürgern allerhand. Als ob die Staatskassen seines Landes voll wären, will er als Sofortmassnahme den Benzinpreis für drei Monate einfrieren. Auch sollen die Bürger höhere Zuschüsse erhalten, und für diejenigen, die

während 41 Jahren gearbeitet haben, soll das Rentenalter auf 60 herabgesetzt werden.

Die Frage, ob er seinen forschenden Expansionskurs finanzieren kann, hatte den Sozialisten auf der Oppositionsbank bisher nicht zu beschäftigen. Jetzt aber müsste er zur Kenntnis nehmen: Das Land steht vor dem finanziellen Ruin und kann sich keine neuen Ausgaben leisten. Die Staatsschulden der Grande Nation steigen ungebremst weiter, die Regierung weist seit über 35 Jahren kein ausgeglichenes Budget aus, die Banken sind unterkapitalisiert, und die Arbeitslosigkeit ist hoch.

Kein anderes Land in der Euro-Zone hat eine höhere Staatsquote als Frankreich: Sie beträgt 54 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Kurz vor dem Urnengang publizierten 21 französische Wirtschaftswissenschaftler eine letzte Warnung an die Wähler. Neue Gesetze, höhere Steuern, mehr staatlicher Einfluss –

das strebe Hollande an. Hollandes Wahl wäre für Frankreich deshalb ein «fataler Irrtum». Sie würde die Rezession verschärfen. Hollandes Politik würde für Frankreich Stagnation und Armut bedeuten.

«Ziemlich gefährlich»

Als «rather dangerous» hat auch das Wirtschaftsmagazin *The Economist* Hollande bezeichnet. Seine Wahlplattform enthalte keine Hinweise auf die dringend notwendigen Reformen – deshalb sei er gefährlich. Statt über Wachstumsstrategien nachzudenken, spreche der Sozialist lieber über soziale Gerechtigkeit. Er wolle den Staat nicht schlanker machen, sondern ihn weiter aufblähen. Eine Schuldenbremse ist für ihn kein Thema.

Was Hollande bis jetzt vorgeschlagen hat, sei keine Wachstumspolitik, sagt der St. Galler Ökonom Franz Jaeger. Hollande gehe es zunächst vor allem um Umverteilungspolitik: höhere Steuern für Reiche, Senkung des Rentenalters, Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhne. Nötig wären zunächst wachstumsfreundliche Strukturen. So müssten zum

Frankreich steht vor dem finanziellen Ruin und kann sich keine neuen Ausgaben leisten.

Beispiel Regulierungen heruntergefahren werden, die das Entstehen neuer Arbeitsplätze verhindern.

Zu den Massnahmen sollte auch eine Flexibilisierung des heute faktischen Kündigungsverbots gehören – der Hauptgrund für die weitverbreitete Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich und anderen Euro-Staaten. Die Sanierung der Staatshaushalte dürfe keineswegs bei den Bildungs- und Infrastruktur-Investitionen ansetzen, sondern müsse auf den Subventions- und Bürokratieabbau ausgerichtet werden, sagt Jaeger. Doch Frankreichs wirtschaftspolitisches Arsenal sieht anders aus: Der Einfluss des Staates auf Wirtschaft und Konsumenten soll noch grösser werden, als er heute schon ist.

Alle wollen sie nicht mehr sparen

Mit seiner Politik steht Hollande nicht isoliert da. Er weiss sich in bester Gesellschaft, wenn er jetzt in Brüssel eine Ergänzung des Sparvertrages anstrebt, zu dem sich sein Vorgänger gegenüber Deutschlands Kanzlerin Merkel verpflichtet hatte. Mit dem Fiskalpakt sollten mehr Haushaltsdisziplin durchgesetzt und Länder bestraft werden, die sich nicht daran halten. Wenn Hollande diesen Pakt in Frage stellt, werden in der EU dringend notwendige Reformen verzögert.

Schlimmer noch: Die bereits angeschlagene Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank könnte durch Hollande weiter aufge-

weicht werden. In seiner Entourage finden sich nämlich Leute, die eine unabhängige Zentralbank als das eigentliche Übel betrachten. Sollte der neue Präsident, der Mitte Monat sein Amt antritt, dem Rat dieser Zentralbank-Skeptiker folgen, wären Konflikte mit Deutschland unausweichlich.

Ein Ende der Austerität wird mittlerweile nicht nur auf Kundgebungen in Athen, Madrid, Lissabon, Rom oder Athen gefordert, sondern zunehmend auch von Top-Volkswirtschaftlern. Einflussreiche Nobelpreisträger aus den USA kritisieren den europäischen Sparabschluss heftig. Paul Krugman verlangt höhere Inflationsraten und Konjunkturprogramme für Europas Süden. Joseph Stiglitz findet, dass Europa die Staatsausgaben erhöhen müsse, und viele andere fordern von den Euro-Ländern Pragmatismus, um mit Konjunkturprogrammen die Rezession zu überwinden.

Kakophonie der Rezepte

Auch in Europa ist eine Aufweichung der Sparpositionen zu beobachten. UBS-Chefökonom Andreas Höfert wünscht sich einen Mittelweg zwischen einer glaubwürdigen (statt einer extremen) Sparpolitik, für die Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel einsteht, und einer wirksamen (statt einer blinden) Wachstumspolitik, die in den USA verfolgt wird. Und laut Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI), muss eine «optimale Mischung» ebenfalls aus Sparen und Erhöhung der Staatsausgaben angestrebt werden.

Der Ideologe Hollande wird allerdings bald feststellen, dass auch ein Präsident nicht alles kann. Ein Alleingang Frankreichs sei innerhalb der EU nicht möglich, sagt Straubhaar. In einem Gefüge von fixen Wechselkursen werde eine einseitige Erhöhung der Staatsausgaben nicht wirksam, da niemand ausschliessen könne, dass die neuen Gelder ins Ausland fliessen, zum Beispiel zu deutschen Automobilherstellern. Besser als eine Erhöhung der Staatsausgaben sei eine Steigerung der Effizienz.

Eine Korrektur am Sparpaket fordert neuerdings ebenfalls Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank. «Wir müssen Wachstum wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken», sagt der Italiener. Auch Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker will den Fiskalpakt mit Massnahmen ergänzen, die der EU neue Wachstumsimpulse geben sollen: «Dann haben wir eine schlüssige Antwort auf die Schuldenkrise.» Und Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), warnt vor EU-weiten Sparauflagen: Sie würden «den Rezessionsdruck nur vergrössern».

«Wir sind jetzt alle Keynesianer»

Womit die Wirtschaftspolitik des britischen Wirtschaftstheoretikers John Maynard Keynes



Nichts als Umverteilungspolitik: Jaeger.



Die Lösung heisst Abwertung: Straumann.



Nicht wie in den dreissiger Jahren: Straubhaar.



Abschreckendes Beispiel: Brüning, 1930.

zu neuen Ehren kommt – obwohl sie bereits in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts versagt hatte. US-Präsident Richard Nixon sagte im Jahr 1971 zwar: «Wir sind jetzt alle Keynesianer», und der deutsche SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller wollte die Konjunktur mit öffentlichen Ausgaben ankurbeln. Die Begeisterung für die Segnungen der mit öffentlichen Geldern angeheizten Nachfrage ging aber allenthalben schnell zurück, als die Staaten die Rechnung präsentiert erhielten: in Form eines hohen Schuldenberges.

Von Brüning zu Hitler

Anhänger der keynesianischen Politik, die mit Hilfe einer Erhöhung der Staatsausgaben und -schulden auf Wachstum setzen, lassen sich durch die schlechten Erfahrungen nicht beeindrucken. Sie verweisen vielmehr auf die dreissiger Jahre, als etliche Regierungen mit Sparprogrammen eine Depression verursacht haben sollen, allen voran mit Heinrich Brüning, der von 1930 bis 1932 Reichskanzler war. Er erhöhte die Steuern, setzte gleichzeitig ein Sparprogramm durch und trieb zudem eine Reduktion der Löhne voran, was die Wirtschaftskrise verschärfte.

Die Wirkung von Brünings Sparpolitik wird bis heute als abschreckendes Beispiel dafür verwendet, wohin Austerität in einer Phase steigender Arbeitslosigkeit führen könne: zu einer Depression, die in Deutschland gefährliche politische Entwicklungen begünstigt und Hitler an die Macht gespült hatte. Hätte Brüning damals die Staatsausgaben im Sinne von Keynes erhöht, wäre Europa der Schrecken des Naziterrors erspart geblieben, wird damit unterstellt.

Doch die dreissiger Jahre des letzten Jahrhunderts liessen sich nicht mit heute vergleichen, sagt Thomas Straubhaar. Im Gegensatz zu früher bieten Sozialstaaten heute ein Auffangnetz für Arbeitslose. Dieses wirke wie ein automatischer Stabilisator und federe Konjunkturschwankungen ab. Der Vergleich mit Brüning scheitere auch daran, dass die einzelnen Ökonomien heute offen seien. Verfolge ein Land eine falsche Wirtschaftspolitik, wirke sich das deshalb nicht zwangsläufig fatal auf die Beschäftigung aus. Zudem gebe es heute eine (mehr oder weniger) unabhängige Europäische Zentralbank, die auf die Politik ihrer Mitgliedstaaten nicht mehr automatisch Rücksicht nehme.

Kleinewefers' Zweifel

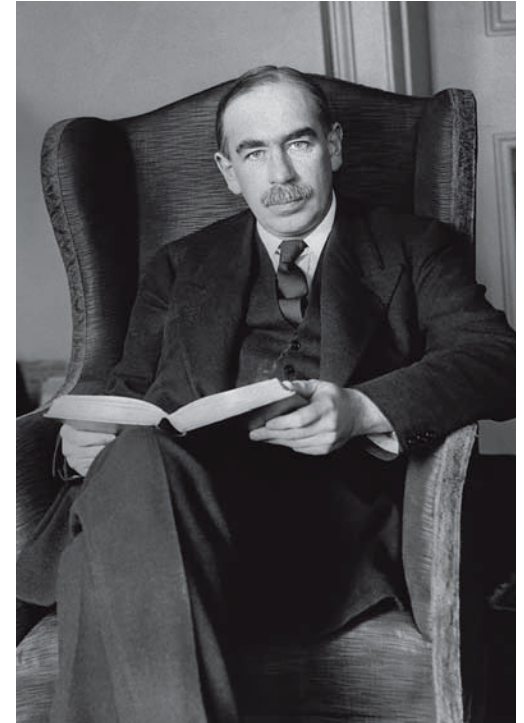
Auch wenn sich der Erfolg der keynesianischen Politik nicht belegen lässt: Der Glaube, wonach sich Krisen durch eine Erhöhung der Staatsausgaben bewältigen liessen, hält sich hartnäckig.

Es sei ihm kein einziger Fall bekannt, wo eine Erhöhung des Schuldenbergs zu einem gesunden Wachstum geführt habe, sagt der emeritierte Freiburger Ökonomieprofessor Henner Kleinewefers. Dieses müsste schon sehr hoch sein, um genügend Mittel für den Abbau der Schulden freizumachen – «aber das ist nicht realistisch». Die Situation eines Landes werde nicht durch eine Aufblähung des Staatsapparates, sondern nur mit Reformen und Haushaltsdisziplin verbessert. Beides sei schmerzhaft und deshalb politisch oft nur schwer durchsetzbar. Aufgrund empirischer Studien von Ländern, die den Übergang vom kommunistischen System zum Kapitalismus bewältigt haben, ist Kleinewefers über-

Das Dilemma in Euro-Land ist selbstverschuldet: die Einführung des Euro.

zeugt: Je schneller und radikaler dabei vorgegangen wird, desto besser kommt es am Ende heraus.

Aus der neueren Geschichte weiss der Zürcher Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann, dass sich Staaten in erster Linie über eine Abwertung von der Schuldenlast befreien können. Damit ein Sparprogramm die Wettbewerbskraft einer angeschlagenen Wirtschaft erhöhe, müssten Preise gesenkt respektive die Löhne reduziert werden, wenn, wie in Euro-Land, eine Abwertung nicht möglich ist. Estland, dessen Währung an den Euro gekoppelt ist, hat eine Senkung der Löhne durchgesetzt, um die Ausfuhren international wettbewerbsfähig zu machen. Doch die allgemeine Senkung des Lebensstandards lässt sich in Ländern mit einer demokratischen Tradition nicht durchsetzen.



Begeisterung für staatlichen Geldsegen: Keynes.

Schneller und schmerzloser zum Ziel führen Abwertungen der eigenen Währung. Sie steigern die internationale Konkurrenzfähigkeit. So hat Polen, eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder Europas, seine Wettbewerbsfähigkeit durch eine Abwertung des Zloty gesteigert. Und davon profitiert, dass die Notenbank in Warschau eine eigene Währung herausgibt.

Abwerten? Abwerten!

Schwache Länder, sagt deshalb Straumann, müssten eigentlich stets über den Spielraum einer Währungsabwertung verfügen können. Vor der Einführung des Euro haben europäische Länder mehrfach davon Gebrauch gemacht. So gab es in den Jahren 1979 bis 1983 sowie 1992/93 mehrere Abwertungswellen. Zum gleichen Mittel griffen auch Politiker in Lateinamerika (1982) sowie in Asien (1997/98), um ihren Industrien im internationalen Wettbewerb zu helfen.

Das Dilemma in Euro-Land, vor dem auch Frankreich steht, ist selbstverschuldet: die Einführung des Euro. Innerhalb der Währungsunion sind Abwertungen unmöglich. Wenn nicht gespart wird, steigt der Schuldenberg, und wenn ohne Abwertung gespart wird, schlittert das Land in eine Rezession.

So gesehen, gibt es für Hollande nur einen Weg, wenn er das Schuldenproblem Frankreichs lösen will: die Rückkehr zum Franc. Dann könnte er mit einer Abwertung die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie wiederherstellen, sein Land ohne Erhöhung des Schuldenbergs sanieren. Das wäre wohl weniger schädlich als die ständige Ausdehnung der staatlichen Ausgaben, um der Wirtschaft zu helfen. ○

Ich, ich, ich

Werden die Franzosen Nicolas Sarkozy bald vermissen? Fünf Jahre lang unterhielt er sie blendend. Gescheitert ist er nicht an seiner Politik, nicht an der Krise, sondern an seinem Charakter.

Von Stefan Brändle



Fulminanter Egotrip: abgewählter Präsident Sarkozy.

Vielleicht musste Sarkozys Karriere tragisch enden. Der abgewählte Präsident ging voll zur Sache, er war der wohl dynamischste und unermüdlichste aller französischen Präsidenten. Er meinte es gut, er nahm es mit den mächtigen Landesgewerkschaften auf und stoppte die Russen im Kaukasus-Krieg fast im Alleingang.

Und doch wurde der Amtsinhaber am Sonntag abgewählt. Gewiss mit einem ehrenhaften Resultat von 48,4 Prozent Stimmen – in Krisenzeiten sind Regierungen schon deutlicher über die Wahlurnen gestürzt. Trotzdem hat Sarkozy das Rennen verloren, zumal gegen einen blassen Gegner, dem jedes Charisma abgeht. Die Geschichte wird nur das in Erinnerung behalten.

Das muss Sarkozy am meisten schmerzen: Er, der strahlende Sieger von 2007, der Tausend-sassa, der mit links ein Topmodel ehelichte, während er mit rechts die Euro-Krise managte; er, der an einem Tag die hohen G-20-Staatsgäste in Cannes bewirtete und anderntags Muammar al-Gaddafi in die Wüste schickte – er steht zum Schluss als grandioser Verlierer da.

Warum nur? Sein politischer Kurs war es nicht – Frankreich ist mehrheitlich konservativ –, die Krise konnte ihm auch nicht angelastet werden; vielmehr hatte er mit Angela Merkel den Crash des Euro-Systems mehrfach verhindert. Was war es dann? Sarkozy kann es

sich selbst nicht eingestehen – denn der eigentliche Grund ist er selbst.

Der quirlige Polit-Zampano erhielt am Wahltag die Quittung für fünf Jahre Narzissmus. Ständig auf sich bezogen und sich selbst im Wege stehend, bewirkte der talentierte Staatschef, dass die Franzosen die Wiederwahl in ein Plebiszit für oder gegen seine Person verwandelten. Es fiel gegen ihn aus. Sarkozy verlor die Präsidentschaftswahl 2012 schon nach seiner Wahl 2007. Statt sich wie versprochen ein paar Tage in ein Kloster zurückzuziehen, um die neue Aufgabe innerlich vorzubereiten, «jetzsetete» er im Überschwang der Gefühle auf einer Milliardärsjacht; seine reichsten Freunde lud er ins Nobelrestaurant «Fouquet's» auf den Champs-Élysées ein, sich selbst sprach er eine präsidentiale Lohnerhöhung von 172 Prozent zu.

Damals hatte die Subprime-Krise nicht auf Europa übergegriffen, und der mutige Reformler hätte beginnen müssen, die Staatsfinanzen und die ganze Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Er verteilte aber elf Milliarden an Steuer- und anderen Geschenken.

Schon Ende 2007 fiel er in den Umfragekeller, und dort blieb er bis zum bitteren Ende. Dabei leistete er nachher bessere Arbeit. Der Gaullist erhöhte das Rentenalter von 60 auf 62 Jahre, er befreite die Universitäten vom Zen-

tralstaat, indem er ihnen mehr Autonomie einräumte; gegen die häufigen Metro- und Eisenbahnstreiks drückte er einen Mindestdienst durch. Vor allem ersetzte er nur jeden zweiten pensionierten Staatsbeamten, was immerhin zu einer leichten Reduktion des Staatsapparates um 160 000 auf fünf Millionen Beamte führte. Und schliesslich möbelte Sarkozy mit seinen vielbeachteten Auftritten und Missionen Frankreichs internationale Position auf.

Es half alles nichts mehr. In den letzten Wochen des Wahlkampfes spielte Sarkozy im Wissen um die katholische Landesseele den reumütigen Büsser; er versprach, im Falle eines Wahlsieges nie wieder auf eine Milliardärsjacht zu fliegen, nie wieder Zaungäste als «arme Deppen» zu beleidigen, nie wieder seinem Sohn einen Job zuzuschachern. «Ich habe Fehler gemacht», bekannte er im Februar mit treuherzigem Blick, und die Regionalzeitung *Sud-Ouest* kommentierte voller Ironie: «Chapeau, Herr Schauspieler!»

Er wolle «viel Kohle verdienen»

In Wahrheit hatte die Nation genug von den Selbstbespiegelungen. Als Sarkozy in den letzten Tagen über seine mögliche Niederlage sinnierte und trotzig meinte, in dem Fall werde er sich aus der Politik zurückziehen, zuckten die Franzosen nur noch mit den Schultern. Der Präsident merkte nicht, dass sich die Wähler gerade deswegen von ihm abwendeten. Noch am Wahlabend erklärte er seinen Anhängern voller Sentimentalität und in allem Ernst, er habe im Wahlkampf bewusst sehr wenig von sich selbst gesprochen – den Rest der Rede widmete er dann sich selbst. Unter anderem kündigte er ein «anderes Engagement» an; am Montag liess er durch einen Berater sodann mitteilen, er hänge die Politik an den Nagel.

Was er stattdessen tun will, lässt er offen. In der französischen Politik findet ein Ex-Präsident keinen ebenbürtigen Posten mehr; für einen internationalen Job kann Sarkozy zu wenig gut Englisch. Ob der frühere Geschäftsanwalt – wie auch schon – reichen Franzosen zu Genfer Bankkonten verhelfen will? Sarkozy sagte einmal, er wolle nach dem Elysée «viel Kohle verdienen». Fürs Erste sieht er aber nur, dass sein Vorgänger Valéry Giscard d'Estaing, der als ebenso brillant galt und die Wiederwahl 1981 gegen einen Sozialisten (François Mitterrand) verlor, seine Niederlage bis heute nicht überwunden hat. Giscard leidet daran seit 31 Jahren. Armer Sarkozy. ○

Scheinwerfer aus

Sie heiratete Frankreichs mächtigsten Mann und hat jetzt einen Frührentner daheim. Kein Leben, für das Carla Bruni-Sarkozy je etwas übrig hatte.

Von Beatrice Schlag

Keine Frau möchte einen arbeitslosen Nicolas Sarkozy auf der Couch sitzen haben. Die Vorstellung macht sofort nervös. Man muss kein erfolgsverwöhntes Supermodel sein, um sich den neuen Alltag des Ehepaars Sarkozy enorm anstrengend vorzustellen.

Carla Bruni war nicht nur ein höchst erfolgreiches Model. Die in Frankreich aufgewachsene italienische Industriellentochter wurde auch so reich geboren, dass sie nie hätte arbeiten müssen. Und so schön, gebildet und aufreizend, dass sie ganz ohne Vermögen ein Männertraum gewesen wäre. Ausserdem sah sie vor vier Jahren Sarkozys Ex-Frau Cécilia verblüffend ähnlich, die ihrem Mann kurz nach seiner Wahl davongelaufen war. Nur war Carla Bruni zehn Jahre jünger und faltenfreier. Angeblich war Cécilia Sarkozys grosse Liebe gewesen. Begeistert stellten Frankreichs Buntblätter die Bilder der alten und der neuen Frau nebeneinander. Die jähe Begeisterung des Premiers für Carla Bruni schien die perfekte Rache eines verlassenem Ehemanns.

Journalisten aller politischen Richtungen haben Sarkozy als hoffnungslosen Narzissten beschrieben. Das bedeutet nicht nur Selbstverliebtheit, sondern auch einen völligen Mangel an Mitgefühl. «Nicolas hat nie jemanden geliebt, nicht einmal seine Kinder», sagte Cécilia Sarkozy nach der Scheidung. Carla Bruni ihrerseits erzählte der Presse, sie habe sich Jahre vor ihrer Heirat in eine Psychoanalyse begeben, «um über meinen Narzissmus hinwegzukommen».

Als Carla Bruni Frankreichs Ministerpräsidenten kennenlernte, ging es ihr nicht gut. Sie hatte ihre Karriere als Model beendet und sehr erfolgreich als Sängerin und Liedermacherin debütiert. Ihr Privatleben allerdings war nicht besonders erfreulich. Die Frau, deren Liebschaften mit Stars wie Eric Clapton und Mick Jagger Schlagzeilen gemacht hatten, war vor kurzem sitzengelassen worden. Raphael Enthoven, der Vater ihres 2001 geborenen Sohnes Aurélien hatte sie verlassen. Der gutaussehende Philosophieprofessor, acht Jahre jünger als Carla Bruni, hatte nach sieben Jahren Zusammenleben genug.

Der vielbeschriebene Abend des *coup de foudre* zwischen Bruni und Sarkozy am 13. November 2007 im Haus des französischen Werbemoguls Jacques Séguéla war kein zufälliges Zusammentreffen. Carla Bruni, die Séguéla gefragt hatte, ob er nicht irgendwelche interessanten Männer kenne, die zu haben seien, wurde beim Dinner neben den frisch geschiedenen Premier gesetzt. Es war beidseitige Verliebtheit

auf den ersten Blick oder zumindest eine hingebungsvolle Zelebrierung derselben. Sarkozy, sagte Bruni, sei von Beginn weg entflammt gewesen: «Das bekommt man sehr selten von einem Mann. Ich war bereits 39, hatte einen Sohn, langsames Kennenlernen wäre normal gewesen. Aber er ist kein langsamer Mann.»

Am Strand von Scharm-el-Scheich

Für die Medien, die über das freigiebig vor der Kamera turtelnde Paar mit Begeisterung berichteten, war Carla Bruni anfänglich ein absoluter Glücksfall. Was hatte die schöne Première Dame – das Paar heiratete im Februar 2008 – nicht schon alles gesagt und gezeigt in ihrer freimütigen Vergangenheit! Es gab von ihr Nacktfotos zuhauf, von Monogamie hielt sie angeblich gar nichts, denn brennende Begierde halte ohnehin nicht länger als drei Wochen.

Nach den ersten Turtelbildern am Strand von Scharm-el-Scheich, Carla im Bikini, der kleine Präsident in Jeans und mit viel zu grosser Rolex am schmalen Handgelenk, wurden ihre Auftritte standesgemässer. Carla Bruni trug nun herrliche Abendroben, strenge Tailleurs und Hütchen, biedere Twinsets, Krokohandtaschen, dazu Ballerinas, um den mächtigen, aber schwächtigen Ehemann nicht allzu sehr zu überragen. Es waren lustvolle Verklei-

dungen. Die Rolle der First Lady machte Carla Bruni unübersehbar Spass.

Das Gespür dafür, dass die Wirtschaftskrise mehr als ein Ereignis war, das häufigere politische Krisensitzungen erforderte, ging dem Ehepaar Bruni-Sarkozy lange ab. Der Premier wurde in den Zeitungen schon monatelang als «président bling-bling» bezeichnet, bevor er begriff, dass die Begeisterung der Franzosen für den Glamour des Präsidentenpaares verfliegen war. Ob Sarkozy seine Frau zu mehr öffentlicher Bescheidenheit anhielt, oder ob die Gerüchte über eheliche Untreue zutrafen, ist ungewiss. Jedenfalls wurden Carla Brunis Auftritte bereits vor ihrer Schwangerschaft deutlich seltener.

Wenn sich die First Lady in den letzten zwei Jahren zeigte, gab nicht ihre Garderobe, sondern ihr Aussehen zu reden. Hatte zu viel Botox ihre einst so gutgelaunten Gesichtszüge erstarren lassen, oder war das Dasein an der Seite eines inzwischen mehr als unpopulären Gatten der Schönheit derart abträglich? Tatsache war, dass Carla weder ihr Mutterglück nach der Geburt von Tochter Giulia im vergangenen Oktober noch grossen Elan im Wahlkampf für den Ehemann zur Schau stellte. «Er wird mich in symbolträchtigen Momenten brauchen», sagte sie kurz vor der Wahl. Auf den Bildern Sarkozys nach der Niederlage ist Carla Bruni nicht zu sehen. ○



«Kein langsamer Mann»: Première Dame, 2008.



«Symbolträchtige Momente»: Bruni-Sarkozy, 2012.



«Wer Franzose ist, ist Franzose – und nichts sonst»: Front-national-Plakat.



Antikes Theater: Hafenumantik.



«Das ist schon nicht mehr Frankreich»: Muslime in Marseille.

Migrationslabor Marseille

Marseille ist im Begriff, die erste Metropole Europas mit einer muslimischen Mehrheit zu werden. Seit Jahren versucht die Stadtregierung mit einer Harmonie-Politik die Spannungen zu entschärfen. Das Experiment wird als Vorbild gepriesen. Doch unter der Oberfläche brodelte es. *Von Urs Gehriger*

Schmeichelnd streicht der Mistral den Hügel hinab, Kellner lassen vor den Brasserien Wasser in die Hummerbecken ein, hinter dem Vieux-Port liegt friedlich und glatt das Mittelmeer ...

So möchte man die Reportage über Marseille, die älteste Stadt Frankreichs, beginnen und sucht nach Worten, welche die ersten Eindrücke authentisch umschreiben, doch man liegt hier immer daneben, denn jedes Mal, wenn das Auge auf etwas verharret, verwandelt sich der Gegenstand in sein Gegenteil.

Die Hauptstadt der Provence, verführerisch und heimtückisch zugleich, hat eine wohlverdiente Reputation als rauher und ungehorsamer Ort. Seit 2600 Jahren prägen Immigranten das Stadtbild. Die meisten von ihnen sind übers Meer gekommen: Phönizier, Römer, Juden, Armenier, Araber und, seit Frankreich die koloniale Herrschaft über den Maghreb aufgegeben hat, auch die *pieds-noirs*.

Schon immer zog der Hafen schillernde Kreaturen an, Eroberer, Schmuggler, Drogenhändler. Immer hat sie die Stadt geschluckt und – wenn auch unter Blähungen – verdaut. Heute hat das «Tor zum Orient» nichts an Attraktivität eingebüsst. Wenn man hinausgeht in Richtung der unsichtbaren nordafrikanischen Küste, kann man sich die menschliche Flut von Flüchtlingen, Arbeitssuchenden und Glücksrittern lebhaft vorstellen, die, getrieben von politischer Unruhe und Armut, Kurs auf Europa nehmen.

«So sind sie»

«Man darf die Afrikaner oder Asiaten nicht im Glauben lassen, es gebe hier etwas für sie zu tun», sagt Monsieur Carotta im Büro des Front national, Sektion Innenstadt. Frankreich könne sich keine Fremden mehr leisten: 5 Millionen Arbeitslose, 10 Prozent unter der Armutsgrenze

lebend, 1,25 Millionen fehlende Wohnungen – eine Litanei der Krisenzahlen schießt aus ihm wie ein Wasserfall hervor. «Man muss sie von der Überfahrt abhalten, denn bei uns werden sie noch unglücklicher sein als zu Hause.»

Carotta, selbst Abkömmling von Einwanderern, ist Milizfunktionär und trotz Rentenalter im Einsatz. Zurzeit sitzt er am Telefon, nimmt Gratulationen für das spektakuläre Abschneiden von Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen entgegen. Er tut es mit einer Haltung – gerader Rücken, forschender Ton –, als handle es sich dabei um einen Staatsakt. Dazwischen erzählt er vom Krieg in Algerien. Für seinen Einsatz erhält er eine Rente von 51 Euro.

Carotta schüttelt den Kopf. «51 Euro! Dafür habe ich mein Leben aufs Spiel gesetzt.» Aber es sei eine Erfahrung fürs Leben gewesen. Auf dem Schlachtfeld habe man die wahre Natur der Araber kennengelernt. «Wenn sie einen von



40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit: Immigrantenquartier Le Clos la Rose.



70 Moscheen und Gebetsräume: Freitagsgebet.

uns geschnappt haben, haben sie «so» gemacht.» Er formt mit dem Zeigfinger ein Messer und zieht einen Kreis um sein Geschlechtsteil. «Abgeschnitten», sagt er. «So sind sie.»

Während in Europa die Immigration wächst, richten sich die Blicke nach Marseille. Es gilt als Labor der Moderne, als grosses Feldexperiment der Integration verschiedenster Kulturen. Von allen Grossstädten Europas hat Marseille den höchsten Prozentsatz an Muslimen. Wie viele es genau sind, ist offiziell nicht bekannt. In Frankreich würden Herkunfts-, Konfessions- und Rassenstatistiken dem republikanischen Prinzip der Egalité widersprechen. Muslime in Marseille selbst schätzen die Zahl ihrer Glaubensgemeinschaft auf 380 000. Das sind 43 Prozent der Gesamtbevölkerung von 880 000. Angesichts der hohen Geburtenrate unter Muslimen und bei Fortsetzung der Einwanderungspolitik (die unter einer sozialistischen Regierung kaum gebremst wird), könnte in Marseille innert weniger Jahre der Tipping Point erreicht sein, jener Moment also, wo die Muslime erstmals eine Mehrheit in einer europäischen Grossstadt stellen werden.

Seit Jahren prägen Muslime Marseille. Ihre Geschäfte und Souks sind aus der Innenstadt nicht mehr wegzudenken. Mehr als 70 Moscheen und Gebetsräume gibt es. Zu wenig,

wie es aus muslimischen Kreisen heisst. Im Norden ist die grösste Moschee Europas mit gigantischen Minaretten geplant. Bereits 2013 hätte sie eingeweiht werden sollen. Doch wegen Einsparungen des Front national, Geldproblemen und interner Querelen wurde das Projekt auf Eis gelegt.

«Bis heute ist Marseille eine Stadt, die es ermöglicht, in Ruhe und Frieden zusammenzuleben», sagt Lionel Dray, Stellvertreter des

Sand, Wasser und Sonne haben offenbar eine magische Wirkung auf den sozialen Frieden.

Grossrabbiners von Marseille. Es gebe Spannungen, das sei nicht zu leugnen. Jedes Mal, wenn im Nahen Osten etwas passiere oder wenn irgendwo ein Koran verbrannt werde, würden unter Muslimen die Wogen hochschlagen. Doch bisher hätten es muslimische, jüdische und christliche Würdenträger dank Dialog und Mässigung geschafft, ihre Gemeinden im Zaum zu halten. So auch im November 2005, dem bisher grössten Test. Als in Migrationsquartieren in fast allen französischen Städten Unruhen ausbrachen, blieb es in Marseille ruhig.

Nach den Gründen für die Fraternité gefragt, antwortet manch einer mit den Initialen OM – Olympique Marseille, der Fussballclub, hinter dem alle Marseiller stünden wie ein Mann. Oder sie zeigen auf den Strand. Sand, Wasser und Sonne haben offenbar eine magische Wirkung auf den sozialen Frieden.

«Immer schöner»

Marseille scheint also auf gutem Weg. Jedenfalls zeigt sich die Presse im deutschsprachigen Raum beeindruckt bis begeistert. Als der Spiegel vor einem Jahr jemanden in die Stadt schickte, schwärmte die Journalistin vom «Vorzeigemodell geglückter Integration», wo Einwandererkinder bis zum Fussballprofi (Zidane) aufsteigen. Auch der «Baedeker», Reiseführer der gehobenen Klasse, preist die Hafenstadt als «multikulturellen Schmelztiegel» und verweist auf das imposante Kulturangebot: Nirgendwo gibt es so viele Theaterbesucher wie in Marseille. Prachtvoll wurde die Jugendstil-Oper renoviert. Nicht einmal Paris – drei TGV-Stunden entfernt – bietet eine solche Auswahl an Schauspielhäusern. Und: Das Zentrum ist sauber, wie mit dem Kärcher blank gespritzt.

«Marseille wird einfach immer schöner», sagt Jean-Claude Gaudin, der Stadtpräsident.

Siebzehn Jahre bereits dauert sein Regnum. Auch physisch scheint «Godäng», wie die Mar-seiller seinen Namen herb prononcieren, eine Metamorphose zum Stadtkönig vollzogen zu haben. Mehr breit als hoch, im feinen Zwirn, silbergrau das Haar, residiert er im Hôtel de Ville, direkt am Hafen, mit bester Aussicht auf die Segelboote und die Notre-Dame-de-la-Garde, die hoch oben über der Stadt thront.

Eben hat er in der alten Charité feierlich eine Hundertwasser-Ausstellung eröffnet: «Le rêve de la couleur» wurde der Anlass getauft. Der Name könnte auch für Gaudins Regierungsmotto stehen. Unermüdlich propagiert er den Traum von seiner farbigen Stadt, stolz verweist er auf seine Harmoniepolitik, wie er seit den neunziger Jahren mit Projekten wie «Marseille Espérance» (Hoffnung Marseille) das friedliche Miteinander von Juden, Christen, Buddhisten und Muslimen gefördert habe.

Wer eben am Gare St-Charles angekommen ist und über die Prachtallee Canebière zum Vieux-Port flaniert, ist geneigt, Gaudin zu glauben. Wer ab und zu in einer französischen Zeitung liest, erinnert sich an etwas andere, dumpfere Botschaften: «A Marseille, les armes descendent dans la rue» (*Libération*); «L'emprise de la drogue» (*Le Monde*); «Peurs sur la ville» (*L'Express*). Und sobald man mit den Menschen spricht, bröckelt Gaudins Idyll. «Schauen Sie doch bloss, wer unten am Hafen in welchen Bus steigt», sagt ein Mann aus den Komoren, dem Inselstaat zwischen Mosambique und Madagaskar. «Die Weissen fahren in den Süden, die Dunklen in den Norden.»

Im Griff der Drogenbanden

Topografisch ähnelt Marseille einem antiken Theater, natürlich begrenzt durch Hügelzüge, welche die Stadt umschliessen. *Banlieues* gibt es keine, dennoch ist die Stadt in Arm und Reich geteilt. Die Wohlhabenden vorwiegend weisser Hautfarbe leben im Süden, der sich bis zum mondänen Plage du Prado erstreckt. Im Norden hausen die Armen. Anmutig sind hier einzig die Quartiernamen: Saint-Antoine, La Castellane oder Cité de la Solidarité. Die Einkommen liegen hier dreimal tiefer als im Süden.

Eine Problemzone ersten Ranges im 13. Arrondissement trägt den Namen «Le Clos la Rose» (frei übersetzt: Privater Rosengarten). Freitagmittag: Wie ausgestorben ruht das Quartier unter azurblauem Himmel. Weder ein Garten noch eine Rose, noch sonst eine Blume ist weit und breit zu sehen, stattdessen erheben sich Wohnblöcke kreuz und quer. Le Clos la Rose ist fest im Griff der Drogenbanden, die Siedlung gehört zu jenen Nordquartieren, die während der letzten drei Jahre zu einem veritablen Kriegsschauplatz geworden sind. 2011 verzeichnete Marseille 38 Abrechnungsdelikte im Drogenmilieu, 13 Mal endeten sie tödlich. Die blutige Serie bricht nicht ab. Allein im April gab es 3 Tote.

Omar Berriche, 30, öffnet die Autotür und lädt zu einer Erkundungsfahrt ein. «Sie werden immer jünger», sagt er, während er im Schleichgang durch die Häuserschluchten kurvt. «Der Junge dort ist ein *chouffe*», ein Späher. Berriche zeigt auf einen Teenager, kaum sechzehnjährig, der vor einem Hauseingang in einem Sofa fläzt. «Er darf seinen Platz nicht verlassen, bis er abgelöst wird.»

Der Späher sei nur das sichtbare Tentakel des Kraken, erklärt Berriche. Irgendwo in den Gebäuden sitzen die *rabbatteurs*, die Verkäufer. Diese werden versorgt von den *ravitailleurs*, den Lieferanten, die für den Nachschub zuständig sind und beträchtlich mehr verdienen als die anderen. Sie wiederum werden gespiesen von den *nourrices*, Zulieferern, einer Art Grossisten, welche die Ware in den Quartieren horten. Im Unterschied zu den anderen im Dealer-Netzwerk haben sie meist einen sauberen Leumund, bleiben ausser Sichtweite und haben keinen Kontakt zu den Kunden. Oft werden für diese Rolle alleinerziehende Mütter engagiert.

«Stehend k.o.»

Vierzig Prozent plus beträgt die Jugendarbeitslosigkeit im Norden. Für Teenager bietet das Drogennetz eine verlockende Geldquelle und ist oft der einzige Ort, wo ihnen Disziplin vermittelt wird. Jeden Morgen würden die Bosse ihren Truppen verschiedene Aufgaben zuteilen, der Dienst werde rigoros kontrolliert, erzählt Berriche. Dutzende solcher Netzwerke gebe es in Marseille, die sich gegenseitig Platz und Kundschaft streitig machten. Kaum einer der jungen Montagues und Capulets, die keine Waffe besitzen. Kalaschnikows sind en vogue. Angeblich stammen sie aus Rumänien. Für

500 Euro sind sie zu haben – billiger als ein Motorrad.

«Das ganze Quartier ist stehend k.o.», sagt Berriche. Als Sohn algerischer Einwanderer zusammen mit sechs Geschwistern im Quartier aufgewachsen, kennt er hier jedes Gesicht und jeden Leumund. Auch er habe früher *bêtises* gemacht, sagt Berriche, anderthalb Jahre habe er hinter Gitter verbracht. 25 Tage sogar in Lugano, wegen Kreditkartenfälschung. Ein Paradies sei das gewesen im Vergleich zu den französischen Strafanstalten: keine Schläge, keine Beleidigungen.

Vor paar Monaten hat Berriche einen «Snack» eröffnet, eine Art Jugendtreff mit drei Game-Konsolen und einer Mikrowellenküche, die günstige Sandwiches, Salat und Soft Drinks serviert. Für viele Jungen ist Berriche eine Art Ersatzvater, der ab und zu nach ihrem Wohlbefinden fragt. Und der «Snack» ist die einzige Abwechslung auf der Speisekarte. Zu Hause im Wohnsilo reicht es den kinderreichen Migrantenfamilien selten zu mehr als Café complet, Milchkafee mit weichem Weissbrot.

Dass Marine Le Pen in der Präsidentenwahl in Clos la Rose 26 Prozent der Stimmen geholt hat (Platz zwei hinter Hollande), überrascht hier niemanden. Die Stimmung oszilliert zwischen Hoffnungslosigkeit, Frust und Sehnsucht nach Stabilität.

«Multikulti ist ein Phantom»

Mindestens vierzig Personen werden gemäss Polizeiangaben monatlich wegen Drogenhandels verhaftet. Wenn die Polizisten im Quartier einfahren, hagelt es von den Balkonen Steine und Boule-Kugeln. «Das Problem wird die Polizei nie lösen», sagt Berriche, «weil die Politik das nicht will.» Wie Berriche glauben



Neinander der Kulturen: Moscheen, Kirchen und Synagogen in der Innenstadt.

hier viele, dass die Macht der Drogenkartelle der Grund dafür ist, dass es bisher keine Massenausbreitungen gab wie in Paris oder Lyon. «Die Dealer spielen die Rolle der Stossdämpfer», so Berriche. «Man lässt sie nach der zynischen Maxime gewähren: Solange sie im eigenen Getto ihr Drogengeld verdienen, schlagen sie im weissen Süden keine Autos kaputt.»

Im Büro Innenstadt des Front national ist unterdessen der Kreischef eingetroffen. Die Gewalt im Norden sei ein Krebsgeschwür, sagt Laurent Comas. Noch mehr stört ihn allerdings die zunehmende muslimische Präsenz im Stadtzentrum. «Wir fühlen uns in der eigenen Stadt nicht mehr zu Hause», klagt er und weiss damit eine wachsende Minderheit der Bevölkerung hinter sich. Die abendländische christliche Kultur werde sukzessive verdrängt. Selbst im Zentrum mache sich der Orient breit.

Im Belsunce-Quartier, fünf Gehminuten vom Vieux-Port entfernt, weht ein Hauch von Casablanca. Doch was auf den ersten Blick wie ein kompakter muslimischer Mikrokosmos erscheint, entpuppt sich bald als nach Herkunft getrenntes, argwöhnisches Nebeneinander. «Marokkaner, Tunesier, Algerier, Komorer, alle bleiben unter sich», sagt Omar Dschellil, 40, langjähriger Sekretär der Taqwa-Moschee, des ältesten muslimischen Gebetshauses in der Stadt. «Solidarität und Durchmischung gibt es auch unter uns Muslimen nicht.» Der Multikulturalismus? «Das ist bloss ein Phantom.»

Auch von Gaudins Harmoniepolitik hält er «weniger als nichts». Sie sei eine Farce. Das ganze Politestablishment trenne das Volk, statt es zu vereinen. Dutzende Anlässe für Minderheiten organisiere die Stadt: vom Wettbewerb im Couscous-Kochen über Kurse in Kalligrafie bis zum Djembe-Trommeln für

Ivorier. «Wenn man eine Gruppe in ihr kulturelles Getto verweist, kreiert man Rassismus», sagt Dschellil.

Dschellil gehört zu den schillerndsten Figuren der Stadtpolitik. Er entstammt einer algerischen Militärfamilie. Sein Grossvater und dessen Brüder hatten für die Franzosen gekämpft, in Monte Cassino, Indochina und Algerien. In Frankreich geboren, begann er sich früh in der Politik zu engagieren, zuerst bei den Sozialisten. Die seien am schlimmsten, sagt Dschellil. Null Aufstiegschancen gebe es da für einen wie ihn. Weder Schwarze noch Araber liessen sie ins Kader aufsteigen. Nach zehn Jahren gab er den Austritt.

Letztes Jahr entschloss er sich zu einem unerhörten Schritt. In einer Art Überraschungscoup suchte er den Schulterschluss mit dem Front national. Sein Partner auf der anderen Seite: Stéphane Durbec, 40, Ziehsohn schwarzer Hautfarbe von Jean-Marie Le Pen, genannt «Obama der Rechten». Zusammen haben sie die Alliance Républicaine Ethique (ARE) ins Leben gerufen. Dschellil und Durbec sehen sich als «Kinder der Republik», teilen die «Liebe zur Flagge» und tragen «Frankreich im Herzen». Ihr Ziel: eine radikale Umsetzung der laizistischen Verfassung. «Man muss aufhören, die Bürger über ihre Religion, Rasse oder soziale Herkunft zu identifizieren», so Durbec. «Wer Franzose ist, ist Franzose – und nichts sonst.»

Bald weckte der pragmatische Dschellil das Interesse Jean-Marie Le Pens. Der Doyen des Front nahm eine Einladung an, die Taqwa-Moschee zu besuchen, und ass in einem Kreis von Arabern sogar Hallal-Fleisch. Vier Mal kam Le Pen mit Dschellil zusammen. Auf Youtube sind minutenlange Mitschnitte ihrer

Treffen zu sehen. Le Pen lobt Dschellil als «Patrioten». Dschellil seinerseits nennt Le Pen «Freund» und einen «grossen Franzosen».

Dessen Tochter Marine hingegen habe ihn nie sprechen wollen, bedauert Dschellil. Im Gegensatz zu ihrem Vater habe sie die Konfrontation mit den Muslimen gewählt. Sie stehe unter Einfluss des Vize, Louis Aliot, ihres Lebensgefährten, eines Zionisten. Stéphane «Obama» Durbec bezeichnet Marine sogar als rassistisch und islamophob. Vor paar Wochen trat er unter Protest nach 25 Jahren aus dem Front national aus. Damit war auch die zaghafte Annäherung zwischen Marseiller Muslimen und dem Front national gescheitert.

«Wir spüren den Stress»

Was viele Marseiller beunruhigt, ist nicht die Angst, dass das multiethnische Versuchslabor in einem gewaltigen Knall explodiert, sondern, dass die Gesellschaft langsam zerbröselt, Identität und Gemeinsinn völlig abhandkommen. Nicht in einer drohenden Welle des Islamismus liege die Gefahr, sondern im schleichenden Tolerieren von Gewalt.

In Frankreich Jude zu sein, sei wieder schwierig geworden, sagt Rabbiner Lionel Dray. «Seit den Anschlägen von Toulouse fühlen wir den Stress.» Jede Synagoge, jede Schule der Jüdischen Gemeinde in Marseille (rund 70 000 Gläubige) werde von der Police nationale bewacht. Das sei unangenehm. Was ihn noch mehr stört, ist das Schweigen der Massen. Wo ist die Solidarität der Muslime? Wo ihr Bekenntnis zum Staat und gegen die Gewalt der Radikalen in ihren Reihen?

Für Gaudin, den Harmonie-König im Bürgermeisteramt, gehören die Spannungen zum Alltag einer multiethnischen Metropole. Er ist bereits absorbiert von seinem nächsten Projekt. Es soll sein grösstes werden. 2013 ist Marseille Kulturhauptstadt Europas. Fünfzig neue Kulturmagnete sollen in Marseille und der Provence gebaut werden. Veranschlagte Kosten für die Region: 600 Millionen Euro. Ausserdem gastiert die Gay Pride, die Schwulen- und Lesbenparade, in der Hafenstadt.

Gaudin wird die Besucherströme an den «Problemzonen» vorbei direkt an die prächtige Küste lenken. In den nördlichen Gettos hat sich längst eine Gegenkultur etabliert. Seit den achtziger Jahren haben Migranten in der Hip-Hop-Kultur ein Ventil gefunden. Heute ist der französische Hip-Hop-Markt nach dem der USA der zweitgrösste der Welt, vor allem dank der Künstler aus Marseille.

Die wenigsten jedoch haben den Sprung aus ihren Trabantsiedlungen geschafft. Sie tragen martialische Namen wie L'Algérino, Kalash L'Afro, oder Puissance Nord. Ihre Sprechreime hören sich an wie ein zynischer Abgesang auf Gaudins *mélange*-Laboratorium: «Tu veux savoir ce que j'en pense?», fragt Sat L'Artificier in seiner Ode an Marseille City. «Pour moi, Marseille, c'est déjà plus la France.» ○



Besuch in der Moschee: Patriot Le Pen (m.) mit Omar Dschellil (l.) und Stéphane «Obama» Durbec.

«Ich weiche keiner Frage aus»

Egon Krenz, 75, war das letzte Staatsoberhaupt der «deutschen demokratischen Republik» (DDR). Heute lebt er als Rentner in Berlin. Dem kommunistischen Experiment trauert er durchaus nach. Die Schuld am Kalten Krieg und an der Berliner Mauer trage nicht die DDR. *Von Matthias Ackeret*

Herr Krenz, Sie wohnen in Ihrem früheren Wahlkreis. Den hat jetzt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Haben Sie Frau Merkel schon einmal getroffen?

Nein. Wir haben aber eine Gemeinsamkeit im Lebenslauf. Beide waren wir in der Freien Deutschen Jugend (FDJ), wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten und auf anderen Ebenen. Ihre Ausbildung in der DDR war offensichtlich sehr gut. Intellektuell ist sie vielen ihrer Kollegen deutlich überlegen.

«Unsere Niederlage ist noch lange nicht der Sieg des Kapitalismus.»

Mit Joachim Gauck steht seit kurzem auch ein Ostdeutscher an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland. Empfinden Sie dies als verspätete Rache an der DDR-Führung?

Nicht an der DDR-Führung, aber an Frau Merkel. SPD und Grüne haben Gauck ursprünglich nominiert, um Merkel zu ärgern. Das war zu einem Zeitpunkt, als sie wussten, dass der Mann keine Chance in der Bundesversammlung haben würde. Nach dem frühen Rücktritt von Wulff war die Situation anders. SPD und Grüne hatten keinen Handlungsspielraum mehr. Sie mussten Gauck nominieren, wenn sie nicht ihr Gesicht verlieren wollten. Die FDP wollte eine Stärke zeigen, die sie gar nicht mehr hat. So wurde Joachim Gauck Präsident. Mit der DDR hat das doch nichts zu tun.

Ist für Sie der ehemalige Priester Gauck diese moralische Instanz, als die er bei uns gefeiert wird?

Viele Menschen in Ostdeutschland sind skeptisch. Hans-Jochen Tschiche, einst Pfarrer und Mitbegründer des Neuen Forums, bringt das auf den Punkt: Gauck sei jetzt «dort angekommen, wo er immer hinwollte – im konservativen Teil der westlichen Gesellschaft». Eine moralische Instanz ist für mich zum Beispiel der Schweizer Globalisierungs- und Sozialkritiker Jean Ziegler. Zugunsten von Gauck, der ganz allgemein über Freiheit sprach, wurde Ziegler als Redner gegen die Armut in der Welt bei den Salzburger Festspielen eingeladen. Mit Moral hat das nichts zu tun.



«Eine moralische Instanz ist für mich Jean Ziegler»: DDR-Funktionär Krenz, 1985 in Berlin.

Hat der Osten die besseren Politiker?

Die territoriale Herkunft sagt nichts über den Inhalt von Politik. Interessanter ist, dass Ostdeutschland 20 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik stellt. Hingegen liegt der Anteil von Ostdeutschen am höheren Führungspersonal in der Justiz und dem Militär bei 0 Prozent, in der Wirtschaft bei 0,4 Prozent, in der Verwaltung bei 2,5 Prozent, in der Wissenschaft bei 7,3 Prozent, in den Medien bei 11,8 Prozent, in den Gewerkschaften bei 12,4 Prozent. Selbst auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist die knappe Hälfte des Führungspersonals nicht von den Einwohnern aus der Region besetzt. Die frühere DDR-Elite wurde nach 1990 zu 85 Prozent ins politische und ökonomische Abseits gestellt.

Sie sassen wegen der Schüsse an der Berliner Mauer mehrere Jahre im Gefängnis und galten während der Wende auch als Hassfigur vieler Ostdeutschen. Wie begegnen Ihnen die Leute heute im Osten der Bundesrepublik, 22 Jahre nach dem Mauerfall?

Begleiten Sie mich einmal bei Veranstaltungen, auf denen ich spreche oder meine Bücher vorstelle. Vielleicht kämen Sie dann zu dem Urteil: Nicht immer stimmt das von Medien vermittelte Bild mit der Realität überein.

Werden Sie noch viel auf die Schüsse an der Mauer angesprochen? Und wie reagieren Sie darauf?

Ich weiche keiner Frage aus. Ich wundere mich nur, mit welcher Geschichtslosigkeit dieses Thema von der offiziellen Politik behandelt wird. Es wird so getan, als hätten sich Kommunisten irgendwann ein-

fallen lassen, Deutschland zu spalten und die Deutschen in ihrem Machtbereich fortwährend mit Reiseverboten zu ärgern. Das Schanddatum der Deutschen ist nicht der 13. August 1961, sondern der 30. Januar 1933. Ohne Machtergreifung der deutschen Faschisten kein Zweiter Weltkrieg. Ohne Krieg keine Niederlage, keine Abkommen von Jalta und Potsdam, keine Spaltung, keine Mauer in Berlin. Indem man die Folgen des Kalten Krieges auf die Schultern der DDR ablädt, soll von den Gebrechen der Gegenwart abgelenkt werden.

Fühlen Sie sich von der Bundesrepublik schlecht behandelt?

Ich habe es nicht anders erwartet. Viele Menschen sehen heute ihre Hoffnungen enttäuscht. Laut Umfragen fühlen sich noch immer drei von vier Ostdeutschen als Bürger «zweiter Klasse». Nach über zwanzig Jahren

«Es irrt aber, wer meint, der Sozialismus könne aus Kuba weg-<reformiert> werden.»

staatlicher Einheit sind die Renten im Osten im Durchschnitt um 15 Prozent niedriger als im Westen. Schlimmer noch ist es bei den Löhnen. Die Arbeitslosigkeit ist fast doppelt so hoch.

Der zurückgetretene Bundespräsident Christian Wulff erhält einen Ehrensold von beinahe 200 000 Euro. Was halten Sie davon?

Tatsachen sind überzeugender als Empfindungen. Als Staatsoberhaupt der DDR habe ich monatlich 5000 DDR-Mark verdient, 60 000 DDR-Mark im Jahr. Die Bundesregierung und mit ihr das Bundesverfassungsgericht sind heute der Meinung, dies sei kein Arbeitsentgelt gewesen, sondern eine «Prämie für Systemtreue». Ehemaligen Politikern der DDR werden die Renten gekürzt. Rentenrecht wurde so zum Strafrecht. Der Uno-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat dies in einem Bericht vom 20. Mai 2011 als Verletzung der Menschenrechte gerügt.

Sie sind soeben nach China, Russland und Vietnam gereist. Wie wurden Sie dort empfangen?

Herzlich und als Freund. In diesen Ländern und auch in Kuba wurde mein Buch «Herbst '89» veröffentlicht. Der Präsident Vietnams hat im Gespräch mit mir unterstrichen, dass die Bevölkerung seines Landes nie den Beitrag der DDR im Kampf gegen die USA-Aggression vergessen werde.

In Vietnam sind Sie auf den mecklenburgischen Ministerpräsidenten gestossen?

Er war nur zur gleichen Zeit am gleichen Ort. Ich hätte keine Berührungängste gehabt. Als Mann, der aus Nordrhein-West-

falen stammt, hat er ein bemerkenswert entkrampftes Verhältnis zur DDR-Vergangenheit.

Gibt es die internationale Linke noch?

Natürlich, schauen Sie nur nach Lateinamerika. Dort spricht man vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Im Europaparlament hat Die Linke eine eigene Fraktion.

Kann Kuba in der jetzigen Form überhaupt überleben?

Kuba verändert und modernisiert sich und will nie wieder Hinterhof der USA sein. Es irrt aber, wer meint, der Sozialismus könne aus Kuba weg-<reformiert> werden.

Würden Sie sich heute noch als Kommunisten bezeichnen?

Warum sollte ich mich mit 75 Jahren umorientieren? Unsere Niederlage ist noch lange nicht der Sieg des Kapitalismus. Nein, meine Ideale habe ich auch nach 1990 nicht verloren.

Was zeichnet heute einen Kommunisten aus?

Ich bin kein Moralist und stelle weder Genoch Verbote auf. Für mich gehört das Wissen um die notwendigen Entwicklungen in der Gesellschaft zu meinen Überzeugungen und auch das richtige Mass an produktiver Trauer über verpasste Chancen. Frieden auf der Welt und soziale Gerechtigkeit bleiben die wichtigsten Ziele.

Was waren die entscheidenden Fehler, die Sie gemacht haben?

Darüber habe ich ein ganzes Buch geschrieben: «Herbst '89».

Empfinden Sie eigentlich Skrupel gegenüber Ihrem einstigen Ziehvater Erich Honecker, den Sie gestürzt haben?

Meine Biografie war über Jahrzehnte mit der von Erich Honecker verbunden. Das habe



«Gute Ausbildung»: Bundeskanzlerin Merkel.



«Viele sind skeptisch»: Bundespräsident Gauck.

Begegnungen

«Herr Krenz, wird alles gut?»

Ein Besuch bei Egon Krenz in Ostberlin. Oder wie der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR nach Schaffhausen kam.



Der Autor (l.) mit Krenz, 1990 in Ostberlin.

Ausgerechnet in den brisantesten Tagen der deutschen Nachkriegsgeschichte, dem Fall der Berliner Mauer 1989, war Egon Krenz an den Hebeln der Macht und bewegte für Momente die Scharniere der Weltgeschichte.

Dass es am 9. November 1989 nicht zu einem Blutbad an der innerdeutschen Grenze kam, ist auch das Verdienst von Krenz. Gedankt hat es ihm niemand.

«Es stand alles auf der Kippe», sagt Krenz und nippt an seinem Mineralwasser. Vielleicht gehört es zu seiner Tragik, dass er sich als Hassfigur nicht eignet, vom Hellden aber doch entfernt ist.

Die Zeiten haben sich geändert: Viele Ostdeutsche haben sich mit ihrem einstigen Staatsoberhaupt arrangiert. Nach einem mehrjährigen Gefängnisaufenthalt tourt er als Buchautor durch die neuen Bundesländer und macht seinen ehemaligen Genossen in Lesungen und Vorträgen Hoffnung auf eine Welt, die so nicht mehr kommen wird.

Ironie der Geschichte: Der jetzige Wohnort von Egon Krenz, das Ostseebad Dierhagen, ist heute Angela Merkels Wahlkreis. Doch Krenz hatte – das ist sein stiller Triumph – zu seinen aktiven Politzeiten die weitaus besseren Wahlergebnisse. Wenn sie auch nicht freiwillig zustande kamen.

Meine erste Krenz-Begegnung liegt 22 Jahre zurück. Es war am 4. Oktober 1990 in Berlin, ein Tag nach der offiziellen Wiedervereinigungsfeier vor dem Reichstag.

Mit Walter Studer, dem damaligen Chefredaktor der Gratiszeitung *Schaffhauser Bock*, fuhr ich am nächsten Morgen in einem Opel Corsa durchs verregnete Berlin zum Majakowskiring, dem Wohnort von Krenz.

Ich wollte wissen, wie sich ein ehemaliges Staatsoberhaupt fühlt, dessen Staat ihm gerade unter den Füßen weggerissen wird. Bewaffnet mit der Krenz-Biografie «Wenn Mauern fallen» klingelten wir an der Türe seines Wohnhauses. Lange regte sich nichts, dann hörte ich Schritte und der ehemalige Generalsekretär öffnete vorsichtig die Türe. Die einstige Machtfülle hatte sich auf Pumphosen reduziert. Er wirkte müde.

«Herr Krenz, wie geht es Ihnen?»

«Nicht sehr gut.»

Mein Kollege versuchte zu trösten: «Herr Krenz», sagte er und schlug dem Ex-Staatsratsvorsitzenden aufmunternd auf die Schultern, «es wird schon wieder alles gut.»

«Wenn wir solche Bundesräte hätten»

Zwei Monate später, Anfang 1991, eine weitere Begegnung mit Krenz. Der *Schaffhauser Bock* hatte den ehemaligen Spitzen-genossen aufgrund unseres Berlin-Besuchs zu einem Referat mit dem Titel «So ging die DDR unter» nach Schaffhausen eingeladen. Das Publikum: bürgerliche Politiker und Gewerbetreibende. Die Gage: 1000 Franken.

Die Veranstaltung in den Redaktionsräumen der Zeitung war ein Erfolg, die eingeladenen FDPler und SVPLer gerieten wegen des Generalsekretärs a. D. aus dem Häuschen. «Wenn wir solche Bundesräte hätten», raunte ein stadtbekannter Unternehmer.

Nur für den damaligen Verleger des *Schaffhauser Bocks* hatte die Veranstaltung Konsequenzen: Die Behörden vermuteten hinter dem Krenz-Besuch eine konspirative Begegnung zum Verschieben von SED-Geldern. Der Verdacht löste sich schon bald in Luft auf.

Als ich Krenz jetzt, beinahe ein Vierteljahrhundert später, im Zürcher Bahnhofrestaurant «Au Premier» von dieser Begebenheit erzähle, lächelt er nur.

Sein Geheimdienst wäre effizienter gewesen. *Matthias Ackeret*

ich nicht aus meinem Gedächtnis gestrichen. Seine Ablösung im Oktober 1989 war notwendig.

Kam es später zwischen Ihnen und Honecker noch zu einer Aussprache?

Ja, zum letzten Mal am 3. Dezember 1989, als ich von meinen Funktionen zurückgetreten war. Wie man danach mit ihm umgegangen ist, empfinde ich als Skandal. Der todkranke Mann wurde vor Gericht gestellt und in das Gefängnis Berlin-Moabit eingeliefert, in das ihn 1935 schon die Gestapo sperrte. Zu verantworten haben das jene Politiker, die ihn noch 1987 mit allen Ehren in Bonn zu einem Staatsbesuch empfingen.

Wie war eigentlich Ihr Verhältnis zu Michail Gorbatschow?

Ihm habe ich zu lange vertraut. Wenn er nachträglich behauptet, sein Lebensziel sei die Vernichtung des Kommunismus gewesen, ist das Unsinn. Diese Begründung für sein Versagen ist ihm offensichtlich erst eingefallen, seit er als hochbezahlter Redner durch die Welt tingelt.

Ihr einstiger Mitkämpfer, das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski behauptete

«War die Welt vor 1989 besser als heute?» – «Sie ist heute weder sicherer noch sozialer.»

in einem Fernseh-Interview, dass Sie sich nie ernsthaft mit dem Scheitern der DDR auseinandergesetzt hätten. Sind Sie selber das Opfer einer gewissen «Ostalgie» geworden?

Ich kommentiere nicht, was ein Mann, der sich 1990 über Nacht um 180 Grad gewendet hat, von sich gibt.

War die Welt vor 1989 besser als heute?

Sie ist heute weder sicherer noch sozialer. Als am 9. November 1989 in Berlin glücklicherweise Sekt und nicht Blut floss, hätte ich mir nicht vorstellen wollen, dass Deutschland kurze Zeit später wieder Krieg führt, wie etwa gegen Jugoslawien und Afghanistan. Das wäre zu DDR-Zeiten undenkbar gewesen. Auf dem jüngsten CDU-Parteitag in Leipzig schwärmte einer ihrer Sprecher: «Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen.» Altkanzler Helmut Schmidt sprach auch mir aus dem Herzen, als er eine solche Aussage «schändliche deutschnationale Kraftmeierei» nannte.

Wie empfinden Sie die Schweiz?

Ich mag die Freundlichkeit der Schweizer.

Salopp gefragt: Ist die Schweiz nicht eine gute Alternative zur untergegangenen DDR?

Dazu sollte sie ja wohl erst einmal sozialistisch sein. (*Lacht*) Das erreicht wohl nicht einmal die Kavallerie eines ehemaligen deutschen Finanzministers. ○

Im Dschungelcamp von «Chelski»

Eine Milliarde hat Roman Abramowitsch schon für einen Pokal verschleudert, der 15 Liter Champagner fasst. Roberto Di Matteo könnte ihn einschenken. Der Überraschungstrainer aus Schaffhausen steht mit Chelsea im Final der Champions League. *Von Peter Hartmann*

Roberto Di Matteos Erfolgssträhne wird immer unheimlicher: Der Trainer, der aus Schaffhausen kam, holte sich als Temporärarbeiter auf der Coaching-Bank des FC Chelsea den englischen Cup mit einem 2:1-Finalsieg über den FC Liverpool. Ganz England applaudiert. Aber das ist kein Happy End.

Denn das Spiel, eine Art «Dschungelcamp», läuft weiter als zynisch inszenierter Selbsterhaltungskampf eines Fußballtrainers, in England «Manager» genannt, der einem zwielichtigen Oligarchen auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist. Das Duell zwischen dem zweifelnden Russen und seinem Angestellten entscheidet sich vermutlich am 19. Mai in München im Endspiel gegen die Bayern.

Gewinnt Roberto Di Matteo, 41, die Champions League, ist er der Held und Roman Abramowitsch am Ziel seiner Wünsche. Aber es bedeutet nicht unbedingt, dass der Trainer seinem Arbeitgeber gefällt. Diese Zurücksetzung hat Jupp Heynckes, der Trainer des FC Bayern München und jetzt der direkte Rivale Di Matteos im Final, schmerzlich erfahren, als er mit Real 1998 die Trophäe eroberte und Madrid dennoch verlassen musste.

Vom Waisen zum schwerreichen Broker

Der Erdöl- und Metallmagnat Abramowitsch, 46, sucht Prestige und Glamour, Anerkennung und berühmte Namen zur Dekoration seines Egos. Er sammelt, was teuer ist, für seine Kunstsammlung (Kaufte er den «Schrei» von Munch?) wie für seine Fussballmannschaft. Die längste Jacht, den teuersten Palast, den exklusivsten Ferrari und den Trainer, um den ihn alle beneiden. Und endlich soll ihm auch dieser lächerliche Pokal gehören mit einem Materialwert von 2200 Euro und einem Fassungsvermögen von 15 Liter Champagner.

Er gilt als Machtspieler, der überzeugt ist, nie zu verlieren. Mit vier Jahren war Roman Arkadjewitsch schon Waise, er wuchs bei einem Onkel in Sibirien auf. Er studierte an der Gubkin-Universität Erdölingenieurwissenschaften, nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes kaufte er riesige Mengen billigen staatlichen Erdöls und verkaufte es zu hohen Weltmarktpreisen ins Ausland. Er gründete mit Boris Beresowski die Gesellschaft Sibneft und bootete seinen Partner aus, der ins Londoner Exil flüchtete. Abramowitsch gilt als der Strippenzieher, der mit



Mann der Endspiele: Chelsea-Trainer Di Matteo.

Tantiemen aus seinen Ölgeschäften Wladimir Putin reich gemacht hat.

Seine Lust am Fussball erwachte, als er im Fernsehen ein Spiel mit Chelsea und dem kleinen italienischen Ballzauberer Gianfranco Zola verfolgte. Manchmal taucht hinter der Glasscheibe des Besitzer-Séparées an der Stamford Bridge das fünfstagebärtige Clownsgesicht des Oligarchen auf, der in neun Jahren schon mehr als eine Milliarde Euro verschwendet hat für sein Fussballspielzeug. Aber die Beifallsstürme in diesem engen Stadion – das einzig kleine unter allen Projekten des Russen, es fasst nur 41 000 Zuschauer – gelten nicht ihm. Sie sind ein Plebiszit für diesen andern Mann, der an seinen unsichtbaren Fäden hängt und aus dem er nicht klug wird. Volkes Stimme, das Massenblatt *The Sun*, fordert immer lauter: «Give Rob the job!»

Guru-Status

Rob sitzt wie ein kaugummikauender Buddha in seinem Trainersessel, mit rätselhaft starren Mandelaugen, der Schädel kahlgeschoren, und wenn die Fernsehkamera auf ihn zoomt, wird kein Mensch, ausser natürlich die Fussballschweiz, darauf kommen, dass Roberto Di Matteo an der Stahlwerkstrasse in Schaffhausen aufgewachsen und der kehlige, melodische Rheinfall-Dialekt seine Muttersprache ist.

Der Trainer-Nobody ist über Nacht in einen Guru-Status hineingewachsen, als Gegenfigur zum Magier Pep Guardiola, seit sich ihre Wege schicksalhaft kreuzten in der Champions League und Di Matteo als *caretaker*, als Lückenbüsser, dem katalanischen Spielphilosophen und Systemerfinder die Tür zum Final zumachte. Guardiola will sich jetzt eine Auszeit nehmen. Abramowitsch umwirbt ihn mit einem Blankovertrag. Angeblich haben sich die beiden schon im Herbst in Paris getroffen. Guardiola bestreitet das. Dass Chelsea unter Di Matteo seit dem 4. März, seit der Entlassung des Vorgängers Villas-Boas, wie entfesselt aufspielt, ist noch kein Argument. Er war eine Verlegenheitslösung in aussichtsloser Lage. Abramowitsch war nicht einmal zum Showdown nach Barcelona geflogen.

Der Russe setzt als Gambler im Fussball auf das simple Geschäftsprinzip: Möglichst viel Geld auf den Tisch legen, bis die andern nicht mehr mitgehen können. Doch den Sieg in der Champions League konnte er sich nicht erkaufen, seit er Chelsea im Jahre 2003 in Chelski zu verwandeln begann. Mittlerweile hat er sieben Trainer verheizt: Ranieri; Mourinho, der ihm zwei englische Meistertitel bescherte, aber in der Champions League scheiterte; dessen Nachfolger, der unbekannte Israeli Grant, verlor im Final der Königsklasse gegen Manchester United nach Penaltys und wurde drei Tage

später gefeuert. Auch Scolari, Hiddink, Ancelotti und Villas-Boas waren in Abramowitschs Augen glatte Versager. «Chelsea ist für einen Trainer die Hölle», sagt Felipe Scolari, Weltmeister mit Brasilien, der bereits nach sieben Monaten wieder nach Hause flog.

Di Matteo hat die Mannschaft hinter sich, er weckte einen Überlebensreflex in einer gealterten, saturierten Truppe mit Cech, dem Torhüter, der mit einer Schutzhaube spielt seit einem Schädeltrauma, mit dem rücksichtslosen Abwehrrecken und Captain John Terry, dem Regisseur Lampard, dem grossartigen Torjäger und jämmerlichen Simulanten Drogba, mit dem Pass-Schieber Mata und der verklemmten Stürmermimose Torres, Schütze des entscheidenden Tors gegen Barça. Di Matteo akzeptieren sie als einen der Ihren. Er hatte seine Spielerkarriere bei Chelsea vor zwölf Jahren wegen eines schweren Unfalls beendet.

Trainer werden wollte er nicht. Obwohl alle seine früheren Trainer seine strategische Begabung erkannten. Hubert Münch holte ihn in die erste Mannschaft des FC Schaffhausen: «Er fiel mir sofort durch seine Spielintelligenz auf. Deshalb nahm ich ihn weg vom Libero-posten und gab ihm die Nummer 8 im Mittelfeld.» Rolf Fringer, damals noch Spieler: «Im Cup-Final 1988 gegen die Grasshoppers ging

Schaffhausen war eine schlafende Zelle von Trainertalenten: Roberto Di Matteo, Rolf Fringer, Jogi Löw.

ich raus, und er kam für mich rein. Ich war zwölf Jahre älter als er, das war wie eine symbolische Stabübergabe.» (Schaffhausen verlor dann 0:4.) Als Trainer funktionierte er Di Matteo wieder zum Libero um, «weil er die Übersicht hatte, das Spiel von hinten zu entwickeln». Schaffhausen war während jener Zeit eine schlafende Zelle von Trainertalenten. Fringer, der spätere Nationalcoach, hatte in seiner Mannschaft Di Matteo und Jogi Löw, den Mittelfeldspieler und heutigen deutschen Bundestrainer, «und mittags jassten wir in der Beiz».

Nachdem Di Matteo eine Saison für den FC Zürich gespielt hatte, rief ihn Fringer nach Aarau, und dort gelang ihnen ein Fussballwunder: der Meistertitel 1993. «Ohne Roberto wäre das unmöglich gewesen», sagt Fringer. «Er war mein ausführender Arm auf dem Platz, ein geborener Leader. Er hatte immer die Vision: die Nationalmannschaft, aber nicht die Nati, sondern die italienische.» Er überzeugte in einem Probetraining bei Lazio Rom und spielte unter dem verrücktesten Schleifer der Serie A, dem Tschechen Zdenek Zeman, der seine Angestellten wie Leichtathleten über den Platz hetzte und attraktiven Sturm und Drang spielen liess.

Geprägt hat ihn aber der Nationaltrainer Arrigo Sacchi, der andere Revolutionär gegen den ultradefensiven Catenaccio. Di Matteo spielte 34-mal für die Squadra Azzurra, und die Jugend, die er seit seiner Geburt im Breitequartier als «kleiner Tschingg», wie er sagt, als Sohn eines emigrierten Kranführers, erlebte, war weit weg. Als Familienmensch kaufte er den Eltern und seiner blinden Schwester Concetta, die er manchmal zu den Spielen einlädt, ein Haus in der Nähe von Chieti in den Abruzzen. Dort ist das ehrliche Italien, niemand schliesst nachts die Autotüren ab. Auch Sergio Marchionne, der in der Schweiz Alusuisse, Lonza und die Société Générale de Surveillance sanierte und heute Fiat leitet, stammt aus dieser Gegend.

Di Matteos nächster Sprung: zu Chelsea nach London. Dort machte er eine neue Erfahrung: Der Manager Gianluca Vialli stand neben ihm auf dem Platz, als Spielertrainer. Di Matteo schoss 1997 nach 43 Sekunden im Cup-Final gegen Middlesbrough das früheste Tor der Endspielgeschichte. Er gewann den Cup auch im Jahre 2000 und 1998 den Final im Europacup der Cup-Sieger gegen den VfB Stuttgart mit seinem Kumpel Löw auf der Trainerbank.

«Katastrophe für den Fussball»

Der dreifache Beinbruch in einem Trainingsspiel des FC Chelsea gegen den FC St. Gallen im Zürcher Hardturmstadion beendete seine Karriere. Nach zehn Operationen war er Sportinvalide und erst dreissig. Er lebte als Besitzer von zwei Restaurants in London in einer Wohnung bei der Royal Albert Hall, *upper-class*, mit seiner eigenen Familie, seiner Lebenspartnerin Zoe und drei Kindern, und er spürte, dass er mit Fussball doch nicht abgeschlossen hatte. Es verschlug ihn auf seinen ersten Trainerstuhl in die Retortenstadt Milton Keynes. Den Aufstieg in die zweite englische Liga verpasste er, weil im letzten Spiel ein Penalty an der Latte landete. Mit West Bromwich gelang ihm auf Anhieb der Aufstieg in die Premier League, doch in der folgenden Saison wurde er entlassen. Bescheiden nahm er den Assistentenvertrag bei Chelsea an. Er sah ihn als Chance.

Es schien unvorstellbar, dass ein Pragmatiker wie Di Matteo die einzigartige Poesie des Barcelona-Spiels ausser Kraft setzte. Matthias Sammer, der frühere deutsche Europameister, sprach für die vielen Enttäuschten und Trauernden von einer «Katastrophe für den Fussball». Es könnte noch schlimmer kommen: Di Matteo, der Mann der Endspiele, hat kein einziges mehr verloren nach jenem ersten Cup-Final mit Schaffhausen.

Champions-League-Final: FC Bayern München – FC Chelsea, Samstag, 19. Mai, ab 20 Uhr auf SF2

«Die rasende Lust der Frauen»

Die Zahl der Pornoseiten im Internet bewegt sich auf eine Milliarde zu. Der Paartherapeut Klaus Heer weiss, welche Auswirkungen dieser Boom auf Partnerschaften und Familien hat. Und er ärgert sich, wenn er selbst solche Seiten anpeilt. *Von Barbara Lukesch und Gian Marco Castelberg (Bild)*

Klaus Heer, was fällt Ihnen zum Stichwort Pornografie als Erstes ein?

Das fängt ja gut an. Wenn ich nämlich ehrlich bin, denke ich zunächst an meine eigene Pornokarriere.

Oh.

Begonnen hat sie vor 55 Jahren im Schlafsaal meines katholischen Internats in der Innerschweiz. Mit einem abgegriffenen Sexheftli unter der Matratze, das immerhin farbige Bilder von Fellatio und Kopulation enthielt. Jahrelang habe ich mir immer dieselben Szenen genehmigt. Das war aber durchaus zweckdienlich. Pfahlbauer-Porno, primitiv, sündig und scharf.

Wie würden Sie im Gegensatz dazu die heutige Pornografie beschreiben?

Heute ist Pornografie täuschend echt, parentief gefilmt, massenhaft verbreitet, überall frei Haus lieferbar. Dazu gesellschaftlich so gut wie akzeptiert, jeder ist freundlich eingeladen, sein eigener Pornoproduzent und -darsteller zu werden, indem er seine und seiner Partnerin Paarungen aufs Internet hochlädt. Nichts einfacher – und reizvoller – als das.

Fast jeder kennt heute Youporn.com, die millionenfach besuchte Internetplattform, auf der wir alle kostenlos Pornos konsumieren, aber auch unsere Privatpornos präsentieren können. Die Zeiten haben sich wirklich verändert.

Da hat tatsächlich ein kulturschockmässiger Wandel stattgefunden.

So schlimm?

Was in den letzten zehn Jahren passiert ist, schockiert mich wirklich. Diese Extremdemokratisierung der Pornografie im Sinne der globalen Ausweitung des Territoriums ist einfach unglaublich. Alle, ohne Ausnahme, können am grossen Geschäft mitwirken, aktiv und passiv.

Welche Bedeutung messen Sie iPhone und iPad bei der Verbreitung der Pornografie bei?

Die hochauflösenden Bildschirme der Smartphones und Tablet-Computer machen die Sexbilder gestochen scharf – und vor allem mobil. Das Pornokino steckt jetzt überall allzeit bereit in meiner Gesässtasche.

Das Internet macht also dem klassischen Pornokino einen Strich durch die Rechnung. Wer geht denn überhaupt noch aus dem Haus, zahlt Eintritt und riskiert, auf

dem Weg auch noch als Schmutzfink entlarvt zu werden?

Bald niemand mehr. Allerdings befriedigt das Pornokino noch etwas anders gelagerte Gelüste. Es lockt nämlich erotisch benachteiligte Männer mit exhibitionistischen Zügen an, die sich im Halbdunkel halböffentlich befriedigen. Oder auch erotische Kontakte mit anderen Kinogängern suchen, vor allem mit den wenigen anwesenden Frauen. Als Notlösung ist das gar nicht so blöd. Man ist ja im Kino gewissermassen unter sich.

Als Paartherapeut müssen Sie die Beziehungsmuster interessieren, die sich in pornografischen Darstellungen finden. Welche nehmen Sie wahr?

Ich stelle fest, dass die männlichen Pornodarsteller in den letzten Jahren freundlicher geworden sind. Es scheint so, als hätten die rüpelhaften Akteure bei ihrem mehrheitlich männlichen Publikum keinen Anklang

«Für einen Mann im Modus der Selbstbefriedigung ist dies nicht irritierend.»

mehr gefunden. Auf der Tonspur gibt es viel mehr lockere Dialoge, manchmal sogar ein fast entspanntes Lachen. Geblieben ist allerdings die allgegenwärtige männliche Gewalttätigkeit, wenn auch deutlich unterschwelliger als noch vor kurzem.

Freundliche Männer, die aber gleichwohl gewalttätig sind: Das müssen Sie erläutern.

Der Mann bestimmt und sorgt dafür, dass er auf seine Kosten kommt. Er handelt absolut eigennützig und befriedigt sich selbst an der Frau. Dazu passt, dass die Frauen im Porno wie eh und je vollkommen willig erscheinen. Da wird das steinzeitliche Grundmuster bedient, das mutmassliche Beziehungsideal der Höhlenbewohner. Ich nehme an, dass dieses bei fast allen Männern mindestens in Spuren immer noch vorhanden ist.

Irritierend am Porno ist ja tatsächlich die Omnipräsenz des Penis. Der weibliche Part hingegen beschränkt sich auf die Rolle einer gefügigen Dienstleisterin, ohne eigenen Orgasmus und mit einer weiblichen Lust, die sich auf läppisches Gestöhne beschränkt. Wieso kann so etwas trotzdem funktionieren?

Für einen Mann im Selbstbedienungsmodus ist das nicht irritierend. Im Gegenteil. Bei ihm werden während des Pornokonsums Hirnregionen aktiviert, die quasi per Standleitung mit seinem Genital verbunden sind. Die Darstellerinnen machen genau das, was der Zuschauer zu brauchen meint, will sagen, was er zu Hause vermisst. Die Frauen packen richtig zu, stöhnen. Die platzen fast vor Lust. Vor fingierter Lust natürlich, extra für die Kamera.

Aber das ist doch ein Absteller.

Nein. In der Erregungstrance kümmert das den Konsumenten nicht, solange es seiner eigenen Befriedigung dient. Er nimmt die simulierte Lust der Pornofrau als willkommenes Stimulans.

Die Anzahl der Pornoseiten im Netz soll sich auf eine Milliarde zubewegen. Wozu diese Masse, wo die meisten Pornos doch nach dem immer gleichen Strickmuster aufgebaut sind?

Sie müssen sich das Porno-Universum als ein unermessliches Jagdrevier vorstellen. Als Mann bin ich immer wieder eingeladen zu einer neuen Safari-Spritztour und habe jedes Mal die Chance, die noch ultimativere Sex-Trophäe zu erjagen.

Gibt es denn überhaupt noch Steigerungsmöglichkeiten?

Das ist mindestens die Hoffnung des Trophäenjähgers. Natürlich können Sie sagen, das müsse doch mit der Zeit langweilig werden. Aber schauen Sie, kein Jäger findet es reizlos, immer im selben Wald immer dieselben Hasen zu jagen.

Wie innig ist denn Ihr eigenes Verhältnis zu Seiten wie Youporn.com?

«Innig» ist das falsche Wort. «Zwiespältig» passt besser. Es lässt mich nicht kalt, wenn es in der Kategorie «Am besten bewertet» eine Menge, eine Unmenge Videos gibt, die sich x Millionen andere Männer in der letzten Zeit angeschaut und mit fünf goldenen Sternen ausgezeichnet haben. Gleichzeitig schimpfe ich jedes Mal mit mir, wenn ich solche Seiten anpeile. Es kommt eben gelegentlich vor, dass ich eine Pornoseite dem Schlafmittel vorziehe.

Sie beklagten einmal, dass Ihr männliches Hirn «unrettbar pornografisch verseucht» sei. Wie muss man sich diese Schäden konkret vorstellen?

>>>



«Das ist mindestens die Hoffnung des Trophäenjähgers»: Psychologe Heer, fotografiert in Bern.

Ja, die Internetpornografie ist eine Seuche, eine pandemische Schweinegrippe, nur viel perfider. Die bewegten Bilder brennen sich tief in mein Inneres ein, weil ich sie sehe und dabei erregt bin. In der realen Situation, wenn ich mit meiner Frau im Bett bin, drängen dann diese Brandzeichen in den Vordergrund. Das heisst, die Pornobilder überlagern mein Liebesleben und nehmen ihm von seiner Kraft und Schönheit. Sie schwächen den realen Liebeskontakt. Ich falle genüsslich auf einen Fake, einen Beschiss, herein und gerate in eine Art pornografische Stimmung, die mich unkonzentriert macht und daran hindert, im Hier und Jetzt voll da und präsent zu sein. Das ist fatal, denn erotisch-sexuelles Lieben hat viel mit Konzentration und Hingabe zu tun.

Sie vertreten die Idee vom CET, dem Core Erotic Theme. Darunter versteht man so etwas wie das individuelle sexuelle Grundthema eines Menschen, mit dem seine grösste Lust verknüpft ist. Viele Frauen und Männer sind sich ihres CET gar nicht bewusst, sagen Sie. Da könnten doch Pornos als Geburtshelfer oder Animatoren wirken.

Nein. Überhaupt nicht. Das zentrale erotische Thema ist das genaue Gegenteil von pornografischen Brandbeschleunigern. Das CET gibt es nur einmal, nur bei mir. Porno deckt den fantasielosen Massengeschmack ab. Porno-Plots sind arm, dumpf und gleichförmig und lassen mit ihrer technischen Perfektion null Spiel-

«Die allerschlimmste Folge ist die Sucht. Wer so weit ist, kann nicht mehr arbeiten.»

raum für eigene Bilder. Porno ist platter Bilderramsch vom Schmutzmarkt. Das CET hingegen will in meinem Inneren entdeckt werden.

Was sind die gravierendsten Folgen, die Pornokonsum nach sich ziehen kann?

Die allerschlimmste Folge ist die Sucht. Das ist eine Gefahr, ganz klar. Man sollte sie allerdings nicht dramatisieren, weil sie selten vorkommt. Wer so weit ist, kann nicht mehr arbeiten und fällt völlig aus dem Leim. Er ist krank. Ich erlebe aber immer wieder, dass Frauen, die ihren Mann nachts einmal beim Masturbieren vor dem Computer erwischen, befürchten oder behaupten, er sei sexsüchtig.

Das heisst, Pornografie ist auch Thema in den Gesprächen in Ihrer paartherapeutischen Praxis.

Ja, natürlich. Die nächtliche Selbstbefriedigung vor dem Bildschirm ist eben weit

verbreitet. Wenn eine Frau ihren Mann in flagranti ertappt oder via den Browser-Verlauf auf das stösst, was sich ihr Mann da alles reinzieht, löst das häufig so heftige Erdbeben innerhalb einer Beziehung aus, dass Paare nur mit professioneller Hilfe aus dieser Krise herauskommen.

Eine solche Frau befürchtet ja vielleicht zu Recht, dass ihr Mann dabei ist, seine Sexualität auf Dauer kaputtzumachen.

Häufig spürt die Frau schon länger, dass die gemeinsame Sexualität beeinträchtigt und dumpf ist. Sie merkt, ohne es in Worte fassen zu können, dass ihr Mann nur noch auf die eigene Rechnung wirtschaftet und sie zu selbstbezogenen Zwecken benutzt – in der uneingestanden Annahme, er habe so etwas wie eine pflegeleichte, willige Pornodarstellerin vor sich. Dass das der Frau ablöscht, liegt nahe. Aber wenn sie ihren Mann nun moralisch attackiert, indem sie ihm vorwirft, er hintergehe sie, verschärft sie das Problem und drängt ihn noch weiter in den Untergrund.

Wie sähe eine sinnvollere Strategie der Frau aus?

Sie könnte erkennen, dass ihr Mann sie nicht hintergeht, sondern vielmehr ein Beziehungsproblem zu lösen versucht. Das tut er allerdings eigenmächtig, was natürlich wieder neue Probleme schafft. Ich würde ein solches Paar bitten, ihre je eigenen Bedürfnisse zu schildern, einander zuzuhören und miteinander nach gemeinsamen Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

Paarkonflikte entzündeten sich auch an Szenen wie dieser: Er will unbedingt mit ihr zusammen einen Porno anschauen oder auch gern mal ein entsprechendes Kino besuchen. Sie findet das hingegen eklig, nicht zuletzt, weil sie sich an der Geringschätzung von Frauen in den meisten Pornos stört. Was tun?

Offenbar ist ihm daran gelegen, dass die körperliche Liebe zwischen ihnen beiden neu aufblüht. Er liebt seine Frau und hat mitbekommen, dass man etwas tun muss, damit die Sexualität nicht vollends einschläft. Darum ergreift er eine solche Initiative. Sie kann mit diesem Vorschlag nicht viel anfangen. Also ist sie eingeladen, nun selber etwas vorzuschlagen, was ihr gefällt. Aber da staune ich in meiner Praxis immer wieder, wie wenig eigene Vorschläge von Seiten der Frauen kommen. Im Zuge der sexuellen Emanzipation wäre es doch langsam fällig, dass sich Frauen nicht darauf beschränken, «Nein!» oder «So nicht» zu sagen. Sie müssten wissen und kundtun, was sie stattdessen möchten, mutig und konkret. Davon sind wir noch weit entfernt, scheint mir.

Manchmal ergreift ja doch einmal eine Frau die Initiative. Was würden Sie im folgenden

Klaus Heer

Klaus Heer ist ein Routinier auf dem öffentlichen Parkett. Er hält Vorträge, nimmt an Podiumsdiskussionen teil, lässt sich vor vollen Sälen interviewen. Problemlos. Nur wenn es um Interviews geht, die gedruckt werden sollen, scheut er. Etwa bei der Arbeit am Buch «Klaus Heer, was ist guter Sex? Gespräche über das beste aller Themen», das Barbara Lukesch mit ihm realisierte. Das war bei diesem Interview nicht anders. Heer begründet das mit seiner Konzentration, die unter der persönlichen Begegnung leide. Klaus Heer wurde 1943 geboren. Nach seinem Psychologiestudium in Hamburg und Bern bildete er sich zum Psycho- und Paartherapeuten weiter. In den knapp vierzig Jahren, in denen er mit Paaren arbeitet, hat er sich den landesweiten Ruf einer Kapazität in Fragen der Liebe, Partnerschaft und Sexualität erworben. Er hat verschiedene Bestseller geschrieben, darunter «Ehe, Sex und Liebesmüh. Eindeutige Dokumente aus dem Innersten der Zweisamkeit» und «Paarlauf. Wie einsam ist die Zweisamkeit?». Klaus Heer hat zwei erwachsene Töchter und lebt in Bern. (bl)

Fall für einen Ratschlag geben: Sie möchten gern ein selbstgedrehtes Pornovideo von sich und ihrem Mann ins Internet stellen, weil die Vorstellung sie antörnt, Tausende von Betrachtern scharf zu machen. Er findet das zu riskant und stressig und fürchtet die Folgen. Wie weiter?

Diese Idee ist wie alles, was man als Paar sexuell miteinander zu tun gedenkt, hundert Prozent konsenspflichtig. Um einander zu finden, müssen beide dem anderen genauestens zuhören: Was will er? Wonach sehnt sie sich? Was sind seine Bedenken? Gibt es alternative Möglichkeiten, die beiden Freude machen?

Kennen Sie Paare, die einen lustvollen Umgang mit Pornografie pflegen?

Ehrlich gesagt, nein. Ich habe mich auch schon gefragt, woran das liegt. Redet niemand gern über so etwas Heikles? Oder funktionieren Pornos als Doping der Paarsexualität nur sehr beschränkt oder gar nicht? Ich tippe auf Letzteres.

Ein Thema, das im Gegensatz dazu immer wieder Anlass zu Diskussionen bietet, ist die Frage, wie stark Pornokonsum Kinder und Jugendliche beeinträchtigt. Viele Eltern empfinden es als sehr bedrohlich, wenn sie merken, dass auch ihr Nachwuchs Youporn entdeckt hat.

Bedrohlich ist zunächst einmal, dass die Erwachsenen den Kindern und Jugendli-

chen vorleben, was am Computermonitor hyperattraktiv ist. Das ist unsere Kultur, wir Erwachsenen haben die Abermillionen Pornoseiten ins Netz gestellt und schauen uns die an. Kinder und Jugendliche würden nie von sich aus auf so etwas kommen. Ich kann also diese Empörung nicht ganz ernst nehmen, solange wir selber das tun, worüber wir uns dann entsetzen und aufregen. Das ist Doppelmoral.

Trotzdem: Diese ständige Verfügbarkeit von Pornografie, noch dazu kostenlos, ist doch ein Phänomen neueren Datums. Daher möchten Eltern gern wissen, ob Jugendliche und Kinder in der Lage sind, damit umzugehen, ohne Schaden zu nehmen.

Die Jugendlichen haben keine Wahl. Sie müssen den Umgang mit diesen Medien lernen, und sie werden das auch. Ich erlaube mir eine zarte Zuversicht. Die Menschen, denen der seelenlose Pornomist von Kindesbeinen an in rauen Mengen verfügbar ist, werden eines Tages die Nase voll davon haben, vielleicht noch vor uns. Ich bin zwar kein Jugendpsychologe, stelle mir aber vor, dass sich bei den Jungen der Wunsch nach etwas regen könnte, das mehr Substanz und Erlebniswert hat als Pornografie.

Was fehlt primär im Porno, wo sind pornografische Darstellungen realitätsfremd?

Im Porno bekommen wir eine gefälschte Sexualität vorgesetzt, die frei ist von allem Mühsamen und Komplizierten. Was nicht direkt mit aktivierten Schwellkörpern und Schleimhäuten zu tun hat, ist ausgeblendet. Der Gonzo-Porno ist gefragt, die strikte Reduktion auf Kopulation, Oralsex und Abspritzen. Und was ich immer wieder erstaunlich finde, ist die gänzliche Abwesenheit des weiblichen Orgasmus.

Ist das auch für Sie als Mann so erstaunlich?

Ja, jedes gründliche Hinschauen bestätigt die Wahrnehmung neu: Pornofrauen werden klar als anorgastisch dargestellt.

Wie lässt sich das erklären? In Wirklichkeit sind die Männer doch sehr stolz, wenn sie ihre Frauen zum Orgasmus bringen können. Von daher sollte das Interesse daran gross sein.

Kein Laut, den Frauen aus Lust machen, ist eindeutig lesbar. Wenn man seine Partnerin kennt und liebt, vertraut man ihr. Sie sagt vielleicht: «Oh, das war ein toller Orgasmus» und beschreibt ihn. Aber zweifelsfrei identifizieren lässt sich das von aussen nicht. So etwas ist für einen Porno viel zu kompliziert.

Was fehlt sonst noch im Porno?

Fast alle zärtliche Berührung und der Augenkontakt. Die Darstellerin schaut ja

interessanterweise oft den Betrachter an und nicht ihren Schauspielerkollegen. Und es fehlt das wichtige Wort «nein». Die Frauen machen alles mit. Notabene: Kondome sieht man inzwischen überhaupt nicht mehr.

Pornos sind auch frei von Scham.

Das ist sterbenslangweilig, weil in Wirklichkeit nur der Sex der Tiere ohne Scham abläuft. Menschliche Sexualität ohne jede Scham ist unmenschlich, eben pornografisch. Darum ist klar: Pornografie hat nichts mit Sexualität zu tun. Nicht uninteressant ist übrigens auch die umgekehrte Frage: Was kommt im Porno vor, nicht aber im heimischen Doppelbett?

Nämlich?

Vor allem diese rasende Lust der Frau auf das männliche Geschlechtsorgan und ihre Lust, sich das Sperma ins Gesicht und in den Mund spritzen zu lassen. Welche Frau im ehelichen Schlachtschiff, dem Doppelbett, verspeist schon das Sperma ihres Gatten mit Hochgenuss? Und was in der Realität auch noch fehlt, sind dicke Schminke, zentimeterlange Fingernägel und High Heels im Bett.

Was, glauben Sie, wirkt am nachhaltigsten: pornografische Texte, Bilder oder Filme?

Die monströse Flut leicht zugänglicher Videos stellt alles in den Schatten, was es sonst noch an pornografischem Material gibt. Erotische Texte sind vergleichbar mit hartem Schwarzbrot und Sexbilder mit schlabberigem Tiramisu. Pornovideos führt sich der Mann wie eine Infusion zu Gemüte

«Im Porno bekommen wir eine gefälschte Sexualität vorgesetzt.»

– passiv-gierig. Die Nährlösung bläht ihn lokal auf und stumpft ihn als Liebhaber ab. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich die Männer einmal wieder vermehrt aufs Schwarzbrot besinnen. Oder vielleicht sogar ohne erotische Krücken auskommen beim Lieben.

Erotische Texte sind in Ihren Augen also vergleichsweise harmlos und lassen der eigenen Fantasie noch mehr Raum. Würden Sie sie als willkommene sexuelle Stimuli bezeichnen?

Was sind willkommene Stimuli? Dahinter steht doch die Idee, unsere Sexualität sei so etwas wie eine Apparatur, die umso besser und befriedigender läuft, je effizienter sie stimuliert wird. Wir merken gar nicht, wie weit wir uns damit von unserer tiefsten Liebessehnsucht entfernen. Liebe will weder stimulieren noch stimuliert werden. Liebe will einfach sein, nahe sein. Und lieben natürlich. ○

**Jetzt
exklusiv für
Weltwoche-
Leser!**



Als Abonnent/-in
der Weltwoche
jetzt TV-Star

CHF 60.-
günstiger.

**TV-Star –
Ihre Schweizer Fernseh-Stars**

- Das topaktuelle und übersichtliche TV-Programm mit täglich 60 Sendern.
- Tagestipps und Film-Highlights mit Bewertungen der eigenen Redaktion.
- Vielfältiger Magazinteil: alles über die TV- und Showszene.
- Originelle Kolumnen, grosser Rätselteil.

**Jetzt bestellen und
CHF 60.- sparen:
Telefon 043 444 57 01**

DIE WELTWOCH
TVstar



«Pump Up the Volume»: Klangbild des deutschen Fotografen Martin Klimas.



Neue Deutsche Welle

Von Daniele Muscionico

Ein Spritzer Fuchsia. Ein Schauer Limone. Ein Brodem Aquamarin. Sage einer, Musik hätte keine Persönlichkeit und kein Geschlecht. Dies ist das Bild für jene, die für die Beweislage eine Fotografie benötigen.

Was hier ihr Naturell offenbart – ihre ekstatische Verfasstheit, ihr drängendes, offensichtlich männliches Ego –, das ist Steve Reichs Komposition «Drumming». Das Stück, ein Highlight der Minimal Music, wurde 1971 für neun Percussions-Instrumente und drei Sängerinnen geschrieben; Melodiemodelle, die sich beständig wiederholen, sich verschieben und asynchron gegeneinander laufen. Phasentechnik nannte der amerikanische Avantgardist das Konzept dieser Stücke.

Es mag ein Zufall sein, doch 1971 ist auch das Geburtsjahr von Martin Klimas. Der deutsche Fotograf hat Reichs Kunstmusik in dieses Kunstbild übersetzt, mit Fuchsia, Limone, mit Aquamarin: «Drumming» fotografiert in Cinema-Color und in Hochgeschwindigkeit, in Farbe und in Bewegung. «Sonic Sculptures» taufte er das Ergebnis und machte dabei Ähnliches wie der längst vergessene Schweizer Naturforscher Hans Jenny (1904–1972). Der erfand den Begriff Kymatik für die Visualisierung von Klängen und Wellen.

Wenn es Action-Painting gibt, wird es auch Action-Photography geben. New-Wave-Fotografie, die Neue Deutsche Welle im Bild. Klimas ist vielleicht ihr erster Schüler. Er hat Jennys Verfahren, Schwingungen in Flüssigkeit zu übersetzen, fürs Computerzeitalter neu erfunden. Dazu nimmt er sich einen Lautsprecher mit einer trichterförmigen Membran und einen gespannten Keilrahmen. Auf die Membran trägt er Farbe auf, und alles Folgende funktioniert nach dem Motto «Pump up the Volume». Klimas zieht den Lautstärkeregel hoch und überlässt die Entstehung des Bildes sich selber. Die Vibration des Lautsprechers erzeugt Farbmuster, die schliesslich die clevere Beleuchtung, die clevere Videotechnik und Klimas clevere Hasselblad-Linse enthüllen. «Sonic Sculptures» bilden ein synästhetisches Zusammenspiel aus Klang, Form und Farbe. Martin Klimas, ein Art Jackson Pollock auf der Lauer.

Und wozu das Ganze? Weil es ganz einfach schön ist, festzustellen, dass Musik ein lebendiger Organismus ist und ein Wesen in der dritten Dimension. Wortwörtlich kann man von ihr berührt werden, bewegt, angesprungen, angefallen und angeheitert. Wer nicht hören kann, wird sehen dürfen.

Martin Klimas: Sonic Sculptures. Galerie Pavlov's Dog, Berlin. Vernissage: 10. Mai; Ausstellung bis 9. Juni.

Belletristik

- 1 (1) **Nicholas Sparks:** Mein Weg zu dir (*Heyne*)
- 2 (2) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand (*Carl's Books*)
- 3 (4) **Martin Walker:** Delikatessen (*Diogenes*)
- 4 (6) **Franz Hohler:** Spaziergänge (*Luchterhand*)
- 5 (5) **Sarah Lark:** Die Tränen der Maori-Göttin (*Bastei Lübbe*)
- 6 (3) **Jussi Adler-Olsen:** Das Alphabethaus (*DTV*)
- 7 (-) **Lisa Jackson:** Desire (*Droemer Knaur*)
- 8 (7) **Daniel Glattauer:** Ewig Dein (*Deuticke*)
- 9 (9) **Jussi Adler-Olsen:** Erlösung (*DTV*)
- 10 (8) **Andrea Camilleri:** Das Ritual der Rache (*Bastei Lübbe*)

Sachbücher

- 1 (2) **Philippe Pozzo di Borgo:** Ziemlich beste Freunde (*Hanser*)
- 2 (1) **Christoph Fasel:** Samuel Koch – Zwei Leben (*Adeo*)
- 3 (3) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 4 (5) **Nik Hartmann:** Über Stock und Stein 4 (*Faro*)
- 5 (10) **Ueli Bernold:** Grill-Ueli (*Fona*)
- 6 (4) **Pierre Dukan:** Die Dukan-Diät (*Gräfe und Unzer*)
- 7 (-) **Hans Küng:** Jesus (*Piper*)
- 8 (-) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- 9 (9) **Kurt Lauber:** Der Wächter des Matterhorns (*Droemer Knaur*)
- 10 (-) **Militärchuchi** (*Fona*)

Apropos: H. D. Thoreau

Die erste Seite des 1849 erschienenen Pamphlets «Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat» lässt das Herz jedes Liberalen höher schlagen. «Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert», heisst es da. Und: «Eine Regierung ist bestenfalls ein nützliches Instrument; aber die meisten Regierungen sind immer – und alle sind manchmal – unnütz.» Henry David Thoreaus Wut auf den Staat hatte zwei Ursachen: die Sklaverei und die kriegerischen Tätigkeiten der USA in Mexiko. Thoreau hatte sich geweigert, Steuern zu zahlen, wurde in Gewahrsam genommen und wieder freigelassen, nachdem Freunde für ihn den ausstehenden Betrag übernommen hatten. Der Diogenes-Verlag hat Thoreaus Werk zum 150. Todestag des Autors neu herausgebracht. Die Lektüre lohnt sich. Man lernt daraus, wie ein Text auszusehen hat, der Pazifisten, Ultra-liberale, Ökofundamentalisten und Steuerhinterzieher gleichermaßen anspricht. (rb)

H. D. Thoreau: Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat (Zweisprachige Ausgabe). Diogenes, 160 S., Fr. 28.90.

Biedermann und Rebell

Hansjörg Schneider, Schöpfer der Hunkeler-Krimis, offenbart in seinem Tagebuch nicht nur sein seelisches Innenleben, sondern auch jenes des verlogenen Kulturbetriebs. Von Rico Bandle

Jede Nacht, pünktlich um halb drei Uhr, reisst ein Albtraum Hansjörg Schneider aus dem Schlaf. Er steht auf, notiert den Traum und schläft sofort wieder ein. Schneider, ein Anhänger der Psychoanalyse, sieht darin seine einschneidenden Schicksalsschläge aufblitzen: seine Jugend mit dem prügelnden Vater, dem Selbstmord seiner Mutter, seine unterdrückte Erotik, sein Aussenseiterdasein im Künstlermilieu, den Krebstod seiner Frau. Schneider, das wird in seinem eben veröffentlichten Tagebuch «Nilpferde unter dem Haus» deutlich, gehört zu jener Sorte Mensch, die nur dann Mensch ist, wenn sie sich ausgiebig in den Unzulänglichkeiten des Lebens suhlt. Versucht er davor zu flüchten, landet er zwangsläufig im Alkohol- oder – im besseren Fall – im Schreibrausch.

Wer die Hauptschuld an seinem Elend trägt, ist für Schneider klar: «Ich denke, der Grund für meine Angst, für dieses mein Schuld-bewusstsein ist das Terrorsystem, das mein Vater gegen mich aufgebaut hatte, lückenlos konsequent wie jedes Terrorsystem.»

Hansjörg Schneider, 74, ist in mehrerer Hinsicht eine ausserordentliche Figur im Schweizer Literaturbetrieb. Mit seinem Schnauz, dem schlechtsitzenden Jackett und seinem Zweitwohnsitz in einem Hotel im Schwarzwald zelebriert er das Biedermann-Image. Doch hinter der harmlosen Fassade steckt ein rebellischer Geist. Sich Moden zu unterwerfen, ist ihm genauso zuwider wie dem ideologischen Herdentrieb des Künstlermilieus zu folgen. Auch in den 1970er Jahren, als er am Theater grosse Erfolge feierte, blieb er ein Aussenseiter. Das Theater Basel galt damals unter dem Direktor Werner Düggelin im gesamten deutschsprachigen Raum als eine der besten Bühnen. Es lehnte Schneiders frühe Stücke allesamt ab – obwohl er dem Haus nahestand. Stattdessen wurden sie am Zürcher Schauspielhaus uraufgeführt, das «den Linken als reaktionäres Theater» galt, wie Schneider schreibt. Sein Erstling, «Sennentuntschi», wurde zu einem durchschlagenden Erfolg. Obwohl von der Kritik verschmäht, stieg Schneider zu einem der meistgespielten Autoren im deutschsprachigen Raum auf.

Im durch die 68er-Revolution berauschten Kulturbetrieb fiel Schneider mit einer wohlthuend distanzierten Haltung auf: «Es ist eine relativ neue Erfindung, dass Schauspieler die revolutionäre Speerspitze der Gesellschaft sein sollen. Ich halte die Inbrunst, mit der sich heutzutage viele Schauspieler in ihre Rollen hineinsteigern,

als müssten sie das ganze Elend der Welt auf ihren Schultern tragen, für durchaus lächerlich.»

«Blanker Hass»

Schneider hat eine tiefe Verachtung entwickelt für «Prüfer» und «Sekundäre», wie er sie nennt, also jene Leute im Kulturbetrieb, die nichts selber erschaffen und doch mächtiger sind und mehr verdienen als die Künstler: Dramaturgen, Lektoren und Kritiker. Mit zwei Exponenten jenes Fachs rechnet er in dem Tagebuch explizit ab. Über den Kritiker Dieter Bachmann schreibt er: «Er hat mir lange die Treue gehalten und mich stets zuverlässig verrissen, mit blankem Hass.» Einst sei Bachmann zu einem vereinbarten Interviewtermin an einem Vormittag mit dreissig Minuten Verspätung erschienen, habe zwei Stangen Bier getrunken und sich mit den Worten verabschiedet: «Wissen Sie, wir können nicht auf jeden Furz des Schauspielhauses eingehen.» Weder hatte er das Interview durchgeführt noch sein Bier bezahlt.

Den Dramaturgen Hermann Beil (heute Chef dramaturg am Berliner Ensemble), der alle Stücke Schneiders am Theater Basel abgelehnt hatte, bezeichnet er als «Salon-Revolutionär», der seine Haltung immer der Mode angepasst habe. «Er hat kein einziges Mal in seinem Leben ein eigenes Produkt geschaffen. Er hat nur etwas geschafft: Er hat stets die Kurve gekriegt. Er hat sich immer in den Lift nach oben gesetzt.» Als ihm Beil vor ein paar Jahren ein gewidmetes Buch zusandte, habe er es, ohne es zu lesen, im Mülleimer entsorgt. Schneider glaubt, mit seinem Hass gegen Kulturfunktionäre nicht alleine zu stehen. Er kenne keinen Kollegen, der anders denke. «Nur wagt es fast niemand, dies öffentlich zu sagen, da ja die Stückeprüfer über die Macht der Spielplangestaltung verfügen.»

Durch seine Hunkeler-Krimis und deren Verfilmung mit Mathias Gnädinger wurde Schneider in späten Jahren erst richtig erfolgreich. 2009 schrieb er, dass es ihm nie mehr in den Sinn kommen würde, sich mit einem Werk an ein Stadttheater zu wenden. Zwei Jahre später hat er sich doch erweichen lassen und für das Stadttheater Bern ein Stück geschrieben. Kürzlich wurde «Looslis Kinder» uraufgeführt. Er hätte es lieber sein lassen. Das Stück über administrativ Verwahrte ist plakativ und schulmeisterlich, ganz im Unterschied zu den Krimis, die durch filigran gezeichnete Figuren und bildstarke Landschaftsbeschreibungen überzeugen.



«Erfolg im Alter ist wundervoll»: Schriftsteller Schneider.

Sein neuerschienenes Tagebuch liest sich leicht: Er habe sich bewusst einer einfachen Sprache bedient, um nicht allzu eitel zu wirken. Schneider nimmt den Leser mit auf eine Reise durch seine Lebens- und Traumwelt, die auch vor Intimitäten nicht haltmacht: dem Gruppen-Onanieren als Jüngling, seinem verklemmten Auftreten gegenüber Frauen, dass ihm sein Sohn einige Jahre nach dem Tod seiner Frau empfohlen habe, zu einer Prostituierten zu gehen. Ebenso wichtig sind aber die Landschaft, die Wanderungen im Schwarzwald, das nächtliche Treiben in den Kneipen Basels. Und vor allem auch der verletzte Stolz. So sei er aus dem Alpenclub ausgetreten, nachdem die Vereinszeitschrift den Abdruck eines von ihm verfassten Gedichts abgelehnt hatte. Was wäre aus dem Neurotiker Hansjörg

Schneider geworden, wenn nicht plötzlich der Kommissar Hunkeler in sein Leben getreten wäre? Jener knorrige alte Beamte, in den er so viel von seiner eigenen Persönlichkeit hineinprojiziert hat? Man will es sich nicht ausdenken. Hunkeler ist Schneiders spätes Lebensglück – selbst wenn einige seiner Freunde finden, er zerstöre mit der «zweitrangigen Literaturgattung» des Kriminalromans seinen Ruf. Schneider ist das egal. Er genießt die Aufmerksamkeit, die er als Bestsellerautor erhält, den Rummel, der bei jeder Romanverfilmung wieder losgeht: «Erfolg im Alter ist wundervoll. Man bekommt nachträglich recht.»

Hansjörg Schneider: Nilpferde unter dem Haus. Erinnerungen, Träume. Diogenes. 220 S., Fr. 36.90
Schneiders Stück «Looslis Kinder» läuft bis zum 2. Juni im Stadttheater Bern.

Jazz

Ray Andersons Dschungelmusik

Von Peter Rüedi

Ray Anderson, geboren 1952 in Chicago, ist der vielseitigste, lustigste und nachhaltigste Posaunist seiner Generation. Nachhaltig? In dem Sinn, dass sich dieser Klabauteermann zwischen allen Stilbereichen seit mehr als vierzig Jahren pausenlos verwandelt und doch ganz sich selbst bleibt. Wer was immer unternimmt auf diesem sperrigen Instrument, früher oder später muss er entdecken: *Anderson was here*, er hat alles schon gespielt, und dies meist besser. Dabei sieht bei ihm so spielerisch aus, was andern auf dem mal brachialen, mal samtig singenden Horn den Schweiß auf die Stirne treibt. Ray Anderson ist unter anderem auch ein Gaukler. Ein Entertainer und ein Virtuose, dessen Musik so unterhaltend ist, weil sie zuallererst ihm selbst Spass macht. Das kann auch mal in Jux und Tollerei ausarten, aber eben deshalb ist er als Künstler ernster zu nehmen als so manche falschen Propheten.

George Gruntz, mit dem Anderson öfter gespielt hat, nannte eine CD einst «Serious Fun». Das trifft wie nichts auf den Trombonisten und Komponisten Anderson zu. Sein Humor ist nie Sauglattismus, er zielt nie auf dumpfes Einvernehmen, sondern ist schneller, scharfer Witz. Eher Dadaismus als Bierzelt. In letzter Zeit ist es ruhiger geworden um seine zahlreichen, immer verblüffenden Gruppen. Jetzt ist eine neue CD der vielleicht witzigsten von allen erschienen, der Pocket Brass Band. Sie ist ein Blechensemble im Taschenformat, das wie eine ganze grosse Band klingt. Mit Bobby Previte an den Drums, Matt Perrine am Sousafon, Lew Soloff an der Trompete und Ray selbst auf den hundert Registern seiner Posaune entfacht sie in einer «Chicago Suite» und zwei weiteren Nummern einen Feuersturm, in dem der ganze Jazz, von New Orleans über Ellingtons «Jungle Style» bis zu freisten Spielformen, zusammenschmilzt. Ein polyfoner Dschungel, aber nur scheinbar: Im letzten Moment rettet sich Tarzan/Anderson immer über eine Liane vor dem zuschnappenden Kiefer des Tigers in den Überblick. Für alle, die immer noch glauben, die Posaune sei kein Instrument, sondern eine Behinderung.



Ray Anderson Pocket Brass Band (Bobby Previte, Matt Perrine, Ray Anderson, Lew Soloff): Sweet Chicago Suite. Intuition INTCHR 71306

Der Barbier von Seldwyla

Der verstorbene Volksschauspieler Walter Roderer hat sich insgeheim ein Leben lang gewundert, dass ihn die Leute lustig fanden. Dass er sich gegen den EWR einsetzte, haben ihm seine Kollegen verübelt – mehr aber noch, dass er ein eigenes, erfolgreiches Tourneunternehmen führte. *Von Jürg Ramspeck*



Grundmuster schweizerischer Befindlichkeit: Schauspieler Roderer, 2008.

Bevor ich Walter Roderer das erste Mal zu Gesicht bekam, nahm ich seine Stimme wahr. Die Stimme erklang aus einem Kinderwagen, den Stephanie Glaser auf die Bühne schob, und war nichts mehr als ein langgezogenes «Bähhh». Ein «Bähhh» aus Trotz und Traurigkeit, das auf der «Hirschen»-Bühne in Zürich einen Lachsturm entfesselte. Ehe der junge Kabarettist Roderer seinem Kinderwagen entstieg, war er als Neuling im Ensemble des inzwischen legendären «Fédéral» vom Premierenpublikum bereits dankbar angenommen.

Insgeheim hat sich Walter Roderer sein Leben lang darüber gewundert, dass die Leute ihn lustig fanden. Der Schlüssel zu seiner Persönlichkeit war die Furcht, seiner unmittelbaren Wirkung als Komiker verlustig zu gehen. Wenn er erzählte, er habe in seinen Anfängen als Bühnendarsteller den dringenden Wunsch

verspürt, im Stadttheater Chur den Hamlet zu spielen, dann war das keinesfalls selbstironisch gemeint. Nicht aus eigenem Antrieb, sondern von den Zuschauern gezwungen, landete er im komischen Fach. Und war sich nie zu hundert Prozent sicher, ob diese Zuschauer sich langfristig womöglich doch noch irrten.

Er übte wie ein Besessener

Er hätte aber an die Rampe treten und das Telefonbuch vorlesen können und wäre ein durchschlagender Erfolg gewesen. Ein Erfolg, dem er jedoch von Grund auf misstraut hätte. Sein Rezept gegen die eigene Unsicherheit war Knochenarbeit. Jede seiner Rollen übte er mit einer Besessenheit, die kein Muskelzucken in seinem Gesicht dem Zufall überliess. Jeden Lacher hielt er nicht für geschenkt, sondern für das Resultat seiner intensiven Vorbereitung. Das war sein eigentümlicher Charme: an

der vom Beifall umtobten Wirkung seiner Auftritte als Schauspieler beteiligt, aber als Mensch zutiefst unschuldig zu sein. Sich diese Wirkung lediglich durch unermüdliche Anstrengung immer wieder aufs Neue verdienen zu müssen.

Unbewusst hat Walter Roderer auf der Bühne so das Klischee vom zögerlichen, trockenen Schweizer mit angeborener Vollkasko-Mentalität bedient. Dem aber doch eine genuine Festigkeit im Glauben an Recht und Anstand innewohnt. Das Publikum in den vollen Sälen, in denen er als «Mustergatte» oder als «Nötzli» aufgetreten ist, hat sich in ihm wiedererkannt. Es fühlte sich von ihm nicht beleidigt, sondern bestätigt, wenn sich aus der biedereren Figur dann der stille Schaffer herauschälte, der am Ende die Lage sicher unter seine Kontrolle bringt. Und blöd dastehen lässt, wer glaubte, mit ihm das leichteste Spiel zu haben.

Zweifellos prägten ihn die beengenden Erfahrungen seiner Anfänge. In St. Gallen am 3. Juli 1920 geboren, als Sohn eines Textilkaufmanns, wollte er als Gymnasiast noch Pfarrer werden, studierte dann aber an der Universität Zürich vier Semester lang Germanistik. Er musste sein Studium abbrechen, als sein Vater arbeitslos wurde, und sich seinen Lebensunterhalt als Vertreter für Bohnerwachs verdienen. Daneben absolvierte er für dreissig Franken pro Abend Kleinstrollen im Zürcher Schauspielhaus, bis man ihn dort für das «Cabaret Fédéral» entdeckte. Dem mühsam erworbenen Franken blieb er bis an sein Lebensende treu.

Liebe zur Grossnichte – und zur Schweiz

Treue hielt er auch seiner ersten Ehefrau Lenke (1996 verstorben), die älter war als er. Er hatte sie als Garderobiere kennengelernt und nie vergessen, dass sie ihm mit ihrem bescheidenen Einkommen in den Zeiten der Dürftigkeit unverbrüchlich zur Seite stand. Dann verband er sich mit seiner Bühnenpartnerin Ruth Jecklin, die 2004 dem Krebs erlag. Und rührendes Glück wurde ihm zuletzt noch durch seine sechzig Jahre jüngere Grossnichte Anina zuteil – sein «Ersatz» für die Kinder, die er nie gehabt hat (Roderer: «Ich liebe Anina sehr, aber das ist nur platonisch»).

Treue hielt er hingegen nicht dem oppositionellen Geist des Kabarets, das ihn bekannt machte und ihm den Start in eine Karriere als selbständiger Theaterunternehmer ermög-

lichte. Es war Ende der 1960er Jahre, als ich von Walter Roderer verblüfft den Satz hörte: «Ich war ganz stolz, auf dem Flughafen von Lagos schön aufgereiht mehrere Bühnle-Kanonen zu sehen.» Ich dachte erst, er habe einfach keine Zeitungen gelesen und nicht mitbekommen, dass die Maschinenfabrik Oerlikon dem nigerianischen Regime mit gefälschten Exportpapieren Waffen zum Einsatz gegen die abtrünnige Provinz Biafra geliefert hatte. Er müsse, als er in Lagos vor der Schweizer Kolonie gastierte, wohl nicht bemerkt haben, dass sich das Land im Krieg befand. Das war von mir aber eine total falsche Annahme. Roderer war ganz erfüllt vom beseeligenden Erlebnis, weit unten auf dem Schwarzen Kontinent Zeugnisse heimischen industriellen Schaffens vorzufinden. Dass hier ein Verstoss gegen die Gesetze



Sicher unter Kontrolle: «Polizist» Roderer, 1990.



Volle Säle: «Der Mustergatte», 1959.

seines offenkundig heissgeliebten Vaterlandes vorlag, trat für ihn hinter die Bewunderung für die landeseigene, wirtschaftliche Tüchtigkeit zurück.

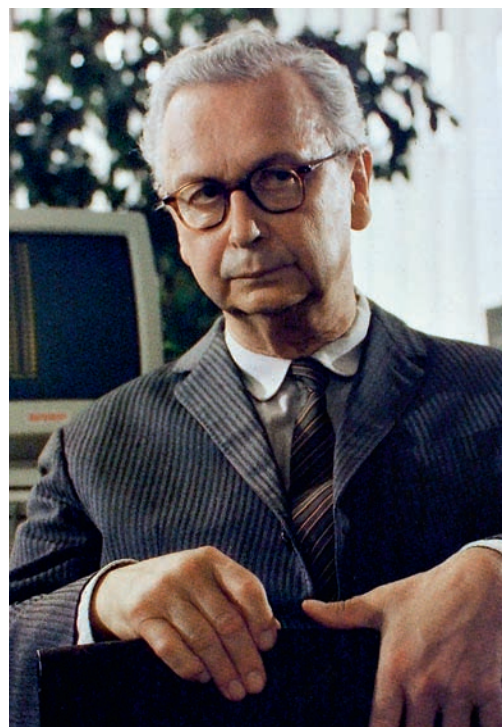
Weshalb es mich dann später auch nicht sonderlich überraschte, dass Walter Roderer sich 1992 für eine Anzeigenkampagne gegen den Beitritt der Schweiz zum EWR einspannen liess. Er war bei dem Volk, das er für den Garanten seiner materiellen Sicherheit hielt, angekommen. Kollegen aus seiner «Fédéral»-Zeit haben es ihm verübelt. Mehr noch verübelten sie ihm aber die Gründung seines eigenen Tourneeunternehmens, das allein von seiner Popularität lebte, als «Verrat» an der Solidarität mit den Kollegen Volksschauspielern von einst.

Es widerstrebt mir aber, Roderers Abkehr von seiner kabarettistischen Vergangenheit als ideologischen Stilbruch zu bezeichnen. Er war

eben der «Rodi» geworden und fand seine Freunde dort, wo er sie naiverweise vermutete. Seine Figuren aber sind mir gleichwohl nie als eindimensionale Bedeutungsträger eidgenössischer Bodenständigkeit vorgekommen, sondern immer auch als leicht subversive Attacken auf dieselbe.

Brillante Solos

Hiefür als Beispiel die überaus bösartige Nummer «Metzgermeister Häckli», die Werner Wollenberger für ihn geschrieben hatte, mit der er in zahlreichen Solos brillierte: eine giftige Abrechnung mit zur Schau gestellter Wohlanständigkeit, unter der sich schamloses Nutzniessertum verbirgt. Oder Wollenbergers «Fundbüro», bei dem sich die Leute die Schenkel klopfen, wobei eigentlich wahrzunehmen



Recht und Anstand: Roderer als Nötzli, 1988.

gewesen wäre, dass hier ein Gatte herzlos die freudige Nachricht empfängt, dass ihm seine Frau für immer abhandengekommen ist.

Es wird Walter Roderer in Erinnerung bleiben als begnadeter Komödiant, der auf der Bühne und im Film vier Jahrzehnte lang viel Vergnügen bereitet und manchem «Herrn Schüch» im Lande versöhnlich seine Identität vorgehalten hat. Es sind auch die Jahre nicht zu vergessen, in denen er als «Barbier von Seldwyla» Radiogeschichte schrieb, pünktlich um 13 Uhr am Samstag auf Beromünster. Da hat sich erwiesen, dass Roderer auch als Stimme reüssierte, so wie er einst aus seinem Kinderwagen heraus schon «da» war, bevor er leibhaftig vor uns hintrat. Mit seinem ungeprüften Sankt-Galler-Dialekt, in dem die Besorgnis, ums Himmels willen alles irgendwie recht zu machen, ein Grundmuster schweizerischer Befindlichkeit einfieng.

Abschied

Künstler und Patriot

Zum Tod von Walter Roderer.

Ein Leben auf der Bühne entsprach deiner Persönlichkeit. Den Traum, Pfarrer zu werden, hast du ausgeträumt. Zum Glück war die Bühne deine Kanzel. Ein beliebter, anerkannter Volksschauspieler bist du geworden. Du hast im Theater ebenso gegläntzt wie im Film, du hast bemerkenswerte nationale, ja internationale Erfolge gefeiert. Dieser Erfolg setzt wahres Künstlertum voraus. Du hast stets begeistert, weil hinter den naiven bis pffigen Kleinbürgertypen, die du einzigartig verkörpert hast, so viel Wahrheit, Lebensnähe und Menschenliebe steckte.

Mit der Gründung deines eigenen Tournee-Theaters wurdest du zum Unternehmer. Du hast alle Sorgen und Freuden einer selbständigerwerbenden Existenz getragen. Du lebstest nicht dank gutem Netzwerk und angepasster Gesinnung von Förderungs-, Subventions- und Preisgeldern der Steuerzahler. Nein, du bewegtest dich mit Erfolg im Wettbewerb des freien Marktes und lebstest für die Kunst – das heisst: für dein Unternehmen.

Still und allein hast du im Jahr 1992 in vielen Zeitungen eine Anzeigenkampagne gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unter deinem Namen geschaltet. Dein damaliger selbstloser Einsatz für eine freie, unabhängige Schweiz hat entscheidend mitgeholfen, dass die Schweiz heute nicht in der EU ist. Da die gesamte Elite von Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur auf der Gegenseite stand, hat dir dies auch manche Anfeindung eingetragen. Doch dir ging die Heimatliebe über allfällige Geschäftseinbussen.

In jenem Jahr des harten politischen Kampfes sind wir uns persönlich begegnet, und ich durfte viele gemeinsame Interessen und Überzeugungen entdecken. Aus der Bekanntschaft wurde Freundschaft, die auch die Ehefrauen einschloss. Wir haben uns in den vergangenen Jahren nie mehr aus den Augen verloren. Noch vor kurzem erzähltest du mir von einem neuen Filmprojekt. Mit «Rodi» in der Hauptrolle. Wem denn sonst? Jetzt bist du still gegangen. Und wirst laut vermisst.

Christoph Blocher

Top 10

Knorrs Liste

1	Sister Regie: Ursula Meier	★★★★☆
2	My Week with Marilyn Regie: Simon Curtis	★★★★☆
3	Chronicle Regie: Josh Trank	★★★★☆
4	Un cuento chino Regie: Sebastián Borensztein	★★★★☆
5	The Pirates! Band of Misfits Regie: Peter Lord / Jeff Newitt	★★★★☆
6	We Bought a Zoo Regie: Cameron Crowe	★★★★☆
7	The Hunger Games Regie: Gary Ross	★★★☆☆
8	The Avengers Regie: Joss Whedon	★★★☆☆
9	The Cold Light of Day Regie: Mabrouk El Mechri	★★★☆☆
10	Bel Ami Regie: D. Donnellan / N. Ormerod	★★☆☆☆

Kinozuschauer

1 (1)	American Pie: Reunion Regie: Jon Hurwitz	48 109
2 (2)	The Avengers Regie: Joss Whedon	28 714
3 (-)	Project X Regie: Nima Nourizadeh	10 141
4 (3)	The Lucky One Regie: Julie Anne Robinson	7 292
5 (-)	We Bought a Zoo Regie: Cameron Crowe	6 740
6 (4)	Intouchables Regie: O. Nakache / E. Toledano	6 163
7 (-)	The Cold Light of Day Regie: Mabrouk El Mechri	5 914
8 (-)	Un cuento chino Regie: Sebastián Borensztein	3 273
9 (10)	My Week with Marilyn Regie: Simon Curtis	3 165
10 (7)	Sister – L'enfant d'en haut Regie: Ursula Meier	3 044

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Sherlock Holmes II (Warner)
2 (-)	Der gestiefelte Kater (Rainbow)
3 (2)	Breaking Dawn (Ascot Elite)
4 (3)	Krieg der Götter (Rainbow)
5 (5)	Real Steel (Disney)
6 (4)	Alvin und die Chipmunks 3 (Fox)
7 (7)	Tim und Struppi (Sony)
8 (-)	New Year's Eve (Warner)
9 (6)	In Time (Fox)
10 (10)	The Darkest Hour (Fox)

Quelle: Media Control



Düstere Bizarrie: Barnabas Collins (Johnny Depp).

Kino

Ziemlich verglast

Tim Burton, Gothic-Virtuose, verfilmte mit «Dark Shadows» einen Vampir-Jux aus alten TV-Zeiten.

Von Wolfram Knorr

Angesichts verruchter *décadents* aus der Gothic-Galaxie, die zurzeit verdächtig häufig die Kino-Leinwände heimsuchen, erhält das Diktum von Novalis seine Richtigkeit, wonach das «Romantisieren» letztlich bedeute, «dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Ansehn» zu verschaffen; wobei es in unserem Fall um schwarze Romantik geht, um jene geheimnisvollen und schmachend im fernen Zeiten-Nebel ihr verwünschtes Werk vollbringenden Vampire, Werwölfe, Geister und Hexen. Aber egal, auch hier schimmert durchs «geheimnisvolle Ansehn» letztlich nichts Neues. Selbst Tim Burton, bildersüchtigster Zauberer («Alice in Wonderland»), ist dagegen nicht gefeit.

Für sein jüngstes Opus griff er sich – wie andere Kollegen («A-Team», «Friends») – auch eine legendäre TV-Serie; natürlich musste es bei ihm eine schräge sein, mit dem starken Hang zur Duster-Bizarrie: «Dark Shadows», Ende der sechziger Jahre entstanden, als das Sinistre Konjunktur hatte («The Munsters», «The Addams Family»). Die Daily Soap, in Europa kaum wahrgenommen, wurde bei den US-Kids ein Hit (und beeinflusste Serien wie «Buffy»). Tim Burton und Johnny Depp waren Fans.

Auf Collinwood, einer gigantischen Gruftburg, hausen die Nachfahren der Gründerfamilie, ein reichlich neurotischer, welcher Clan, von Elizabeth Collins (Michelle Pfeiffer)

herrisch angeführt. Eines Tages taucht Barnabas Collins (Johnny Depp) auf, den die schöne Angelique (Eva Green) Mitte des 18. Jahrhunderts in einen Vampir verwandelte und lebendig begrub. Der Schnösel hatte ihre heisse Zuneigung nicht erwidert, und Barnabas wusste nicht, dass der Paprikaschoten-rote Vamp eine Hexe war. Zweihundert Jahre später, Anfang der Siebziger, wird Barnabas befreit und will seinen darbenenden Nachkommen wieder auf die Sprünge helfen – doch Angelique, nach wie vor so natürlich wie ihr blutroter Nagellack, ist alles andere als untätig.

Es ist dieser ewige, immergleiche Zweikampf, der Showdown der magischen Titanen, die alles zerdeppern, nur nicht sich, die Klimax jedes Superhelden-Films, die auch hier das Finale bildet und eine gewisse symptomatische Bedeutung für den ganzen Film hat: Man sieht, leider, nichts Neues; Tricktechnik hin oder her. Freilich gibt es gelungene Scherze, Gags und Anspielungen; etwa wenn Barnabas, als Untoten-Kaspar-Hauser, in den Siebzigern landet; oder wenn Burton mit den Hits der Siebziger und dem Auftritt von Alice Cooper eine Rocky-Horror-Show macht und Helena Bonham Carter als durchgeknallte Seelenklempnerin sich heimlich Barnabas' Blut zuführt, in der Hoffnung, ewig jung zu bleiben – aber der Story fehlt dann doch der

Schmiss, die volle Dröhnung, die man aus frühen Burton-Filmen, der Gothic-Dekadenzfibel, kennt. Klar, Depp als Barnabas, dessen inneres Feuer verglast ist, ist prima mit seinem Gesicht weiss wie Linnen, aber abendfüllend ist das halt auch nicht mehr. ★★☆☆☆

Weitere Filmstarts

La guerre est déclarée — Der Titel kann verwirren, doch die «Kriegserklärung» ist präzise. Sie richtet sich gegen den Krebs und alle medizinischen Institutionen. In der zweiten Regiearbeit von Valérie Donzelli geht es um ein junges Paar, dessen Kind einen Gehirntumor hat. Was wie ein schreckliches Familiendrama klingt, ist es gar nicht, sondern entpuppt sich als das Gegenteil: eben eine Kriegserklärung, ein Kampf gegen Trauer, Rückzug, Aufgabe und für das Leben. Die Brisanz der alle Stilmittel einsetzenden Love-Story (die am Anfang verwirren kann) liegt im Wahrheitsgehalt. Valérie Donzelli, die auch die Hauptrolle spielt, und ihr Partner Jérémie Elkaim, der auch in Wirklichkeit ihr Partner ist, haben das Drama mit ihrem eigenen Kind durchgemacht, was noch mehr Realitätsnähe vermittelt; etwa in den Szenen mit den Ärzten oder wenn die quälenden Stunden in den öden Krankenhausfluren gezeigt werden – und der unbändige Wille, nicht aufzugeben. Dass der Junge überlebt, wird gleich am Anfang deutlich; es geht um



Unbändiger Wille: «La guerre est déclarée».

den Kampf, den Lebenswillen – und den zeigt Donzelli mit wildem Stil-Furor. ★★★★★

50/50 — Nochmals Krebs, und wieder kommt das Thema alles andere als traurig daher – sondern sogar als Komödie. Darf man das? Eigentlich nicht. Aber auch hier geht's um Selbsterlebtes. Autor Will Reiser, ein Freund des



Gewöhnungsbedürftig: «50/50».

gewöhnungsbedürftigen Klamotten-Helden Seth Rogen («Superbad»), hat die Tortur durchgemacht; und Seth war es, der ihn animierte, daraus ein Drehbuch zu machen. Jonathan Levine («The Wackness») setzte es um, und Seth Rogen spielt den Kumpel des kranken Adam (Joseph Gordon-Levitt), der mit Galgenhumor schafft, was Familie und Freunde von Adam nicht schaffen: ihn nicht in Selbstmitleid versacken zu lassen. Es gibt ein paar Beobachtungen, aber Seth Rogen bleibt gewöhnungsbedürftig. ★★☆☆☆

Marley — Er war der Einzige aus der Dritten Welt, dem eine Weltkarriere gelang. Überall, in jedem Land, waren «No Woman, No Cry» oder «I Shot the Sheriff» Hits, über alle Mentalitäten und Kulturunterschiede hinweg. Bob Marley, der King des Reggae, starb nur leider viel zu früh (am 11. 5. 1981 im Alter von 36 Jahren). Der britische Oscar-Preisträger Kevin Macdonald hat ihm einen brillanten Dokumentarfilm gewidmet. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Ist es Zufall, dass auffallend viele Biopics über Hollywood-Grössen gedreht werden? Nach Marilyn Monroe kommt Grace Kelly, dann Alfred Hitchcock?



Ein Zeichen von Ideenflaute?
R.S., Basel

Ein Mangel an Ideen ist das nicht, im Gegenteil. Die Traumfabrik hat im Lauf ihrer eindrucksvollen Geschichte Ikonen hervorgebracht, die verdient haben, was in den Traditions-Kunstmedien längst selbstverständlich ist: Autoren, Dramatiker, bildende Künstler

«denkmalpflegerisch», ob kritisch oder nicht, zu würdigen. Alfred Hitchcock, der Suspense-Maestro, dürfte allerdings eine ziemliche Herausforderung werden – nicht wegen seines Umfangs und seiner Physiognomie, sondern weil er unter Hollywoodianern ein gesellschaftlicher wie kreativer Irrer war (im positiven Sinn). Wie man einer solchen Grösse gerecht werden will, das dürfte ziemlich spannend werden.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Klapproth im Wahlfieber

Von Rico Bandle

In Live-Sendungen mit unklarem Ausgang zeigen sich die wahren Qualitäten von Moderatoren: Sie können ihre Texte nicht vom Teleprompter ablesen, sondern müssen spontan flüssig und eloquent sprechen können. Und dabei gilt: Gesagt ist gesagt, nachträglich kann nichts mehr herausgeschnitten werden. Wahlsendungen sind grundsätzlich anspruchsvoll. Bei den französischen Präsidentschaftswahlen ist der Schwierigkeitsgrad allerdings eher moderat: Es sind nur zwei Resultate möglich, auf beide Szenarien kann man sich lange vorbereiten.

Wenn dann mit François Hollande erst noch der Favorit gewinnt, ist eine solche Sendung für Profis Routine – sollte man meinen. Doch der hyperaktive Moderator Stephan Klapproth stotterte sich am Sonntag durch die zwei Sondersendungen, als sei etwas völlig Unerwartetes eingetreten. «Enttäuschung auf der rechten, Freude auf der linken Seite, äh, alles in allem hatten bei der Wahl, ähm, beim ersten Tour sechz... dreissig Prozent, ein Drittel der Franzosen für keinen der beiden Systemkandidaten gestimmt.» Anstatt kurz innezuhalten, versuchte Klapproth andauernd jede Lücke mit Ähs oder anderen langgezogenen Vokabeln aufzufüllen.

Auf dem Bildschirm erschienen dazu oft drei Einblendungen gleichzeitig plus ein Laufband unten – bei einer solchen Überfrachtung bleibt der Informationsgehalt auf der Strecke. Insbesondere, wenn es zu peinlichen Doppelungen kommt: Nachdem schon während mehrerer Minuten auf dem Laufband eingebildet war, dass Sarkozy sich nun aus der Politik verabschieden werde, fragte Klapproth den Frankreichkorrespondenten Michael Gerber aufgeregt, ob man schon etwas über die politische Zukunft Sarkozys sagen könne. Auch Nebenfiguren wie Bundeshauskorrespondent Hans Bärenbold verhaspelten ihren kurzen Auftritt: «Für die Franzosen gilt je mehr desto ..., also je mehr als immer gilt, dass, äh, der automatische Informationsaustausch, äh, kommen muss.» Schade um die zwei kompetenten Gäste, Jacqueline Hénard und Jürg Acklin: Kaum hatten sie zu einem erklärenden Satz ausgeholt, wurden sie vom gehetzten Moderator schon wieder abgeklemmt.

Raus aufs Schloss, rein in die Stadt

Neue Jobs für die Hoteldirektorin Maria Büeler und den ehemaligen «Kronenhalle»-Chef Paul Senn. Von *Hildegard Schwaninger*



Eröffnung Mitte Juni: Maria Büeler.

Kronenhalle»-Stammgäste fielen aus allen Wolken, als Paul Senn nach 24 Jahren als Restaurantchef letzten Sommer überraschend vom Nobellokal wegging. Herr Senn war ausserordentlich beliebt. Nähere Umstände wurden nie publik gemacht, es heisst, er und «Kronenhalle»-Direktor Andreas Wyss hätten sich nicht mehr so gut verstanden. Dabei sind sie früher oft gemeinsam auf dem Töff herumgetourt.

Paul Senn wurde dann Chef im Café «Glättli», einem netten Restaurant im Kreis 9, in dem Menschen mit leichter Behinderung arbeiten. Die reine Gegenwelt zum «Kronenhalle»-Glamour! Er machte das mit Begeisterung und Hingabe. Viele «Kronenhalle»-Gäste haben ihn dort besucht, sie trafen einen zufriedenen Herrn Senn. Etwas ganz Neues, was ihn beglückte, war, dass er früh Feierabend und die Abende frei hatte.

Mit der Zürcher Gastronomie würde etwas nicht stimmen, wenn nicht jemand auf die Idee gekommen wäre, Herrn Senn aus dem Abseits in Altstetten wieder in die Stadt zu holen. Die Idee hatte die Kramer Gastronomie. Paul Senn soll die Patentlösung für das Restaurant «Metropol» sein, das trotz hervorragender Lage (Fraumünsterstrasse) nicht recht in Schwung kommen will. Senn wird das «Metropol» ab 1. August leiten. Dass er dort schnell wieder eine Stammkundschaft bewirten wird, bezweifelt keiner.

Eine Mutation in der Hotellerie, die aufhörtchen lässt: Dominique N. Godat stellt sich nach zehn Jahren erfolgreicher Leitung des «Kulm Hotel» in St. Moritz (insgesamt sechzehn Jahre hat er dort gearbeitet) einer neuen Herausforderung in der Luxushotellerie (welcher, sagt er noch nicht). Noch bis Ende Wintersaison 2012/13 wird Godat zusammen mit seiner Frau Barbara die Geschicke des «Kulm Hotel» leiten. Neuer Direktor wird ab Mai 2013 Heinz Hunkeler jun., Sohn des Delegierten des Verwaltungsrats Heinz Erich



Die Zürcher «Kronenhalle».

Hunkeler, der selbst jahrzehntelang ein legendärer «Kulm Hotel»-Direktor war. Noch ist Hunkeler jun. Direktor des Hotel «Kronenhof» in Pontresina, das wie das «Kulm» im

Besitz der Niarchos-Familie ist (nicht alle Griechen brauchen den Euro-Rettungsschirm). Den «Kronenhof» wird dann ein neuer Direktor führen.

Die Hoteldirektorin Maria Büeler (Markenzeichen: lustiger Hut), die bis vor kurzem das Hotel «Alden» in Zürich leitete, hat einen neuen Job. Philipp Schwander, der erste Schweizer Master of Wine und Inhaber der Weinhandlung Selection Schwander, hat vor einem Jahr das Schloss Freudental in der Nähe von Konstanz erworben. Das traumhafte Barockschlösschen wird im Moment komplett renoviert. Es soll für exklusive Ferien («Rent a Castle»), Hochzeiten, Tagungen vermietet werden. Die Eröffnung findet Mitte Juni statt. Maria Büeler bereitet sie vor. Für die Zeit danach ist sie noch am Verhandeln. Eine neue Option für die fleissige Managerin ist die Luxus-Uhren-Branche.

Während in den Adern der «Glanz & Gloria»-Vorzeige-Aristokratin Prinzessin Karin von Schaumburg-Lippe (schwirrt durch viele Sendungen) nicht ein einziger Tropfen blaues Blut fliesst – Karin Grundmann darf sich seit ihrer Heirat 2001 mit Waldemar zu Schaumburg-Lippe (Scheidung: 2002) Prinzessin nennen –, führt am Zürichberg eine echte Prinzessin ein zurückgezogenes Leben. Stephanie von Fürsten-



Nicolas und Stavros Niarchos.

berg gehört zum deutschen Hochadel. Sie malt. Ab 21. Mai stellt sie ihre Bilder im Goldbach-Center in Küsnacht aus. Von Fürstenberg: «Meine Bilder sind geleitet von meinen Gefühlen, denn ich male, was mir meine Seele erzählt.» Klingt nicht gerade schrill, aber Mitglieder der Aristokratie sind manchmal etwas zahm (von Juan Carlos reden wir jetzt nicht).

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Meine Ehrung

Unser Kolumnist fährt an eine Veranstaltung, wo halbfette Namen ausgezeichnet werden. Ihm passiert etwas Ähnliches.
 Von Mark van Huissingling

Vergangene Woche war ich in Luzern, der Anlass «Schweizer Fernsehpreis [von *Blick* und *Tele*] 2012» fand statt. Das Kultur- und Kongresszentrum KKL ist ein Gebäude, das Eindruck macht, von aussen, finde ich. Doch wenn man an einem Sonntag, im noch hellen Licht des späten Nachmittags, ankommt und vor dem Eingang zwar ein roter Teppich liegt, aber niemand darauf steht – ausser wenigen Journalisten/Fotografen sowie Leuten, die nicht zu denen gehören, die in dieser Spalte als halbfette Namen bezeichnet werden –, und es fast keine «Zivilisten», Zuschauer also, gibt, ist das *pas bon pour le moral*.

Einige der Säle im Inneren mag MvH; der Luzernersaal im Erdgeschoss, in dem der «Gala»-Abend (Eigenreklame) veranstaltet wurde, gehört nicht dazu. Das heisst, die vordere, näher bei der Bühne liegende Hälfte ist in Ordnung (Tische 1 bis und inklusive 37). Die hintere Hälfte kann man im Grunde nicht als Saal beschreiben, sondern als Eingangsbereich, Entrée von mir aus. Hätte sich der Platz Ihres Kolumnisten dort befunden, wäre er nach dem Apéro, der im zweiten Stock abgehalten wurde, in einem Vorraum mit grossen Fenstern, nach Hause gefahren – wegen des Fengshui, hätte er gesagt. (Mit anderen, nicht ausgesprochenen Worten: An einem der Tische 38 bis 65 sitzend gesehen zu werden, ist, wie auf einem Fest mit Irina Beller, mit der ich nicht bekannt bin, fotografiert zu werden.)

An Tisch 16 (dritte Reihe von der Bühne) befanden sich, neben meinem Platz, die Plätze von Ronald «Ronnie» Sauser (mit Beglei-

tung); ich bin mit dem CEO einer Bank kaum bekannt, doch er ist ein netter Tischnachbar voller interessanter Geschichten, so sieht es aus. Ausserdem waren Roger Schawinski und Gabriella Sontheim, die ich mag, an dem Tisch. Nach der Vorspeise (Variation von mariniertem Lachs mit mediterranem Gemüse, Zitronen-Oliven-Vinaigrette und Basilikumkresse; Bankettprofis wussten: Von nun an geht's bergab mit dem Essen) fing die Show an.

Die Moderatoren, Mona Vetsch und Nik Hartmann, fand ich halbgut. Ich meine, sie waren sicher im Auftritt und kannten sich aus, was den Inhalt ihrer Vorträge anging. Doch die Ausstrahlung ... ein wenig wenig Glanz, in MvHs Augen (das ist seine Meinung; Schawinski urteilte, Vetsch und Hartmann, den er entdeckt habe, nebenbei, hätten es gut gemacht). Wenn wir es davon haben: Stéphanie Berger, die eine Rede zu Ehren der Verantwortlichen des «innovativsten Programms» des Jahres hielt, fand ich glanzvoll und lustig (obwohl ich es im Grunde sehe wie Christopher Hitchens in seinem Essay «Why Women Aren't Funny»). Für die, die das wissen wollen: Die Sendung «Homerun» auf Sat1 Schweiz wurde in der Kategorie «Innovation» ausgezeichnet. Das freute mich für Mike Gut, Geschäftsführer Sat1 Schweiz, mit dem ich zusammenarbeitete als die (preislose) Show «MvH – The Place to Be» auf seinem Sender gezeigt wurde. Sat1 Schweiz, übrigens, übertrug die Fernsehpreis-Gala am 7. Mai um 21.15 Uhr.

Ferner stand in der Einladung: «*Blick* und *Tele* küren die Fernsehpersönlichkeit des Jahres.» Und das taten die Verantwortlichen, *indeed*. Der Award ging an Michelle Hunziker. Das ist, natürlich, keine schlechte Idee, allenfalls wenig überraschend. Doch gut und sehr überraschend war, dass sie nach Luzern kam (mit Mutter Ineke Hunziker), um die Ehrung selber entgegenzunehmen. Sie sah schön aus, war gewinnend und nett – nicht einmal MvH fand etwas, um streng zu urteilen (das heisst, sie liest wahrscheinlich diese Spalte nicht jedes Mal, sonst wüsste sie: «Tätowierungen muss heute niemand mehr zeigen, die Möglichkeit, solche zu entfernen [mittels Lasertechnik], ist gegeben»). Weitere Preise gingen an «Auf und davon» (SF1, Kategorie «Sendung»), «Der Verdingbub» (von Markus Imboden, Kategorie «Film») sowie Mathias Gnädinger (Kategorie «Lifetime»). Das war die Erfüllung des Informationsauftrags Ihres Kolumnisten.

Zum Schluss so etwas wie eine Ehrung für MvH: Rudolf Matter, Direktor Schweizer Radio und Fernsehen SRF, sagte, er fände diese Spalte manchmal grossartig, manchmal schwach (finde ich okay; «wer schimpft, der kauft», sagt meine Mutter immer). Doch es sei sicher eine Leistung, eine solche fünfzig Mal im Jahr zu schreiben. *Right on*. Vor zehn Jahren, nur zum Sagen, erschien die erste *Weltwoche*-Kolumne von mir.

Gesellschaft

Dunkle Triade

Von Beatrice Schlag — James Bond und die Einsichten der Wissenschaft.

Mir persönlich ist keine Frau bekannt, die je für James-Bond-Filme schwärmte. Weder mit Sean Connery, dem ersten Bond, noch mit Daniel Craig, dem letzten. Die sehen zwar beide erfreulich aus,



genauso wie die dazwischen, aber schwach wurden vor allem die Girls auf der Leinwand, weniger die Zuschauerinnen in den Stühlen. Die fanden James Bond unterhaltsam, nicht hinreissend. Ganz anders sieht es aus bei Ryan Gosling, da verdrehen sie alle die Augen und seufzen.

Das liegt vielleicht an meinem Bekanntenkreis, der für den Reiz des «dunklen Dreiklangs» wenig übrigzuhaben scheint. Mit diesem Begriff bezeichnen Psychologen Menschen mit äusserst miesen Eigenschaften: Selbstverliebtheit, Gefühllosigkeit und ausgeprägter Herrschsucht. Wer denkt, solchen Leuten möchte man lieber nicht begegnen, liegt falsch. Frauen fliegen offenbar auf unsoziale Männer, wenn deren schlechte Eigenschaften nicht pathologisch ausgeprägt, sondern mit der herrschenden Moral noch einigermaßen vereinbar sind. Wie eben bei James Bond, dem lockeren Killer und Betthüpfer, den die Forscher als Prototyp der Persönlichkeit mit dem dunklen Dreiklang anführen. Was etwas unglücklich ist. Ein lebender Mann, sagen wir Silvio Berlusconi, wäre dem Vorstellungsvermögen hilfreicher als eine Romanfigur. Womit nicht gesagt sein soll, dass er mit dem dunklen Dreiklang geschlagen ist. Das ist nur meine Vermutung.

Wenn man sich einen sozial zulässigen Dreiklang denkt, also Egoismus, Gefühlsarmut und Lust auf Chefsein, wird die Behauptung der Forscher etwas plausibler, dass Dreiklänger bei Frauen Erfolg haben. Denn von denen kennt jede eine Menge. Und auch den einen oder anderen ziemlich gründlich, weil sie mit ihm auf die Nase gefallen ist. Aber das kann einem auch mit einem aufopfernden, ehrgeizfreien Vielfühler passieren. Helle Dreiklänge machen nicht zwingend glücklicher. Sie haben nur mit weniger Frauen Sex. Dass ein weiblicher dunkler Dreiklang bei Männern besser ankommt als ein fürsorgliches Wesen, konnten die Forscher übrigens nicht entdecken. Was, wenn man zum Beispiel an Margaret Thatcher denkt, nicht wirklich verwunderlich ist.

Die Besten

Darauf fliegen wir

Von Jürg Zbinden

1 — Craig Bassam und Scott Fellows sind die Shootingstars der amerikanischen Designszene. Exklusiv lanciert das Zürcher Traditions- und Wohnbedarf die luxuriöse und naturnahe Bassam-Fellows-Möbel- und Accessoires-Kollektion. Starke Arme und eine extra weite Rückenlehne erinnern an die Gottesanbeterin (*Mantis religiosa*). Ergonomisch geformt, sorgt der *side chair* «Mantis» für maximale Bequemlichkeit. Erhältlich in Walnuss (Fr. 2889.–), Teak (Fr. 4348.–) oder Eschenholz (Fr. 2614.–). Höhe: 57,2 cm, Breite: 51,4 cm, Tiefe: 77,5 cm. Wohnbedarf, Talstrasse 11 in Zürich und im Internet unter www.wohnbedarf.ch.

2 — Die Idee hinter der Tray-Rack-Linie von Bassam Fellows ist das Herstellen eines Gestells ohne die traditionelle Form einer Oberseite. Im Vordergrund stehen die vier Beine. Das Aufeinanderschichten verschiedener Module ermöglicht eine variable Höheneinstellung. Das Gestell kann vielseitig verwendet werden: ob neben dem Bett oder im Chefbüro. Die herausnehmbaren Fächer eignen sich hervorragend zum Servieren oder Präsentieren von Waren. Drei verschiedene Modelle: zwischen Fr. 2009.– und Fr. 3588.–. Erhältlich bei Wohnbedarf, Talstr. 11 in Zürich oder unter www.wohnbedarf.ch.

3 — Die Libellen-Brosche ist einer der schillernden Stars im neu eröffneten Juweliergeschäft von Robert und Jeannette Vogelsang. Besetzt ist die Flugschönheit mit 5,89 Karat Black-Opal und 23,64 Karat Kristall-Opal sowie Diamanten, die Fassung ist aus Roségold. Der Verkaufspreis des glitzernden Blickfangs: Fr. 69 000.–. Robert Vogelsang, Strehlgasse 12 in Zürich.

4 — Vitra präsentierte am 51. Salone Internazionale del Mobile die «Home Collection 2012» mit dem «Grand Repos», einer Neuheit von Antonio Citterio. Erstmals wurde die Vitra-Bürositztechnologie in die private Wohnwelt übertragen. Dank biomechanischem Ablauf passt sich der drehbare Sessel jeder Körperposition an. Die verstellbaren Sitz- und Rückenwinkel geben dem Bewegungsfluss des Nutzers nach, richten sich auf sein Körpergewicht ein und sind stufenlos arretierbar. Zu testen ab sofort im Vitra-Haus. In Stoff ab Fr. 4536.– (mit «Ottoman» ab Fr. 6070.–), teurer in Leder. Ab Juli wird er im Fachhandel verfügbar sein.



1



2



3



4



Eine politisch korrekte Anzeige

Von *Andreas Thiel* — Vom toleranten Opfer zum feigen Täter.
Auf dem Polizeiposten.

Betrunkener: Guten Abend, ich möchte gerne einen Vorfall melden.

Polizist: Was ist denn vorgefallen?

Betrunkener: Man hat mich geschlagen.

Polizist: Sie möchten Anzeige erstatten wegen eines tätlichen Angriffs gegen Ihre Person?

Betrunkener: «Tätlicher Angriff» ist zu viel gesagt. Ich wurde einfach nur geschlagen.

Polizist: Haben Sie irgendwelche Verletzungen oder materielle Schäden erlitten?

Betrunkener: Nein.

Polizist: Ist die Person, die sie geschlagen hat, Ihnen bekannt?

Betrunkener: Es war ein Rumäne. Aber er war betrunken.

Polizist: Sie wurden von einem betrunkenen Rumänen geschlagen?

Betrunkener: Also, als Erstes möchte ich betonen, dass ich damit nicht sagen will, dass alle Rumänen gewalttätig sind.

Polizist: Aber Sie wurden von einem betrunkenen Rumänen geschlagen?

Betrunkener: Es ist ja auch nicht so, dass alle Rumänen ständig betrunken sind.

Polizist: Aber dieser Rumäne war es, und er hat Sie geschlagen?

Betrunkener: Was natürlich nicht heissen soll, dass jeder Betrunkene ein Schläger ist.

Polizist: Aber dieser Rumäne war ein Schläger?

Betrunkener: Ich möchte ihn eigentlich nicht als Rumänen bezeichnen.

Polizist: War es kein Rumäne?

Betrunkener: Doch schon, aber das hat doch mit den anderen Rumänen nichts zu tun.

Polizist: Da waren also noch andere Rumänen anwesend?

Betrunkener: Ja, aber die hatten mit der Sache nichts zu tun.

Polizist: Wie möchten Sie den Schläger denn bezeichnen?

Betrunkener: Auf keinen Fall als Schläger.

Polizist: Wie soll er in der Anzeige genannt werden?

Betrunkener: Vielleicht «Raser»?

Polizist: Der Rumäne ist als Raser bekannt?

Betrunkener: Nicht im Speziellen, aber es scheint mir passender zu sein als «Schläger».

Polizist: Der Name des Mannes ist nicht bekannt?

Betrunkener: Doch, natürlich, er heisst Dumitru Basarabescu.

Polizist: Sie kannten den Mann also schon vorher?



Betrunkener: Aber sicher, wir arbeiten im selben Pflegeheim.

Polizist: Und ist er als Schläger bekannt?

Betrunkener: Nicht dass ich wüsste.

Polizist: Und warum hat er Sie geschlagen?

Betrunkener: Ich habe keine Ahnung.

Polizist: Haben Sie ihn beleidigt oder irgendetwas gesagt, was ihn beleidigt haben könnte?

Betrunkener: Ganz im Gegenteil. Ich habe ihm vorhin am Betriebsfest gesagt, dass es nicht schlimm sei, dass er Rumäne ist, dass er sich nichts daraus machen soll, und dass er ja auch nichts dafür könne, dass seine Eltern Rumänen sind.

Polizist: Und dann hat er Sie geschlagen?

Betrunkener: Ja. Aber ich möchte erwähnen, dass mir das nichts ausmacht. Ich wollte es nur melden für den Fall, dass dieser Mann bei ihnen bereits bekannt ist.

Polizist: Wollen Sie jetzt wegen der Tätlichkeit Anzeige erstatten?

Betrunkener: Natürlich wäre ich froh, wenn Herr Basarabescu dabei nicht namentlich erwähnt würde. Er und seine Freunde haben sicher schon genügend Schwierigkeiten.

Polizist: Was für Schwierigkeiten?

Betrunkener: Keine Ahnung, ich glaube, die hatten schon Probleme wegen Drogenhandels

oder Diebstahls oder so.

Polizist: Ist das wahr?

Betrunkener: Das habe ich jedenfalls gehört. Aber ich will damit nichts gesagt haben.

Polizist: Dann bräuchte ich erst mal einige Angaben zu Ihrer Person.

Betrunkener: Ich möchte eigentlich lieber anonym bleiben.

Polizist: Wieso?

Betrunkener: Ich möchte mit dem ganzen nichts zu tun haben.

Polizist: Sie möchten mit der Tätlichkeit gegen Ihre eigene Person nichts zu tun haben?

Betrunkener: Verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe nichts gegen Rumänen. Aber wenn die in Drogendelikte oder Diebstahl verwickelt sind...

Polizist: Sie wollen also gar keine Anzeige erstatten?

Betrunkener: Nein. Ich wollte nur sagen: Werfen Sie mal ein Auge auf diese ... äh, Raser.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist

Später Abschied

Von *Peter Rüedi*



Bei Neuzüchtungen habe ich immer noch eine Barriere aus Vorurteilen zu überwinden, obwohl mir bewusst ist, dass ein Erwachen, früher oder später, in der Natur des Vorurteils liegt. Hier geht es um die Rebsorte Gamaret. Die ist eine Neuzüchtung gleich in höherer Potenz. Einmal ist sie die Kreuzung von Gamay und Reichensteiner, die 1970 der Eidgenössischen Forschungsanstalt Changins gelang. Zum andern ist aber schon die Mutter des Balgs selbst ein Mischling: Die Reichensteiner wurde bereits 1939, als in anderen Bereichen nichts so gefragt war wie Reinheit der Rasse, in der hessischen Forschungsanstalt Geisenheim aus Müller-Thurgau und einer Kombine aus Madeleine Angevine und Calabreser-Froelich gekreuzt.

Was ich einfach mal glaube, verstehe ich doch von Rebengenetik nichts, und das tut ja auch nichts zur Sache. Ausser der tröstlichen Einsicht, dass in der Evolution nichts so produktiv ist wie die wilde Vermischung der Rassen und Stämme. Die stellt sich ja auch von selbst ein, wenn man der Natur ihren Lauf lässt. Genug, ich will ja auch nur sagen, dies sei der Moment meines Abschieds von der Verachtung der Gamaret. Anlass ist ausgerechnet ein Besuch im wilden Osten, im Zürcher Weinland, wo die von Mövenpick privatisierte Staatskellerei die Traube in einer sortenreinen Version präsentiert. Dabei war sie doch erstens hauptsächlich am Genfersee und im Wallis populär und zweitens eher im Verschnitt mit anderen Sorten, als Make-up für Farbe, Tannine, Substanz. Allein, seit 2003 inszeniert sie in Rheinau ZH der stets wagemutige Kellermeister Werner Kuster in einem bemerkenswerten Soloauftritt. Dank ihrer Resistenz bei den Winzern immer schon beliebt, hat die Sorte das Zeug zur Protagonistin, wenn man sie nur lässt. Kuster baut sie so diskret im Holz aus, dass ihre pflaumige, kirschige Frucht durch ein nie klapperiges Tanninskelett in Form gehalten wird und genug Biss erhält. Es mag ja an meiner Ignoranz liegen, aber dies ist der erste pure Gamaret, der mich wirklich überzeugt.

Staatskellerei Zürich: Gamaret Prestige Barrique 2009. 13,5% Fr. 28.–
www.staatskellerei.ch/www.moevenpick-wein.com



Auto

Ritt auf der Kanonenkugel

Der Abarth 500 C Esseesse mag ein getunter kleiner Angeber sein. Aber ihn zu fahren, ist sehr unterhaltsam. *Von David Schnapp*

Er ist klein, dennoch auffällig, trägt den Namen Abarth 500 C Esseesse und kommt aus dem Hause Fiat. Mit seiner zweifarbigen Lackierung, den roten Zierstreifen, den mächtigen Endrohreinfassungen sowie markanten 17-Zoll-Felgen und Sportsitzen aus rotem Leder sah mein Testwagen aus wie ein kleiner Angeber. Aber immerhin ein gutaussehender Angeber, und die Vorfreude auf jede neue Fahrt verging während der Tage, in denen der Abarth in meiner Garage stand, nie.

Gut motorisierte, kompakte Autos sind ein besonderes Vergnügen. Klein, leicht, schnell

ist eine Formel, deren Faszination man sich nur schwer entziehen kann. Davon schwärmen viele Mini-Cooper-Fahrer, Besitzer eines Polo GTI oder eines Audi A1 Sport. In dieser Liga spielt auch unser Abarth 500 C mit, der dank Esseesse-Tuning-Kit (Fr. 4450.-) auf 160 PS und 230 Nm Drehmoment bei 5750 Umdrehungen/Minute kommt. Bei einem Fahrzeuggewicht von 1165 Kilogramm ist das wie ein Ritt auf der Kanonenkugel. Angepasst werden mit dem Kit ausserdem Federn und Bremsen. Als C-Version hat der Giftzwerg ausserdem ein Stoffdach, das sich per Knopfdruck nach hinten falten lässt.

Angenehm überrascht war ich vom Cockpit, das zwar mit den lackierten Kunststoffflächen jugendlich-sportlich wirkt, aber anders als etwa beim Mini immer noch den Gesetzen der Ergonomie folgt. Der riesige Tacho sitzt in der Mitte vor dem Fahrer und zeigt Geschwindigkeit und Motorumdrehungen an. Eine kleine, abgesetzte Zusatzanzeige informiert über den Ladedruck des Turboladers und den idealen Schaltzeitpunkt. Nicht ganz so geglückt schien mir das Navi, das zwar fest installiert

ist, aber eigentlich eine externe Lösung ist. Garmin- oder TomTom-Benutzer kennen das: In Tunnels verliert das System den Kontakt zu den GPS-Satelliten; bis es sie nach dem Verlassen des Tunnels wieder gefunden hat, vergehen wertvolle Sekunden, in denen man womöglich schon falsch abgebogen ist. Auch die Klangqualität der Stereoanlage war leider nur mittelmässig, der Radioempfang sogar ziemlich schwach.

Kraft und Strasse

Aber das Fahren! Das kann der kleine Angeber, der, wenn's drauf ankommt, wunderbar beschleunigt und dabei seine Kraft sauber über die Vorderräder auf die Strasse bringt. Das kann der Abarth sogar besser als der Audi A1 Sport, der zwar 25 PS mehr hat, dafür aber mit durchdrehenden Rädern reagiert, wenn man aus dem Stand tüchtig aufs Gas drückt. Das Fahrwerk des Abarth 500 C wirkte ziemlich ausgewogen, was angenehm ist, aber bei einer etwas strafferen Abstimmung käme vielleicht mehr Gokart-Feeling auf. Schaltung und Lenkung waren nicht ganz so überzeugend, beides fühlte sich etwas teigig an.

Fazit: Der kleine offene Abarth ist eine reine Spassbüchse, der ideale Zweitwagen für Familienväter oder das perfekte Auto für Leute, die den südländischen Charme mögen, der sich hinter italienischem Angebot verbirgt.

Abarth 500 C Esseesse

Leistung: 160 PS, Hubraum: 1368 ccm
 Höchstgeschwindigkeit: 216 km/h
 Preis: Fr. 31 190.-
 Testwagen: Fr. 41 090.-



Ein richtiges Wunder

Die Sachbearbeiterin Loretta Severino, 36, und der Lagerist Italo de Nuzzo, 27, heiraten im August. Gemeinsam bilden sie den harten Kern eines Fanklubs: den ihrer Tochter Federica.

Loretta: Unser grösstes Glück ist unsere Tochter Federica. Für sie sind wir bereit, alles zu machen und die vielen Einschränkungen, die ein Kind mit sich bringt, auf uns zu nehmen. Dass Italo sein Kind genauso vergöttert wie ich, ist Schicksal. Das kann man nicht planen, weil man es einfach nicht genau weiss, wie der Partner reagieren wird, wenn ein Baby alle Zeit und alle Energie benötigt, die man hat. Ich liebe meinen Mann auch für diese übergrosse Liebe, die er unserem Baby entgegenbringt. Er ist innerlich ruhig, sehr ausgeglichen, mit einem Wort: ein perfekter Vater. Diskussionen um Erziehungsfragen oder Streit, was man anschaffen soll, gibt es bei uns nie: Wir sind uns einig. Für unsere Tochter ist nur das Beste gut genug.

Italo: Das Baby ist wunderschön, ein richtiges Wunder. Federica soll es an nichts fehlen. Wir wollen ihr etwas bieten und legen bereits heute Geld für ihre Ausbildung, vielleicht sogar ein Studium, zur Seite. Sie ist sehr aufgeweckt und das süsseste Kind, das mir jemals begegnet ist. Ihre Taufe wurde gefeiert, jetzt steht ihr erster Geburtstag vor der Türe, ein ebenfalls grosses Ereignis, das wir auf keinen Fall ignorieren wollen.

Loretta: Ich wollte zuerst ein Baby und dann die Heirat, weil ein Kind der beste Grund ist, um den grossen Schritt zu wagen. Italo machte mir den Antrag auf einem Turm in Italien, und für die Hochzeit – sie findet auf dem Schloss Habsburg statt – ist beinahe alles organisiert. Ich wünschte mir schon länger eine Familie, war aber einige Jahre Single, bevor ich meinen Liebsten kennenlernte. Damals besuchte ich ein Dancing, und ein Mann fragte, ob ich tanzen wolle. Ich hatte die grosse Handtasche dabei und war quasi handicapiert. Er gab sie einfach seinem Kollegen. Es war Italo, der mit meiner Tasche am Arm geduldig am Rand der Tanzfläche wartete. Ich kannte ihn nicht und schielte immer in Richtung von Handy und Geldbörse.

Italo: Ich dachte, sie flirtete mit mir. In Wirklichkeit war Loretta misstrauisch! Wir kamen trotzdem ins Gespräch, und bald erfuhr ich



«Ich dachte, sie flirtete mit mir»: Liebespaar de Nuzzo-Severino.

auch vom relativ grossen Altersunterschied. Das störte mich überhaupt nicht, ich wünschte mir eine fürsorgliche Frau, eine Frau für die Zukunft. Ein Traum, der sich erfüllt hat: Unsere Tochter bestimmt heute den Alltag. Loretta denkt viel nach, trifft Entscheidungen und hat viele Prinzipien, die ich in der Zwischenzeit verinnerlicht habe. So ein kleines Kind braucht Frieden und einen klaren Rhythmus. Am Abend gehen wir nicht mehr weg, das wäre zu stressig für Federica, aber auch für uns. Loretta ist auch perfekt organisiert: Wenn Federica auswärts ein Kleidchen dreckig macht, hat ihre Mama stets ein frisches Röcklein dabei. Loretta brachte Struktur in mein Leben, und zusammen mit Federica finden wir Glück und Erfüllung.

Loretta: Allerdings sind wir seit drei Jahren nicht mehr verreist, und ein Wellness-Weekend zwischendurch liegt auch nicht mehr drin. Die Umstellung zur Familie bedeutet Anschaffungen und andere finanzielle Ausga-

ben: eine grössere Wohnung, ein Familienauto, höhere Krankenkassenprämie. Das alles kostet Geld. Ebenso wie der Krippenplatz!

Italo: Ich habe zwar die Handelsschule besucht, aber erhielt auf dem Arbeitsmarkt bisher leider keine Chance. Darum verdiene ich mit meinem Job noch nicht genug, um der Familie ein angenehmes Leben zu ermöglichen.

Loretta: So arbeiten wir beide hundert Prozent. Federica ist an zwei Tagen in der Krippe und den Rest der Woche bei meinen Eltern. Die vergöttern ihre Enkelin genauso wie wir.

Italo: Ein schlechtes Gewissen haben wir nicht, wenn wir unseren Augenstern durch andere Menschen betreuen lassen: weil wir wissen, dass das unserer Tochter nicht schadet und indirekt dazu beiträgt, dass wir ihr ein gutes Leben bieten können.

Hochzeitslimousinen: www.stretch.ch
Protokoll: Franziska K. Müller